

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer: 1 Pf.
 Vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,10 RM,
 halbjährlich 5,50 RM, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnements: 1,10 RM pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 RM, für das übrige Ausland
 3 RM pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gebuchte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Anzeigen für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 21. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Generalstreik in Italien.

Rom, 17. September. (Fig. Ver.) Die Würfel sind gefallen. Das Kampfmittel, das als Werkzeug der sozialen Revolution in Amsterdam verworfen wurde, ist als feierliche Protestkundgebung von der Mehrheit des italienischen Proletariats in Anwendung gebracht worden. Man hat den Schritt erwogen und prüfen, zu bestimmtem Tag und zu bestimmter Stunde beginnen, eine Kampfpapare ausgehen wollen. Alle Vorbereitung hat uns die Regierung abgenommen: sie hat selbst den Generalstreik dekretiert durch eine neue Blutthat.

Gleich nach dem Blutbad von Suggerru in Sardinien ertrog man in Mailand den Streik. Da kam die Nachricht von einem neuen, noch roheren und schrecklicheren Blutbad in Castelluzzi bei Trapani — eine Nachricht, die 30 Stunden brauchte, um sich von Sicilien nach Rom zu finden — und in Mailand legten 80.000 Arbeiter, die ganze Stadt, die ganzen Vororte, die Arbeit nieder. Das geschah gestern früh, nachdem es in der Nacht vom 15. bis zum 16. beschlossen worden war. Gleichzeitig wurde in Monza, Livorno, Catanzaro, Bologna und andern kleinen Orten die Arbeit eingestellt. Aber keiner wußte vom andern, jeder Telegraphenverkehr hatte aufgehört, die Telegraphenverbindungen waren fast ganz abgebrochen. Die meisten größeren Städte beschlossen den Streik für Montag. In der Nacht auf den 16., gleich nach der Trauerkunde aus Sicilien, vereinigten sich die in Rom anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes, der Fraktion und der erste politische Redakteur des „Avanti“ und beschlossen, folgenden Aufruf zu erlassen, der im „Avanti“ veröffentlicht wurde:

An die Sektionen der sozialistischen Partei und an die Exekutivkomitees der Arbeiterkammern Italiens!

Die Unterzeichneten, in Rom anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes, der sozialistischen Parlamentsfraktion und des Zentralorgans „Avanti“, überzeugt von der dringenden Notwendigkeit einer energischen und einmütigen Protestkundgebung gegenüber den durch ihre schnelle Aufeinanderfolge sich als systematisch und beabsichtigt kennzeichnende Blutthaten, begreifen die Sozialisten der Arbeiterkammern von Mailand und fordern alle Organisationskräfte, in der größtmöglichen Ausdehnung und Intensität in ganz Italien den Generalstreik zu veranlassen, als gesetzmäßigen, würdigen und lebendigen Ausdruck der Verurteilung jener Regierungsmethoden, die immer wieder den Bruder mord erzeugen und als feierliche Betonung der Klassenverteidigung des Proletariats und seines Rechtes auf das Dasein.

Vom Parteivorstand:

Giovanni Verda, Oddino Morgari,
 Von der Fraktion:
 M. Todeschini, S. Barazzanti,
 Für den „Avanti“:
 Enrico Leone.

In die ungeheure Spannung, die nach dem Fehlen jeder Nachricht vermehrte, plagte wie eine Bombe die Kunde, daß man in Sestri Ponente, bei Genua, wieder auf Volk geschossen hatte. Es war ein kühles Telegramm der „Stefani“, das die Nachricht brachte, ein Telegramm, das von 5 Verwundeten sprach und von 200 abgegebenen Schüssen. Es stand von welchem nach Verlogenheit und fogleich kam die Verlor auf, die von 2 Toten und 15 Verwundeten sprach. Erst heute ersticht man aus den Gemüser Wäutern, wie sich die Sache zutrug. Ein Polizeidelegierter hatte eine sozialistische Protestversammlung für das Blutbad von Suggerru auslösen wollen. Es war dabei zu heftigen Szenen gekommen, in deren Folge ein Polizist einem Genossen einen Faustschlag versetzte. Die Anwesenden reagierten und die Carabinieri feuerten wiederholt, im ganzen etwa 200 Schüsse. Schwer verletzt sind 15 Personen, auch drei Carabinieri sind durch Messerstiche verletzt. Charakteristisch für den Geist, der unter diesem Corps heute herrscht, sind folgende von zwei Personen vor der Versammlung gehörte Worte eines Carabinieri: „Mit dem Gewehr, so, so. Mit dem Revolver oder bin ich sehr sicher.“

Diese Phrasen trugen sich zu gerade in der Stunde, als der Erdbeben von Italien geboren wurde. In die offizielle Freudenfeier tönte der Schrei des Protestes und ihm folgte die feierliche Stille des Streiks.

In Genua und allen Vororten, in Savona und Spezia, Sanremo und Ventimiglia ruht seit gestern früh jede Arbeit. Der Hafen liegt wie tot: Der Streik umfaßt alle Kategorien. Gestern nacht blieb die Stadt im Dunkeln. Heute sind keine Zeitungen erschienen. Soweit man aus den sehr unklaren Phonogrammen ersehen, die vor den Ohren der Behörde Gnade finden, wurden gestern abend mehrere Polizisten verwundet. Alle Läden sind geschlossen. Genosse Morgari wurde von Rom aus nach Genua geschickt, um Nachricht zu bekommen und zu geben.

Imponierend ist die Demonstration in Mailand. Die 80.000 Streikenden sind Herren der Stadt. Der Bürgermeister wollte ein Manifest für die Geburt des Prinzen veröffentlichen und sandte es den organisierten Buchdruckern mit der Bitte, es zu drucken. Das wurde abgelehnt und statt dessen ein Manifest der Arbeiterkammer an das Mailänder Proletariat gerichtet. Da alle öffentlichen Gebäude gesplagt hatten der Geburt des Prinzen zu Ehren, ließen die Streikenden alle Fahnen halbmast hängen, eingebend der Opfer in Sardinien, Sighien und Sestri. Keine Zeitung erscheint, nur die Arbeiterkammer giebt ein Bulletin des Streiks heraus, das — dank der einigenden Kraft der großen Stunde — von den Redakteuren des „Tempo“, der „Avanguardia“ und der republikanischen „Italia del Popolo“ gemeinsam geschrieben wird. Alles ist ruhig. Nur ist es bebauernderweise bei Schließung der Restaurants, das die Streikenden erzielten, zu

einem Konflikt gekommen, bei dem ein Arzt von einem vorbestraften Individuum durch Messerstiche getötet wurde.

In Turin, Neapel, Venedig und Brescia soll der Streik sich heute auf alle Kategorien ausdehnen. Für Rom ist er gestern abend beschlossen und jetzt bereits durchgeführt worden. Hier streiken die Trambahner, Droschkentreiber, Bäcker, Schlächter, Maurer, Straßenkehrer und Drucker. Leider, wir halten dies für einen großen taktischen Fehler, streiken auch die Drucker des „Avanti“, die heute Punkt 12, nachdem man mit Ach und Weh eine Morgenausgabe gemacht hatte, die Druckerei verlassen. Wir hoffen, daß die morgende Volksversammlung den Beschluß des Streiks für den „Avanti“ wieder aufhebt. „Tribuna“ und „Giornale d'Italia“, die wie der „Avanti“ Abendblätter sind, haben sich in einer Morgenausgabe von ihren Lesern verabschiedet.

Und gerade heute kommt die Nachricht, daß der König der Altersversicherungslasse der Arbeiter eine Million überwiesen habe, um die Geburt des Knaben zu feiern. Man nimmt die gewiß persönlich gut gemeinte Spende bitter auf: „Was nützt einem“ — sagte ein Arbeiter, „eine Altersklasse, wenn man uns in der Jugend totschiesst?“

Wohin der Streik führen wird, ist noch nicht abzusehen. Wenn die Regierung nicht durch das Abschneiden jeder Verbindung zwischen den streikenden Städten das Gefühl der systematischen Unzufriedenheit und der Unsicherheit verbreitet hätte, so hätte man nach dreitägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen. Heute ist keinerlei Verabredung möglich. Mehrere Telegramme, die Ferri nach Rom riefen, wurden einfach unterschlagen, und Ferri kam heute an, nur von dem absoluten Mangel jeder Nachricht hergerufen.

Der „Avanti“, obwohl nicht konfisziert, ist in keiner Stadt, außer Rom, zur Verteilung gekommen.

Kann sein, daß alles wieder in Ordnung ist, wenn dieser Bericht, von dem uns die Censur verbietet, einen telegraphischen Wächter zu senden, in Druck geht. Wir glauben es nicht. In Mailand fordert man, um die Arbeit aufzunehmen, den Rückzug Giolittis oder die Erlassung eines Gesetzes, das die Verwendung bewaffneter Macht bei Streiks unmöglich macht.

Sobald kommt vom Prehverein die Nachricht, daß in Genua ein Postbureau von den Ausständigen gestürmt wurde, wobei zehn Soldaten verwundet wurden. Der „Avanti“ hat heute kein Telegramm und keinen Brief erhalten. Es giebt für uns keinen Postverkehr mehr.

Rom, den 18. September. (Fig. Ver.)

Der Streik dauert fort; einmütig, fest und drohend in allen größeren Städten Italiens. Wir sind am Abend des dritten Tages für Mailand, Monza und andre kleinere Städte, am Abend des zweiten Streiktages in Rom, Neapel, Turin usw. Im Auslande, wo man nichts hat als die verlogenen Telegramme der „Stefani“, kann man sich schwer eine Vorstellung machen von der Größe und Feierlichkeit der Stunden, die wir durchleben.

Der 17. schloß in Rom ab mit einer Parteiversammlung, in der u. a. Ferri, Prampolini, Podrecca sprachen. Es wurde zum Ernst und zur Disziplin ermahnt und noch einmal bestätigt, daß ein Endpunkt des Streiks noch nicht zu bestimmen sei und alles in die Hände der Arbeiterkammer von Mailand gelegt werden solle.

Die Arbeitsruhe in Rom ist vollständig, imponierend. Die „Tribuna“ hatte 120 elektrische Trams versprochen: seit gestern um 4 Uhr zirkuliert kein Tram, keine Droschke, absolut keine. Die Straßen sind nicht gekehrt, die häuslichen Abfälle nicht abgeholt, man hat seit gestern früh nicht mehr geschlachtet, seit gestern nacht nicht mehr gebadet.

Heute früh um 10 Uhr hat man auf dem Campo Boaro, am Testaccio, eine große Volksversammlung abgehalten, die größte, die das moderne Rom gesehen. Man rechnet, daß 12.000 bis 15.000 Menschen zugegen waren: das große, weite Feld stand Kopf an Kopf, auf dem Testaccio standen Hunderte von Menschen, zu denen die Stimme der Redner gar nicht mehr hinaufdrang. Zuerst sprach ein Radikaler, der dem Protest der Bevölkerung Ausdruck gab, es folgte ein Anarchist, der sich über Giolittis hinterlistig beklagte, weil dieser bis jetzt selbst den Generalstreik verkleinere, indem er keine Truppen schide und ihn so ungefährlich mache. Ein anderer Anarchist forderte auf, Rache zu nehmen, Gewalt für Gewalt, Blutbad für Blutbad zu geben. Podrecca, Disolati und Ferri traten mit kraftvollen Worten diesen Gedanken entgegen: Podrecca sagte: Schreit nicht; nieder die Bourgeoisie, nieder mit den herrschenden Klassen! Erhebt Euch selbst, Proletarier, und die Bourgeoisie wird unter Euch bleiben. Laßt die Einigkeit, den Ernst und Opfermut dieser großen Stunde alltäglich unter uns sein.

Ferri, dessen gewaltige Stimme bis auf den Testaccio hinaufdrang, erklärte: Mehr als all unsere Reden, lauter, eindringlicher, überzeugender als sie spricht dieser Streik. Was die Bourgeoisie nicht begreifen will, das muß sie heute begreifen: Ihr Proletarier seid die Quelle der Produktion. Ihr thut alles, schafft alles, und Eure gekreuzten Arme setzen alles fest. Das lernt die Bourgeoisie heute. Aber auch Ihr sollt von der Bourgeoisie lernen. Sie, die verschwindende Minderheit, herrscht, weil sie organisiert ist, weil all die 1000 feinen Gefäße ihres sozialen Mechanismus ineinandergreifen, weil jeder in der Behauptung seiner Klassenherrschaft mit den Massen genossen einig bleibt. Laßt das Proletariat sich selbst zum Mechanismus umschaffen, der im Stande ist, die Produktion technisch zu beherrschen, intellektuell zu leiten, die Gesellschaft geistig zu durchdringen mit dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit, und die Welt ist unser.

Nachdem man eine Protest-Tagesordnung angenommen hatte, löste sich die Massenversammlung, die zwei Stunden unter den Strahlen der Sonne ausgehalten, auf und begab sich nach der Stadt zurück.

Was man aus den übrigen Städten weiß, ist dank der Telegraphen- und Telephonzensur bitter wenig. Zeitungen erscheinen keine mehr. Mailand, Turin, Genua, Sampierdarena sind die beiden letzten Abende im Dunkeln geblieben. In Mailand beginnt heute nacht der Streik aller Eisenbahner, der von Mitternacht des 18./19. bis zur Mitternacht des 19./20. dauern soll. Dieser Bericht wird sich also unfehlbar verspäten. In Genua soll man ein Postbureau gestürmt und dabei zehn Soldaten verletzt haben. Auch sollen die Eisenbahnschienen bei Sampierdarena entfernt worden sein. Es ist unmöglich, diese Nachrichten zu kontrollieren.

Das Streikbulletin ist erschienen. Man hat ihm aber den ungeschickten Namen Buletino ufficiale der Arbeiterkammer gegeben, und so weiß die Menge teilweise nicht, um was es sich handelt, und es findet wenig Absatz.

Wir haben erfahren, daß Giolitti ein Mundschreiben an alle Präfekten geschickt hat, in dem er auf das allerenergischste auffordert, alles Menschennögliche zu thun, um Blutvergießen zu verhindern. Spät ist ihm die Vernunft gekommen, aber sie ist gekommen.

Einen Begriff von der Einmütigkeit unsers römischen Streiks werden die für den übermorgen stattfindenden internationalen Freiendekongress eintreffenden Fremden empfangen. Man sieht schon viele von ihnen, die zu Fuß, ihre Koffer selber schleppend, von der Station herkommen. Das Kongresskomitee bedurfte zweier Tischler, um an dem Versammlungsort eine Veränderung vorzunehmen. Man hat sie nicht gefunden. Professor Seggi, der spät an die Drucklegung seines Referats über Dogma und Wissenschaft gedacht hatte, fand keinen Sezer mehr.

In Genua hat man, wie wir eben im Prehverein erfahren, die Eisenbahnwagen verbrannt und die Geleise ausgehoben. Die Lage ist sehr ernst.

In Mailand und Rom wird, wie die Arbeiterkammer beschließt, morgen die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Regierung sich verpflichtet hat, in Konflikten zwischen Kapital und Arbeit keine bewaffnete Macht zu verwenden.

In Rom waren keine ernstlichen Unordnungen, nur ein Carabinieri ist verletzt.

Rom, 20. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Streikbewegung dauert in etwa zwanzig Städten in ruhiger, imposanter Weise fort. In Genua, Rom, Turin wurde die Arbeit auf Beschluß der Centralorganisation der Arbeiterkammern wieder aufgenommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. September.

Der Parteitag.

Die Fortführung der Diskussion über den Vorstandsbericht brachte verschiedene bedeutungsvolle Auseinandersetzungen. Zunächst wurde der schon gestern abend behandelte Antrag auf Entfaltung einer besonderen Propaganda unter den Proletariern, die zur Armee einberufen werden, von mehreren Rednern beleuchtet und in seiner völligen Unannehmbarkeit nachgewiesen. Der Antrag forderte Auffklärung der künftigen Soldaten über ihre Pflicht gegen den „inneren Feind“ und Ratsschläge über ihr Verhalten gegenüber Mißhandlungen. Es verfloß mit dieser Diskussion die allgemeine, nicht klar herausgearbeitete Vorstellung einer eindringlicheren sozialistischen Einwirkung auf die proletarische Jugend im allgemeinen. Selbst die vereinzelt Freunde des Antrages vermochten nicht, sich für die in ihm gestellten Forderungen zu erklären, und begnügten sich, seiner Tendenz zu huldigen. Fast sämtliche Redner aber wandten sich in aller Schärfe gegen den Antrag, dessen Bedenkslichkeit und Gefährlichkeit gerade für diejenigen aufgezeigt wurde, die mit dieser besonderen Propaganda bedacht werden sollen. Unter andern Rednern wies Schöpplin treffend darauf hin, daß es überhaupt unmöglich ist, den jungen Leuten in kurzer Zeit durch Flugblätter oder Droschken einen Wegweiser für ihr Verhalten im Heere zu geben; damit werde nur Verwirrung in den Köpfen der jungen Soldaten gestiftet und diese werden von vornherein in die schwierigsten Situationen gebracht, denen sie nicht gewachsen sind. Ebenso wandten sich Mollenbühr und Vollmar scharf abweisend gegen den Antrag, der gegen alle Traditionen der Partei verstößt. Gegenüber dem Scheinradikalismus des Antrags kam Vollmar in die reizvolle Lage, sich auf die altbewährte siegeskrone Taktik der Partei zu berufen, und Mollenbühr legte mit volstem Recht Wert auf die Feststellung, daß keineswegs allein die juristische Gefährlichkeit einer solchen Agitation unter den zukünftigen Soldaten oder taktische Klugheitsgründe die Sozialdemokratie hindere, solch Verfahren einzuschlagen. In der That fände eine derartige Propaganda im Widerspruch zu allen Auffassungen unserer Partei vom Militarismus und seiner Entwicklung in Deutschland. Was die militärische Reaktion von Konflikten mit dem „inneren Feind“ träumen und sie erkennen, nimmermehr ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, sich unmittelbar an die einzelnen Soldaten zu wenden und ihnen die Verweigerung des militärischen Gehorsams für bestimmte Fälle aufzulegen — denn darauf müßte eine solche Agitation schließlich hinauslaufen. Unsere Aufgabe ist es, durch die parlamentarische Kritik, durch die Presse, durch all unser Wirken in der öffentlichen Ueberzeugung Deutschlands das Verlangen nach einer freibleibenden Gestaltung unsrer Zustände, insbesondere auch im Heerwesen, so unerschütterlich zu begründen und zu festigen, daß die reaktionäre Eier in sich ersticken. Wenn wir aber die jungen Arbeiter möglichst gegen Mißhandlungen schützen wollen, so müssen wir sorgen, daß sie allesamt

zu sozialistischer und freirechtlicher Intelligenz emporkommen. Gegen die gewählten, tüchtigen, gegen sozialistische Soldaten sind Maßnahmen, wie alte Erfahrung zeigt, sehr selten, sie richten sich weitaus mehr gegen die jungen Leute aus Bevölkerungsschichten, die bisher wenig oder gar nicht vom Geist unserer Partei erfasst sind.

Es bleibt dabei, daß gerade die sozialistischen Soldaten es sind, welche die militärischen Pflichten auf das pünktlichste erfüllen, wie es die sozialistischen Arbeiter sind, welche in den Fabriken die tüchtigsten sind. Die Partei aber wird durch ihr Gesamtwirken im öffentlichen Leben das Brutalisierungssystem des Militarismus beseitigen und die Demokratisierung der Armee herbeiführen. Gleichwohl ist aus dieser Debatte, durch die nebenher Erörterungen über Schaffung einer Jugendliteratur gingen, der Ertrag gewonnen, daß die Arbeiterschaft an die große Aufgabe, ihre Jugend zu Unabhängigkeitssinn und Freiheitstolz zu erziehen, weitaus gesteigerte Bemühungen setzen soll. So unerträglich es wäre, sich an die Jugend mit politischen Artikeln zu wenden, die sie nicht geistig verarbeiten kann, so ungemein wichtig ist es, der Jugend des Proletariats Möglichkeiten zu schaffen für die Entwicklung zu kraftvollen, geistesreichen, ideal strebenden Menschen.

Bei der Beratung von Wünschen für die Tagesordnung des nächsten Parteitagess verließ der Parteitag bei der guten Regel, daß sich im allgemeinen solche Feststellungen auf Jahresfrist nicht treffen lassen. Er gab aber diejenigen Wünsche zur Erwägung des Parteivorstandes, die wichtige aktuelle Angelegenheiten betreffen. Bernstein, Karl Liebknecht, Genosin Jettin und andre erarbeiteten eine künftige gründliche Beratung des politischen Streiks für notwendig. Es herrsche Unsicherheit über Begriff und Wesen des „Generalstreiks“, des politischen Massenstreiks; und es müßten Mittel ins Auge gefaßt werden, die das Proletariat anwenden im Falle wachsender Gewaltthätigkeit der politischen Feinde, insbesondere im Falle eines Antrags auf das Reichstags-Wahlrecht. Es scheint, als habe bereits diese kurze Aussprache alles Wesentliche klar gestellt, worauf eine nächstjährige Debatte über den Massenstreik führen kann. Von allen Rednern wurden natürlich die antiparlamentarischen Verwirrlichkeiten der Friedeberechtigten Agitation abgewiesen. Andererseits besteht darüber unter Socialdemokraten wohl überhaupt keine Meinungsverschiedenheit, daß zum Schutze der einzigen Vertretungskörperschaft, in der das deutsche Volk einige Macht hat, der politische Massenstreik ein mächtiges und für die reaktionären Rechtsbrecher gefährliches Kampfmittel des Proletariats werden kann. Der Parteitag aber hält die jetzige Situation im Reich trotz aller lauernden Absichten und Anschläge der Feinde, die wir mit aller Aufmerksamkeit betrachten, nicht für eine solche, daß es nötig wäre, die äußersten Kampfmittel aus der Kistkammer zu nehmen. Vorerst ist es auch in diesen Dingen die Aufgabe unrer Partei, das ganze deutsche Volk so zu beeinflussen, daß das Wagnis eines Streikes gegen die elementarsten Volksrechte der Reaktion von vornherein aussichtslos erscheinen muß. — Auch in der Alkoholfrage wurde ein gutes Ergebnis erzielt. Unter Wahrung der principiellen Anschauung über die sozialen Ursachen des Alkoholismus erachtet die Partei es als Pflicht, allenthalben die Arbeiterschaft auf die furchtbaren Schädigungen durch den Trunk hinzuweisen, sie zu reineren Genüssen aufzurufen, wodurch zugleich die Aufnahmefähigkeit für die befreienden Ideen des Socialismus mächtig gehoben wird.

In der Radmittags-Sitzung wurde die parlamentarische Debatte bis auf den Fall Schippel erledigt, den Ledebour als Berichterstatter ausführlich dargestellt hatte. Die Diskussion über die parlamentarische Thätigkeit drehte sich um die anfängliche Stimmenthaltung der Fraktion bei den Hereroerediten, die Ablehnung des Kaufmannsgerichts-Gesetzes und die von Tinnin in der „Neuen Zeit“ befürwortete stärkere Offensive auf dem Gebiet der socialpolitischen Gesetzgebung. Hoch bedauerte, daß die Fraktion nicht in den Krankenlassenstreit zu Gunsten der Selbstverwaltung eingegriffen habe. Köpfen vertrat in der Rechtfertigung seiner Stettiner Rede die Meinung, daß die Fraktion alle socialpolitischen Gesetze, namentlich mit Rücksicht auf die Agitation annehmen müsse; dieser Auffassung wurde lebhaft widersprochen; so von Bebel.

Erst am Schluß der Sitzung begann die Diskussion des Falles Schippel, zu dem drei Resolutionen vorliegen. Die Wählbüchlings-Resolution Bebel hält die Mitte zwischen einem einfachen Tadelvotum, das Pappow und 25 Genossen ausgesprochen wissen wollen, und einem von Freyhafner und Genossen gestellten Amendement, das auf die Konsequenzen von Schippels Verhalten hindeutet. Morgen früh wird Schippel beginnen. Ihm ist unbefristete Redezeit zu seiner Verteidigung bewilligt worden.

Deutsches Reich.

Mirbachs Rechtfertigung.

Das „Berliner Tageblatt“ ist in der Lage, aus der schon erwähnten Rechtfertigungsschrift des Freiherrn v. Mirbach Auszüge mitzutheilen. Die „Aufklärung“ über den Verbleib der 325 000 M. des Conto K, die darin zu geben versucht wird, läßt die Angelegenheit so dunkel wie sie bisher war, dagegen giebt sie sonst einige interessante Einzelheiten. Mirbach pakt aus, daß Hammerstein ihn zu verleugnen gesucht hat und daß er hüben soll, was mit Hammersteins Kenntnis geschehen ist, das heißt ihn reden. Er sagt in seiner Schrift über die Korrespondenz mit dem Oberpräsidenten:

„Der Vorstand des Kirchenbauvereins entwarf im Februar 1902 ein an meine Mitglieder und Freunde des Kirchenbauvereins und des Evangelisch-lutherischen Hilfvereins zu richtendes Schreiben und bildete zunächst ein großes Komitee für Berlin, dem 212 Mitglieder beitraten, unter ihnen die ersten Staats- und Hofbeamten und viele angesehenen, einflussreiche Herren aller Kreise. Der Vorstand beschloß ferner, da der Kirchenbauverein für das ganze Land arbeitet, ebensolche Komitees in allen Provinzen zu bilden. Dazu mußte er sich, wie dies jeder Verein zu thun hat und es unzählige jährlich thun, an die Oberpräsidenten wenden. Dies war bei uns noch um so gewisener, als sämtliche Oberpräsidenten bis auf einen seit langen Jahren Mitglieder des Evangelisch-lutherischen Hilfvereins sind. Im Auftrage des Vorstandes richtete ich daher an die Oberpräsidenten die Anfrage, ob sie geneigt seien, einem derartigen Komitee beizutreten und zu seiner Organisation uns aus den Provinzen einige geeignete Herren zu bezeichnen. Das geschah. In alle wurde dann im Sinne der Beschlüsse des Kirchenbauvorstandes geschrieben, und so mit der Zeit in den Provinzen Komitees gebildet. Da es sich hier also nirgends um eine allgemeine Kollekte handelte, bedurfte es nicht der ausdrücklichen Genehmigung des Ministers des Inneren. Aber ich hatte denselben trotzdem unterrichtet, zumal er selbst Mitglied des Berliner Komitees war und sich lebhaft für die Sache interessierte.“

Hammerstein war also nicht nur Mitglied des Berliner Komitees und als solches doch wohl von den Vorgängen im allgemeinen unterrichtet, sondern Mirbach erklärt, daß er den Minister noch besonders von dem Schreiben an die Oberpräsidenten in Kenntnis gesetzt habe. Es muß doch dem Minister bei dem ganzen Treiben nicht recht wohl gewesen sein, daß er diese Kenntnis im Landtage abgeleugnet hat.

An dem Zudegelde, das für die Gedächtnisfeier gegeben worden ist, will Herr v. Mirbach unschuldig sein. Er behauptet nämlich, gegen seine Stimme habe der Vorstand des Kirchenbau-

vereins beschloffen, sich auch an Katholiken und Juden zu wenden. Diese Schamhaftigkeit des großen Kirchenbauers nimmt uns Wunder angesichts der Thatsache, daß er persönlich bei dem Juden Singer vorgesprochen hat, um dessen Einsatz für die Kaiser-Wedähtniskirche zu gewinnen. Es scheint, daß er gegen die direkte Ausnützung der Juden nur deshalb gestimmt hat, weil er sich davon nicht viel versprach. In der That sollen von Juden nur 19 000 M. und von Katholiken 56 000 M. gespendet worden sein. Das ist bei den großen Zielen, die Mirbach sich gesteckt hatte, nicht viel, und man kann schon glauben, daß der gewiegte Geschäftsmann um solcher Lappalien willen den bedenklichen Schritt zu den Juden nicht machen wollte. Er hat, wie er erzählt, von 1888 bis 1903 für 55 Kirchen 31 Millionen Mark zusammengekauft und außerdem 10 Millionen für Zwecke der Stadtmision und dergleichen.

Ueber die Pommernbank und das Conto K sagt er alsdann: „Der Postel wurde ihnen durch mich verschafft, ohne daß sie denselben nachgelacht hätten. Als sie bald darauf eine Stiftung von 350 000 M. machen wollten, lehnte ich dies ausdrücklich aus dem Grunde ab, weil es wie eine vorher abgemachte Gegenleistung aufgefahrt werden könnte. Deshalb stellten sie später ein Guthaben aus, auf welches diese namentlich für den Kirchenbau bestimmte Summe allmählich nach Bedarf erhebar werden konnte. Von dieser Summe von 350 000 Mark wurden, wie auch vor Bericht festgestellt worden ist, im November 1900 25 000 Mark abgehoben, dann, als die Schwierigkeiten der Bank anfingen, auf den Rest von 325 000 Mark von mir sofort verzichtet. Um das auf meinen Namen mit Conto K (Kirchenbauverein) lautende Conto aufzulösen, stellte ich die Quittung über die 325 000 Mark aus und ermächtigte die Herren, das Geld, was nach meiner Ansicht nur ihnen gehören konnte, wieder an sich zu nehmen. Sie hätten mir allerdings hierüber ebenfalls eine Quittung ausstellen müssen. Aber bei allen gerichtlichen Untersuchungen ist nirgends, auch nach den Aussagen der Direktoren selbst, der geringste Zweifel geblieben, daß sie das Geld wieder an sich genommen haben. Was sie damit gemacht haben, ist nicht festgestellt und mir vollständig unbekannt.“

Die Behauptung, es sei kein Zweifel geblieben, daß die Pommernbankdirektoren die 325 000 M. an sich genommen haben, ist ganz neu. Die Herren Schütz und Komeid haben sich darüber stets in viefsagenem diskretes Schweigen gehüllt und niemand hat den Versuch gemacht, das aufzuklären. Eine Quittung über den Empfang von 325 000 M. anzustellen, die er niemals empfangen hat, das gethan zu haben, kann man doch von einem Manne mit fünf gesunden Sinnen, der mit Millionen umzugehen gewöhnt ist, nicht annehmen.

Auch daß das Geld das Eigentum der Pommernbankdirektoren gewesen sei, ist Mirbachs eigne Behauptung. Eine Aufklärung kann man also die Darstellung der Rechtfertigungsschrift nicht nennen.

Den Postel scheint Mirbach der Pommernbank nach seiner Darstellung aus reiner Liebhaberei verschafft zu haben. Es scheint ihm Vergnügen gemacht zu haben, den Leuten einen hübschen Titel zu verschaffen. Ein Engel, dieser Mirbach! Verschafft den Leuten Titel, die sie nicht verlangen, will nichts dafür haben, giebt ihnen noch obendrein eine Quittung über 325 000 M., ohne Geld zu nehmen, mehr Menschenliebe kann man nicht verlangen.

Schließlich teilt Herr Mirbach noch mit, daß er etwa ein halbes hundert Orden und etliche Kommerzienrädtitel vermittelt habe.

Natürlich auch aus reiner Menschenliebe.

Vom Ballinismus.

Unsre gestrigen Mitteilungen über die Ergebnisse unsrer Berichterstatters in der Rolle eines russischen Reisenden haben bisher wenigstens einen Blatte den Mund ein wenig geöffnet. Das „Berliner Tageblatt“, das übrigens bei dieser Gelegenheit behauptet, es habe bisher die Angelegenheit — im Handelsteil erörtert, hat nun seinen politischen Teil mit dieser — Vorkriegsangelegenheit belastet. Wenn es von sich behauptet, daß seine bisherige Behandlung der Angelegenheit sachlich war, wir aber mit dieser sachlichen Behandlung nicht zufrieden gewesen seien, so kann man auf die Vermutung kommen, daß es um einen Gefallen damit zu erweisen glaubt, wenn es die Angelegenheit jetzt — nicht sachlich behandelt. Es leitet nämlich die Behandlung unsrer gestrigen Mitteilungen mit der Bemerkung ein, wir hätten einen „Schlager“, eine Quartalsensation gebraucht.

Laß deine linke Spalte nicht wissen, was in deiner rechten steht, so denkt man offenbar im „Tageblatt“. In der rechten Spalte der ersten Seite redet es nämlich von unsrer Quartalsensation und in der linken Spalte derselben Seite beschwert es sich darüber, daß Mirbach in seiner Rechtfertigungsschrift zwischen einer „sensationalen“ und einer „besseren“ Presse unterscheidet. Es ist schon ein guter freisinniger Brauch, wichtige politische Feststellungen, die die preussische „Kultur“ im schönsten russischen Dufte strahlen lassen, unter die Rubrik Quartalsensationen zu bringen.

Zur Sache selbst hat das „Tageblatt“ nur dies zu sagen:

Zu diesen Feststellungen muß bemerkt werden, daß die preussische Regierung allerdings ein Interesse daran hat, das Land nicht von russischen Auswanderern überflutet werden zu lassen. Bekanntlich ist die Kontrolle der Auswanderer in den amerikanischen Häfen sehr streng; was nicht passieren darf, wird auf Kosten der Reedereien zurückgeschickt und fällt dem Deutschen Reich zur Last. Also eine Kontrolle der Auswanderer ist nötig; die Abmachungen zwischen den großen deutschen Reedereien und der preussischen Regierung entsprechen einem Bedürfnis. Damit können aber die Migririffe, die allmählich recht häufig von den Agenten der Hamburg-Amerika-Linie begangen werden, in keiner Weise gerechtfertigt werden. Die Polizei hat die Pflicht, diesen Agenten gründlich auf die Finger zu sehen. Aber vielleicht wäre es überhaupt richtig, diese Agenten, die von der Provisoren leben und deshalb zu Uebergriffen neigen, durch fest angestellte Beamte zu ersetzen.

Das wird Ballin nicht übel ankreiden. Nur passen die Bemerkungen auf die thatsächlichen Verhältnisse wie die Faust aufs Auge. Es handelt sich gar nicht darum, das Land vor der Ueberflutung mit mittellosen russischen Auswanderern zu schützen und es handelt sich nicht darum, die Reedereien vor den Kosten des Rücktransportes in Amerika abgelehnter Auswanderer zu schützen.

Unter zwangsweise nach Rußland geschaffter Berichterstatter war nicht mittellos; er hatte 50 M. bei sich, die ihm abgenommen worden sind. Er wollte auch nicht das Land überflutet werden, er wollte im Gegenteil das Land verlassen, denn er hatte erklärt, daß er von Hamburg nach London wollte. Auch der mit ihm zugleich gegen seinen Willen nach Rußland verfrachtete erste Kuffe war nicht mittellos, sondern reichlich mit Reisegeld versehen. Auch er wollte nicht im Lande bleiben, sondern nach London reisen und hat das ganz nachdrücklich erklärt.

Der ganze Apparat ist ja gerade eingerichtet, um den Reedereien, speziell der Hamburg-Amerika-Linie, Zwischen- und Passagiere zuzutreiben. Zu diesem Zwecke werden Gestalt und Ueberredung angewendet. Wenn es nur gälte, die Reedereien vor den Kosten des Rücktransportes solcher Auswanderer zu schützen, die Amerika zurückweisen würde, wozu denn dann die Bemühungen, Leute, die gar nicht nach Amerika reisen wollen, zum Kauf einer Schiffabfahrtskarte nach Amerika zu überreden? Wenn es sich darum handelte, das Land vor der Ueberflutung mit mittellosen Auswanderern zu schützen, weshalb hindert man dann Leute, die man für Auswanderer hält, nach London auszuwandern?

Daß Ballins Agenten auch „Migririffe“ begehen können, beweist allerdings der Umstand, daß man einen Berichterstatter des „Vorwärts“ aufgegriffen hat, so daß wir in die Lage kommen, das ganze Verfahren notorisch zu machen. Dieser Migririff diskreditiert aber höchstens die Agenten Ballins ihrem Auftraggeber gegenüber. Gegen solche Kuffen wird man den Agenten wahrscheinlich für die Zukunft Vorsicht anempfehlen.

Vor der Öffentlichkeit handelt es sich jedoch nicht um die Migririffe von Agenten, denen zwar die Stiefeln nicht russisch genug

erschieden, die sich aber dann doch noch durch das Schnäppchen täuschen ließen, das unser Berichterstatter zur Vervollständigung seiner russischen Ausrüstung nahm, sondern es handelt sich um das schmachvolle System, daß der preussische Staat sich in den Dienst der Reedereifirma und zugleich in den Dienst des Jaren stellt, um arme Proletarier entweder dem einen zu-, oder wieder in die Knechtschaft des andern zurückzutreiben. Dieses System aufzudecken und zu seiner Beseitigung beizutragen, haben wir uns zur Aufgabe gesetzt. Und die schweigende Ballinpresse wird auch noch zum Reden gezwungen werden.

(Privatbesuche des „Vorwärts“.) Der Parteitag wird sich mit der Ballinwirtschaft beschäftigen. Es wird eine Resolution eingebracht werden, die eine Regelung des Fremdenrechts und Schutz gegen das vom „Vorwärts“ aufgedeckte Verfahren der Ballinagenturen fordert.

Proletarische Centrumsagitatoren.

Vom Niederrhein wird uns geschrieben: Der Volksverein für das katholische Deutschland hat bekanntlich seine Centrale in M. Gladbach, in der er einen großen Beamtenapparat, zumißt Theologen, unterhält. Seit mehreren Jahren werden in der Centrale sociale Kurse abgehalten, an welchen teils eine Anzahl Personen teilnehmen, die sich den „geistigen“ Kampf gegen die Socialdemokratie zum Beruf erkoren haben. Früher rekrutierten sich die Besucher der Kurse aus den Mittelständen sowie Geistlichen und Realakademien, doch hat sich der Kreis erweitert, so daß jetzt auch Arbeiter zu Centrumsagitatoren ausgebildet werden. Selbstverständlich bedürfen die letztgenannten einer längeren „Ausbildung“ als die erstern, die gewöhnlich in circa drei Wochen vollständig ausgerüstet sind zum Kampf gegen den „Drachen Socialismus“. Denn daß es sich nur um diesen Kampf handelt, geht aus den Themen hervor, die auf den Kursen zur Diskussion stehen. Wir heben nur einige derselben, die auf dem letzten Kursus, der jetzt beendet ist, behandelt wurden, hervor. Es wurden Vorträge gehalten über „Entwicklung der Volkswirtschaft und Socialismus“, „Kommunice Socialpolitik, sociale und apologetische Fortbildung“, „Materialismus und Weltentwicklung“, über den „biblischen Schöpfungsbericht, Darwinismus, Bibel und Babel“ sowie „Fahrtverträge und Aufgaben gegenüber der Socialdemokratie“. An dem letzten Kursus nahmen außer 07 Geistlichen, 13 Theologie Studierende, 12 Lehrer, 9 Redakteure, 4 Damen, die sich socialpolitisch betätigen, endlich auch 44 Arbeiter teil. Bemerkenswert ist, daß in dem Kampf gegen die Socialdemokratie auch die Frau als Rednerin verhandelt werden soll, während doch sonst das Centrum der Frau ihren Platz hinter dem Kochherd anwies; aber die Frucht zeitig sonderbare Früchte beim Centrum und selbst Vorarbeit und Satzungen gelten nicht mehr, wenn es heißt, die Position gegen die Socialdemokratie zu verteidigen; jeder Strohhalm wird ergriffen, der zur Rettung dienen könnte. Wie die „Ausbildung“ in den Kursen vor sich geht, kann man sich lebhaft vorstellen; den Teilnehmern werden einige Phrasen eingepaukt, die man dann auf die katholischen Arbeiter losläßt, um diese in ihrer Beschränktheit zu erhalten. Es war ein ganz langer Trid des Centrums in der Jesuitenschule, wie die Centrale des Volksvereins in M. Gladbach allgemein genannt wird, auch Arbeiter zu Agitatoren auszubilden. Diese Leute, aus den christlichen Gewerkschaften oder den katholischen Arbeitervereinen, die auch die Unterhaltungskosten in M. Gladbach bestreiten, hervorgegangen, sind thatsächlich sehr gute Agitatoren für das Centrum. Die Geistlichkeit hat, wenigstens in den großen Städten, auch bei den katholischen Arbeitern untreulich an Ansehen verloren, deshalb verfiel man auf die Idee der Arbeiteragitatoren. Diese Jesuitenschüler genießen in den christlichen Gewerkschaften und auch in den katholischen Arbeitervereinen des Westens vielfach ein größeres Ansehen als der Geistliche. Es ist das auch leicht erklärlich, weil ersterer den Arbeitern in wirtschaftlicher Beziehung näher steht. Die Domäne für diese Centrumsagitatoren ist wohl der Niederrhein mit seiner industriellen Bevölkerung, fast jeder Ort von einiger Bedeutung weist einen oder mehrere von ihnen als Gewerkschaftsbeamte und Arbeitersekretäre auf. Sie betreiben eine systematische Agitation in Versammlungen oder sonstigen Zusammenkünften gegen die moderne Arbeiterbewegung. Man muß diese auf die Socialdemokratie dressierten Jesuitenschüler in Versammlungen sehen und hören, um begreifen zu können, daß sich unerfahrene Arbeiter durch die eingepaukten Phrasen noch betören lassen; daß die „Gottlosigkeit“ der Socialdemokratie hauptsächlich erhalten muß, versteht sich am Bande. Es ist nun selbstverständlich, daß die Socialdemokratie auch dieser Kampfweise Herr werden wird; aber erschwert wird den Genossen in den Gegenden doch der Kampf, da sie eine Wastade, die nicht wegzuleugnen ist. Deshalb ist es Pflicht der Gesamtpartei, unsre Genossen in diesen zurückgebliebenen Gegenden mit aller Kraft zu unterstützen, soweit sie Hilfe brauchen.

Ueber die Missionsthätigkeit auf Neu-Guinea.

veröffentlicht die „Kölnische Zeitung“ allerhand Mitteilungen über das höchst ungeschickte Auftreten der katholischen Missionare. Es wird in der „Kölnischen Zeitung“ behauptet, daß wirklich diese höchst unbefohlene Missionsthätigkeit die Ursache zu dem Blutbad auf Neu-Pommern gewesen sei. Die Thätigkeit der Missionare, ihre Einmischung in die intimsten Lebensgewohnheiten der Eingeborenen habe die höchste Unzufriedenheit derselben herbeigeführt. Die Missionare hätten die Eingeborenen in ihrem häuslichen Leben stetig überwacht und beaufsichtigt und in zahlreichen Fällen ins Gefängnis gesteckt für Vergehen, die nach den Begriffen der Eingeborenen gar nicht als Vergehen oder gar Verbrechen aufzufassen gewesen wären, vielmehr durchaus den Sitten und Gebräuchen entsprochen hätten. Vor allen Dingen habe es sich um die Einmischung in das Eheleben der Eingeborenen gehandelt. Diese Einmischungen seien schon seit länger als einem Jahre vorgekommen und von den Eingeborenen Neu-Pommerns aufs schwerste empfunden worden. Diese Eingeborenen zeichneten sich keineswegs durch besondere Wildheit oder Grausamkeit aus, im Gegenteil gälten sogar im allgemeinen diese Stämme als friedfertiger und harmloser als die Bewohner der Nachbarinseln. Die Missionare hätten eigenmächtig eine Verordnung erlassen, wonach jeder Eingeborene künftig nur ein Weib haben dürfe. Zuwiderhandlungen seien mit Gefängnis und Zwangsarbeit von beträchtlicher Dauer bestraft worden. Nun sei aber die Vielweiberei bei den Eingeborenen eine alte geheilte Tradition gewesen, und sie hätten es deshalb höchst empörend gefunden, daß sich die Missionare in diese ihre intimsten Gebräuche und Lebensgewohnheiten eindrängten. Sie hätten zwar dem Gebot der Missionare Rechnung getragen, da eine ganze Anzahl von Uebertrern in das Gefängnis geworfen worden wäre. Aber der Großteil der Missionare habe um so tiefer um sich gefressen. Die Ermordung der Missionare finde in der Empörung der Eingeborenen über die ihnen unbegreifliche Bevormundung nur ihren natürlichen Ausdruck.

Diese Mitteilungen bestätigen nur die Auffassung, der wir vor einigen Tagen bereits Ausdruck gegeben hatten. Es ist selbstverständlich höchst thöricht, einem auf ganz anderer Kulturstufe stehenden, von ganz andern Sittlichkeitsvorstellungen beherrschten Volke die christlich europäischen Sittlichkeitsvorstellungen gewaltsam aufzuzwingen zu wollen. Was uns aber an dieser Darstellung besonders verwundert, ist, daß die Regierung auf Neu-Pommern den Missionaren ein derartiges Strafrecht eingeräumt haben soll. Es ist doch ein völliges Un Ding, daß die Regierung ihre Strafgewalt an Missionare abtritt resp. der Durchführung der Vorschriften derselben ihre Macht leiht! Missionare sind lediglich der religiösen Befehreung wegen da; in die Re-

gierungsgefühle haben sie sich nicht einzumischen, es sei denn, daß sie gegen ungerechte Handlungen der Regierung die öffentliche Kritik anrufen. In Neu-Vommern scheinen aber die Missionare noch anmahnender aufzutreten zu sein als seiner Zeit in China, wo sie ja bekanntermaßen zur Erregung des Völkeraufstandes ein erhebliches Teil beitrugen.

Es wird deshalb Pflicht der Regierung sein, sich auch über diese wunderlichen Missions- und Verwaltungspraktiken gründlich zu verantworten! —

Husland.

Russen dienst und Polizeiverfolgung eines deutschen Kapitäns.

Nach den genaueren Mitteilungen, die jetzt über die Person des in Slagen verhafteten Japaners vorliegen, erscheint die ganze Sache erst recht als eine höchst lächerliche Maßregel. Der Name des Japaners ist Takikawa und er ist, wie der Gothaer Kalender ausweist, Marine-Attache der japanischen Gesandtschaft in Berlin. Er hat am Donnerstagabend, nachdem man ihn 7 Stunden auf dem Slagener Rathaus festgehalten und ihm dort die dänischen Ausweisungsbefehle vorgelesen hatte, Slagen mit dem Südzuge verlassen und er befindet sich jetzt wahrscheinlich wieder in Berlin. Die erwähnten Ausweisungsbefehle geben natürlich keinen triftigen Grund für eine Ausweisung und für die Polizeiaufsicht und Verfolgung Takikawas an; sie besagen in der Hauptsache nur, daß Fremde, die nicht mindestens 2 Jahre beständig in Dänemark gewohnt haben, auf Befehl des Justizministers ausgewiesen werden können, wenn ihre persönlichen Verhältnisse dazu Veranlassung geben müssen. Als Kapitän Takikawa von Slagen im Wagen 1. Klasse abreiste, schickte sich ein Polizeiaffizient zu ihm ins Koupee; aber auch ein Korrespondent vom „Social-Demokraten“ stieg dort ein, um sich mit dem Herrn bekannt zu machen.

Es wird mitgeteilt, daß von den Schiffe-Telegrammen, die Takikawa von Ryborg absandte, Abschriften genommen worden sind, ja, es wird sogar behauptet, daß diese Abschriften der deutschen Gesandtschaft übergeben worden seien und daß der Dolmetsch der Gesandtschaft, Lassen-Derulfski, damit nach Rußland abgereist sei.

Nicht besser als dem Japaner ist es seinem deutschen Freunde, dem Handelskapitän Sieger aus Swinemünde, ergangen, der 3 Wochen in einem Hotel in Slagen gewohnt hat. Vor einiger Zeit entdeckte Sieger, daß er immer abends, wenn er ausging, von zwei Personen verfolgt wurde, die übrigens keine Wiene machten, ihn zu überfallen. Er besagte sich beim Polizeimeister und bat, man möge ihn doch von den beiden Verfolgern befreien. Als er damit keinen Erfolg hatte, wandte er sich an das deutsche Konsulat in Frederikshaven, aber auch dies blieb erfolglos. Man war auf den Gedanken gekommen, daß er ein japanischer Spion sei und zwar weiß, wie ein Privattelegramm der „Nationaltidende“ besagt, er über das Meer hinaus sah und oftmals Fischer über vorbeifahrende Schiffe ausgefragt hatte.

Es erscheint selbstverständlich, und im übrigen bestätigt es ein an „Social-Demokraten“ geschriebener Brief, daß der Polizeimeister von Slagen nicht nach eigenem Ermessen bei Verfolgung der vermeintlichen Spione gehandelt hat, und somit muß man annehmen, daß das „liberale“ Ministerium, wahrheitslieblich der Justizminister Albertie, diese sonderbaren Bemühungen im Dienste Rußlands veranlaßt.

Die ganze „Spionage“-Affaire ist ein unerhörtes Willkürakt. Denn so gut, wie die russische Flotte Slagen umschiffen darf, darf auch unbedingt jedermann die Durchfahrt der Flotte beobachten und — wenn er will — jedem Besichtigten davon Mitteilung machen!

Die Verhaftung der beiden Personen ist ein Akt unverschämtester Polizeiwilktür!

Rußland.

Alexander Kurjowa.

Der „Altra“ wird mitgeteilt: In Nizza wurde heimlich im Geere eine Proklamation verteilt. „Du sollst nicht töten“ lautete ihr Titel. Der Kommandeur des Zolofsky-Regiments Woslawow wollte das Blatt vor der Front verlesen, aber bereits nach einigen Zeilen hielt er ängstlich inne und begnügte sich mit den Worten: „Das alles machen die Juden, die gar keinen Glauben haben und dem Jaren feindlich gesinnt sind!“ den Vortrag zu beenden. In Frankreich haben sie sogar so einen zum Präsidenten“, fuhr er dann weiter fort. „Aber der gefällt mir auch nicht“. Und nun schalt der Herr Kommandeur auf den Präsidenten, „weil er gegen die Heiligenbilder und die Geistlichen sei.“

Nur noch zwei Fragen wollte er dann beantwortet wissen: Ersiens, ob sich vielleicht ein Zivilist in der Nähe oder im Lager gezeigt habe, der möglichenfalls Plätter hätte verteilen können, und als man ihm dies verneinend beantwortet hatte, rückte er mit der letzten Frage heraus: Man solle ihm der Wahrheit gemäß sagen, wo das Blatt gefunden worden sei, das er gelesen habe. Dieses Schweigens; endlich tritt ein Soldat hervor und verkündet, daß er das Blatt auf dem — Abort gefunden. Und zum Dank für diese Meldung läßt ihn der Kommandeur mit väterlicher Gütlichkeit im Namen des Jaren!

Reden zu halten scheint überhaupt in der russischen Armee zur Gewohnheit zu werden. Was dabei passieren kann, zeigt der Schlussatz der Rede, die der Kommandant des Bedensky-Regiments hielt:

Die Letzen wollen ihren eignen Kaiser, die Juden ihren Salomon, für uns Christen genügt aber Nikolaus II.

Väterchen wackelt über seinem Reiche. Das ist allbekannt, und ein neues Beispiel dieser Wachsamkeit sind die beiden folgenden Epistoden: Die Gendarmerie-Verwaltung, mit der Alerexis ja sehr sympathisiert, reinigt in hervorragender Weise die Mandschurien. So wurde unlängst der Kriegskorrespondent der „Russkaja Wedomosti“ aus Gharbin ausgewiesen, weil er einmal verbannt war und unter Polizeiaufsicht stand. Jetzt verlangt man von der Redaktion ein Attest über die Zuverlässigkeit des Korrespondenten.

Nicht viel besser erging es dem Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“, dem man in seiner Abwesenheit in Jekatsch den Prozeß machte und dann kurz bedeutete, er möge so schnell als möglich mit einem Schnellzuge das Land verlassen.

Eigenartige Ansichten vom Dienstgeheimnis scheint der stellvertretende Inspektor der Kriegsakademie in Jekatsch zu haben. Die Offiziere, die diese Kriegsschule besuchen, wollten, wenn möglich noch vor der Veröffentlichung, die Namen ihrer bei Turantischen gefallenen Kameraden wissen. Dies glückte ihnen auch, und durch einige aufgefangene Worte gelang es dem Inspektor Kgte, der gerade den Direktor vertrat, hinter dieses Staatsverbrechen zu kommen. Der Herr, der Liberalkonstitutionist ist, verlangte nun, daß ihm ein Junker den Namen des Telegraphisten nenne, der ihm dies „Dienstgeheimnis“ verraten habe. Als der Junker die Antwort verweigerte, drohte er ihm mit der Ausstoßung aus der Schule. Zum Glück für den jungen Offizier kam aber gerade der Direktor von seiner Reise zurück, und da er, ein Konfessionist, fand, daß der Junker nur seine Ständeschre durch die Verweigerung gewährt habe, hob er die Ausstoßung auf.

Wenn man also die Namen einiger toter Kameraden verrät, die auf einer Liste in der nächsten Zeit veröffentlicht werden sollen, so ist dies ein Bruch des Dienstgeheimnisses! —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 20. September. Die General-Auropatkin dem Kaiser unter dem gestrigen Datum meldet, wurde am 17. d. Mt. eine verstärkte Erkundung der Stellung des Gegners bei Wianupusa ausgeführt. Die Stellung erwies sich als fest besetzt und war von einer Abteilung in Stärke von mindestens einer Brigade In-

fanterie mit 12 Geschützen besetzt. Westlich von Wianupusa hielt ein Kosakenregiment auf einem japanischen Transportzug und erbeutete 30 Pferde mit Gepäd. Ostlich von Wianupusa wurde der Gegner nicht gesehen. Am 18. September rückte der Feind über die von ihm besetzte Linie nicht weiter vor; doch wurde bemerkt, daß in der Umgegend des Dorfes Wianupusa Verstärkungen eintrafen. Ein großer Teil der Streitkräfte des Gegners ist bei Kiaung bereits auf das rechte Ufer des Taitseflusses übergesetzt.

Tokio, 20. September. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Aus dem Hauptquartier der Mandchuren-Armee wird heute telegraphiert, daß seit dem letzten Bericht die Feststellung der in der Nähe der Station Kiaung gemachten Beute folgendes ergeben hat: Beute wurden von den Japanern 358 Säue und 214 Magazine, die zusammen einen Flächenraum von 88 000 Quadrardards einnehmen; ferner erbeuteten die Japaner 16 000 Aoku Gerste, Weizen und Hirse, 1300 Kasser Petroleum, 1800 Kasser Zucker, 168 Tonnen Kohle sowie viel Brennholz.

Tschiu, 20. September. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Nach zuverlässigen Meldungen hat gestern mit Tagesanbruch ein allgemeiner Angriff der Japaner auf Port Arthur begonnen, der bis zum Einbruch der Dunkelheit fortgesetzt wurde. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Japaner verschiedene Hauptforts im Nordosten von Port Arthur zu nehmen suchen.

London, 20. September. Dem Neuterischen Bureau wird aus Shanghai gemeldet: Bei dem gestern wieder aufgenommenen allgemeinen Angriff auf Port Arthur habe die Flotte mitgewirkt. Die Japaner hätten heute morgen zwei wichtige Forts auf jeder Seite von Schiaung erobert.

Der französische Gewerkschaftskongreß.

Bourges, 15. September. (Fig. Ver.)

Vierter Verhandlungstag.

Fünfte Sitzung. Vormittags 8 Uhr.

Vorsitz: Surnom (Vleckschmiede), Paris, Frau Garnier (Stickerinnen), Lyon.

Debatte über die Vorstandsberichte. (Fortsetzung.)

Gauthier, Arbeitsbörse von Saint-Nazaire, bekräftigt die Genehmigung der Berichte: Wir sind alle für Reformen, aber es ist ausschließl., auf reformistischem Wege etwas zu erreichen. In Bezug auf die Arbeitszeit zum Beispiel haben wir das in der bestehenden Gesellschaft mögliche Maximum der Arbeitszeitverkürzung erlangt.

Perzet, Bergarbeiter, Montceau-les-Mines, legt eingehend die Ursachen der Spaltung innerhalb des Bergarbeiter-Verbandes dar und rechtfertigt die Gründung des neuen, von der Konföderation anerkannten Verbandes.

Vorsitzender verliest folgende Depesche von Jaurès, die gegen die gestrige Andeutung eines Redners protestiert:

„Ich habe niemals zu irgend jemand gesagt und habe niemals gedacht, daß die Konföderation der Arbeit nationalitätliches Geld angenommen hätte. Ich habe in der Kammer diese ungereimte Äußerung dementiert; ich weiß nicht, welches der Ursprung dieser Legende sein mag, und ich begreife nicht, in welchem Interesse einige darauf beharren, mir eine Äußerung zuzuschreiben, die ich niemals gethan habe. Bitte, dem Kongreß meinen Protest nebst meinem sozialistischen Gruß zu übermitteln.“

Jean Jaurès.“

Die Depesche wird rechts mit Beifall aufgenommen, auf dem die Linke mit lauten und anhaltenden Schmähsen: „Hou! Hou! Hou!“ antwortet.

Guérard, Eisenbahner, beschuldigt den Vorstand, die Politik in die Konföderation hineingetragen zu haben, indem er die revolutionäre Richtung der ganzen Organisation aufzuerlegen suche. Die Gewerkschaften haben sich nur mit Berufsinteressen zu befassen. Die Tendenzarbeit des Vorstandes hat bewirkt, daß er die inneren Streitigkeiten verschärft, aufricht in verächtlichem Sinne zu wirken. Die gewerkschaftliche Organisation kann nur dann existieren, wenn sie alle Arbeiter aufnimmt ohne Unterschied der politischen Ueberzeugung. Wir stimmen alle darin überein, daß die gesetzgeberische Aktion ohne die gewerkschaftliche unrichtig ist, daß diese oder jene gesetzgeberische Reform nur dank der Gewerkschaften zur wirklichen Durchführung kommen kann. Wir sind ferner alle der Meinung, daß diejenigen sich irren, die durch die politische Aktion sich hypnotisieren lassen.

Zur Taktik der sogenannten „direkten Aktion“ übergehend, sagt Redner: Die Arbeiter haben seit langem Agitation getrieben. Jetzt nennt man das „direkte Aktion“. So weit, so gut. Sehen wir aber zu, was die „direkte Aktion“ in Wirklichkeit bedeutet. Das spezielle Organ: „L'Action directe“ zeigt, daß die Urheber dieses Schlagwortes darunter nicht den Kampf gegen das Unternehmertum verstehen, sondern den gegen anderdenkende Gewerkschaften. Eine solche Aktion ist zu verwerfen. Versteht man aber darunter die Handlungsweise der Pariser Bäckergehilfen, die durch Straßenunruhen die Abschaffung der privaten Arbeitsnachweisstellen erzwingen haben, dann billige ich eine solche Aktion. (Beifall links.) In diesem Sinne ist die „direkte Aktion“ nichts neues. Neu und verwerflich ist nur das Bestreben, sie zum ausschließlichen Kampfmittel zu machen.

Andereits, so fährt Guérard fort, darf man nicht wegen der „direkten Aktion“ die parlamentarische ausschließen. Diese letztere bringt doch mitunter Resultate, wenn auch unvollständige. Beispiel: das Unfallgesetz von 1898. Auch die reformerische Initiative der Regierung ist nicht zu verschmähen. Wir kämpfen seit langen Jahren um den Achtstundentag, aber bisher ohne Erfolg. Dagegen hat ein Minister (Milerand) in den Post- und Telegraphenverwaltungen den Achtstundentag eingeführt, ein anderer Minister (Pelleton), der wohl ebenso strenge von den Revolutionären beurteilt wird, hat den Achtstundentag in den Arsenalen der Marine eingeführt.

Redner schloß mit den Worten: Die falschen Propheten, die von diesem Kongreß eine Spaltung erwarteten, täuschen sich. Im Grunde sind wir alle einig, uns trennt nur ein Mißverständnis. Wir alle thun ja dieselbe Arbeit, wir alle führen den ökonomischen Kampf und sind alle überzeugt, daß nur ökonomische Reformen vorteilhaft sind, daß politische Reformen nutzlos sind, wenn sie keine ökonomische Rückwirkung haben. Wir sind alle einer Meinung über die Notwendigkeit der ökonomischen Befreiung des Proletariats. Arbeiten wir also in Eintracht für die Bewerksichtigung der schönen Devise der Konföderation: „Wohlfahrt und Freiheit“! (Vehafter, anhaltender Beifall rechts.)

Bousquet, Nahrungsmittelindustrie (Revolutionär) wendet sich scharf gegen Guérard: Die Kritiken gegen den Vorstand richten sich gegen die Kritiker, die ja selbst im Vorstand sitzen. Als Mitglied der Redaktionskommission der „Voix du Peuple“ weiß Redner, daß die andere Seite niemals Verhätigungen eingelände habe, es könne also keine Rede sein von der Unterdrückung ihrer Verhätigungen. Ferner bemerkt Redner: Unsere „direkte Aktion“ hat bewirkt, daß die Gewerkschaft der Bäckergehilfen, die in früheren Jahren 17 Mitglieder zählte, jetzt auf mehr als 3000 Mitglieder angewachsen ist. Die Reform des Arbeitsnachweises ist gewiß unzulänglich, aber auch sie wäre ohne die direkte Aktion nicht erlangt worden. Dergleichen verdanken die Arbeiter von Brest, Vokent u. a. den Erfolg ihrer Streiks der „direkten Aktion“, den Straßenkrawallen. Wir im Nahrungsmittel-Verband werden an dieser Aktion bis ans Ende festhalten. (Beifall links.)

Es sprechen noch mehrere Redner von beiden Seiten über verschiedene Einzelheiten.

Samilin verteidigt des längeren die Taktik der Buchdrucker, die unter andern ihnen ermöglicht hat, schon seit langem den Arbeitsnachweis ganz in die eigene Hand zu bekommen und so für den ganzen Verus den privaten Arbeitsnachweis abzuschaffen. Der Vorwurf wegen der Subskription auf das Album zu Gunsten der russischen und japanischen Verwundeten sei hinfällig. Das sei vielmehr eine antimilitaristische Kundgebung gewesen, angesichts der haubiniatischen Geldsammlung für die russischen Verwundeten allein.

Nebrigens habe Redner persönlich auch für den Abzug des antimilitaristischen „Soldaten-Handbuchs“ gewirkt.

Es sind noch 22 Redner eingeschrieben. Der Kongreß votiert den Schluß der Rednerliste.

Katapie, Metallarbeiter (Anubohrer) verliest zunächst eine Erklärung, worin sein Verband den Mechanikern anbietet, die zwischen den beiden Organisationen schwebenden Differenzen in einer besonderen Versammlung zu Bourges zu diskutieren, um so die Zeit des Kongresses zu sparen, der übrigens sich in die internen Streitigkeiten zwischen einzelnen Organisationen nicht einzumischen habe. (Vehafter Beifall links.)

Hierauf wendet er sich gegen Guérards Rede: Es war eine geschickte Rede, darauf berechnet, Rivietracht im revolutionären Lager zu säen, da unter den Revolutionären sich auch politische Parteigänger befinden, revolutionäre Sozialisten. Dieser Zweck wird aber nicht erreicht werden: Wir, Antiparlamentarier, und die revolutionären Sozialisten stimmen vollständig überein in Bezug auf Zweck und Aufgabe der Konföderation. Diese hat alle Arbeiter ohne Unterschied der sozialen und philosophischen Meinungen in ihre Reihen aufzunehmen. Aber zugleich verlangen wir, daß die den Gewerkschaften aus persönlichen Interesse beistehenden Elemente in revolutionärem Sinne erzogen, über die Richtigkeit der Reformen in der bestehenden stiefmütterlichen Gesellschaft aufgeklärt werden. Die weitere Aufgabe der Gewerkschaften ist die Erziehung der Arbeiter auf allen Gebieten — zum Kampf gegen den Staat, die Kirche und die Armee. (Stürmischer Beifall links.) Und Zweck der Gewerkschaften ist die Umwandlung der bestehenden Gesellschaft in eine kommunistische.

Zum Schluß wendet sich Katapie an die Buchdrucker: Wenn Ihr die Einigkeit wollt, so habt Ihr die Statuten der Konföderation zu respektieren, die ja jegliche Annäherung an das Unternehmertum verbieten. Wir verlangen nur das eine — die revolutionäre Erziehung des Proletariats! (Stürmischer Beifall links.)

Es sprechen noch Lauche, Mechaniker (Reformist) und andre, worauf die Debatte auf den Nachmittag verlagert wird.

Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Bourges, 15. September. (Fig. Ver.)

Vierter Verhandlungstag.

Sechste Sitzung. Nachmittags 2 1/2 Uhr.

Vorsitz: Vougot, Tischler, Rennes, Gondouin, Buchdrucker, Limoges und Beuiliat, Holzhauer, Cher-Departement.

Die Debatte über die Vorstandsberichte wird fortgesetzt.

Eine Anzahl Anträge sind eingelaufen, die die Abklärung der Debatte verlangen. Ein Antrag auf sofortigen Schluß der Debatte wird nicht zur Abstimmung gestellt; angesichts des Vormittagsbeschlusses, die Rednerliste aufrecht zu erhalten.

Guernier, Textilarbeiter, Niems, sucht unter allgemeiner Unruhe nachzuweisen, daß die Revolutionäre nicht immer intransigent sind. Er citirt einen veröffentlichten Brief des Vorstandsmitgliedes Vouchet, worin aus einem gewissen Anlaß eine verständliche Haltung gegenüber den Unternehmern empfohlen wird.

Guernier hat hierüber einen Artikel an die „Voix du Peuple“ geschickt, dessen Aufnahme aber verweigert wurde.

Emile Vouget, Redaktionssekretär, erklärt die Abweisung des Artikels durch den Vorstand, persönliche Polemiken zu vermeiden. Libert, Marinearbeiter, Vörgemeister-Adjunkt von Brest, tadelt die Haltung der Buchdrucker, die sich von der Arbeiterbewegung fernzuhalten suchen. Die Buchdrucker-Gewerkschaft von Brest hat, trotz wiederholter Aufforderung, sich geweigert, der dortigen Arbeitsbörse beizutreten. Im übrigen protestiert er unter steigender Unruhe namens der Provinz und der Bretagne gegen das Hineintragen persönlicher Streitigkeiten in die Debatte.

Von neuem werden Schlußanträge eingebracht, die der Vorsitzende wiederum nicht zur Abstimmung bringt. (Unruhe.)

Riel, Arbeitsbörse Montpellier: Die Diskussion hat sich von Anfang an, dank dem Eingreifen Keiffers, mißbräuchlich zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen gestaltet, was ordnungsmäßig erst bei der Beratung der Proportionalvertretung hätte geschehen sollen. Redner will daher für jetzt nicht an dieser Auseinandersetzung teilnehmen. Er beschränkt sich darauf, als Zeuge die Unrichtigkeit der Keifferschen Vorwürfe gegen Jvetot wegen dessen Vortrags in Montpellier zu bestätigen.

Mehrere Redner verzichten unter Beifall aufs Wort.

Einige Delegierte zeigen zu Gunsten der Vorstandreferenten im gleichen Sinne wie Riel.

Vriat, Mechaniker, Mitglied des Höheren Arbeitsrates, zeugt für die thätige Hilfe der Buchdrucker zu Gunsten von Streikenden in Bessort, Montbéliard und anderwärts und fordert zur Duldsamkeit und Einigkeit auf.

Sergent, Buchdrucker, kritisiert die tendenziöse Redaktionsführung der „Voix du Peuple“. Weiter sagt er: Es gibt weder „direkte Aktion“ noch Reformismus, es gibt nur eine gewerkschaftliche Aktion. Wir erheben uns gegen die anarchische Politik der Konföderation. (Lauter Proteste und Rufe links. Auf links: Wer sind die Anarchisten?) — Wir Buchdrucker sind ebenso revolutionär wie irgend jemand. (Zwischenruf und Gelächter links.) Redner schließt unter Unruhe und ironischen Zurufen der Linken mit einem Appell an die Einigkeit.

Einige weitere Redner verzichten aufs Wort.

Keiffer, Sekretär des Buchdruckerverbandes, will sich beschränken auf die Vortragung von dokumentarischen Beweisen für die böswillige Agitation der Vorstandsmitglieder gegen die Buchdrucker. Er thut das, indem er zunächst eine Reihe Einzelfälle behandelt.

Ueber den Vorwurf wegen der „gemischten Kommissionen“ (aus Arbeitern und Unternehmern) sagt er: Die Buchdrucker wenden dieses Kampfmittel an im Interesse der Erlangung des Neunstundentages und unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit. Nebrigens sind auch die Textilarbeiter des Nordens für „gemischte Kommissionen“ eingetreten, ohne daß jemand das ihnen vorwirft. Auch unsere Kameraden in Deutschland besorgten diese Taktik, durch deren sie den Minimaltarif erlangt haben.

Redner erklärt, angesichts der häufigen Unterbrechungen, die seine Erwiderung noch erschweren (Proteste links), seine Rede abkürzen zu wollen, und schließt mit den Worten: Die Pflicht der Konföderation ist es, die Autonomie der Organisationen zu respektieren. Wir kämpfen für „Wohlfahrt und Freiheit“ ebensogut wie die Anhänger der „direkten Aktion“. (Beifall rechts.)

Emile Vouget, Redaktionsvertreter der „Voix du Peuple“: Die Redaktionskommission hat das Vermögliche gethan, um heftige Ausfälle in gewissen Artikeln eingeschlossen haben: die Menschen sind keine Engel. In der Debatte der „Voix du Peuple“ über die beiden Richtungen ist Keiffer reichlich zu Worte gekommen, und die Debatte war kameradschaftlich gehalten. — In der Konföderation sind wir alle auf ökonomischem Boden einig. Die Konföderation hat das sonst überall unlösliche Problem der Einigung aller Arbeiter gelöst, zum erstenmal seit 20 Jahren, das Wunder realisiert, alle Richtungen: Guesdisten, Blanquisten, Anarchisten und Reformisten zu vereinen. Das ist ihr gelungen, weil sie auf dem Boden der Interessen steht. Eins aber ist unmöglich — mit den Anhängern der Versäufung (aplatissement) zusammenzuarbeiten. Redner führt an einen Fall, wo die Pariser Lithographen-Gewerkschaft in ihrem Lokal eine Versammlung von Unternehmern einberufen hat zum Zwecke der Gründung einer Unternehmer-Organisation.

Das „Unwohlsein“, von welchem Guérard gesprochen, kommt daher, daß gewisse Organisationen noch immer auf der alten Taktik einer Verständigung zwischen Kapital und Arbeit beharren, was den Statuten widerspricht. Man mag revolutionär oder reformistisch gesinnt sein — aber man muß unbedingt auf dem Boden des Kampfes gegen das Kapital stehen, nur dann erst ist die Einigkeit gesichert. (Beifall links.)

Griffuelles, Sekretär der Sektion der Berufsverbände, beschwört sich — im Hinblick auf Guérards Rede — zunächst die gegen ihn gerichteten persönlichen Insinuationen, die ihn als i-

Beförderer der Konföderation hinstellen. Ebenso holllos sind die Insinuationen der Kritiker gegen die Taktik der Konföderation. Sie haben sich gegenseitig auf, indem die einen der Konföderation die anarchische Taktik, die andere ihr die Taktik der revolutionären Sozialisten unterstellen. Weiter zitiert er einen von Guérard und Pougé veröffentlichten Artikel („Voix du Peuple“, Juli 1904), der anlässlich des polizeilichen Ueberfalls auf die Pariser Arbeitsbörse den Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau beschuldigt, eine Arbeitermegelei beabsichtigt zu haben. Einen so heftigen Artikel gegen die Regierung habe er, Griffuelhes, niemals geschrieben. (Lebhafter Beifall links.)

Guérard erhält nach längerem Widerspruch, gemäß einem von Griffuelhes befristeten Antrag und auf einstimmigen Beschluß des Kongresses das Wort zu einer persönlichen Bemerkung: Er protestiert gegen einige heftige Äußerungen von Griffuelhes ihm gegenüber und sagt ferner: Ich habe dem Vorstand nicht vorgeworfen, die Regierung kritisiert zu haben — das ist sein Recht und seine Pflicht, jedesmal, wenn die Regierung die Interessen der Arbeiter behandelt. Ich habe ihm vorgeworfen, politische Handlungen der Regierung kritisiert zu haben, und zwar im Sinne einer einzigen Richtung innerhalb der Konföderation. Weiter wiederholt Redner kurz die Hauptpunkte seiner Kritik gegen den Vorstand und dessen dogmatische Zwangspolitik im Sinne des Anarchismus. (Lebhafter Beifall rechts.)

Damit ist die Debatte über die Vorstandsberichte erledigt, ausgenommen den Kassenbericht, der noch besonders debattiert werden soll.

Es liegen zahlreiche Resolutionen vor neben der bereits mitgeteilten und zuerst eingebrachten Resolution der Buchdrucker, Eisenbahner und Mechaniker, die ein indirektes Zabelsvotum bedeutet. Der Kongress beschließt, einfach für oder wider den Vorstandsbericht abzustimmen.

Vorjüngender verliest eine Depesche aus Tunis, die vom Kongress dringende Maßnahmen verlangt gegen das Auftreten der Polizei, die fortgesetzt gewerkschaftliche Versammlungen auflöst unter dem Vorbehalt, daß das Gewerkschaftsgesetz von 1894 in Tunis nicht anwendbar sei.

Ergebnis der Abstimmung: Billigung des Vorstandsberichts mit 819 gegen 374 Mandate bei 13 Enthaltungen.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Soziales.

Hilfe für die Gistarbeiter.

Herr Professor Levin in Berlin hatte im Juni d. J. in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ einen Artikel: „Hilfe für Gistarbeiter“ veröffentlicht, in dem er mit warmen Worten auf die vielen Leiden und Gefahren, denen die Arbeiter in Gistbetrieben ausgesetzt sind und auf die Notwendigkeit einer größeren Verbreitung der Kenntnisse über die Eigenschaften der industriell hergestellten und verarbeiteten Gifte schon in der Volksschule sowie auf die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter mit gewissen Giften hinweist. Auch der „Vorwärts“ hat einen Auszug aus diesem Artikel abgedruckt. Jetzt hat ein Herr Dr. Brat, Fabrikarzt in Wilmersdorf, sich veranlaßt gefühlt, in dem in diesem Artikel gemachten Ausführungen und Vorschlägen in derselben Wochenschrift entgegenzutreten. Die Unternehmer, meint er, thäten von selbst viel mehr zum Schutz der Arbeiter als das Gesetz verlangt. Aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten könne man ersehen, wie mannigfaltig die Wohlfahrtsanstalten seien, die Unternehmer der chemischen Industrie für ihre Arbeiter geschaffen haben, ohne dazu verpflichtet zu sein. Die Wittener Robortfabrik, in der noch vor zwei Jahren 49 Erkrankungen infolge von Dinitrobenzolvergiftung mit 480 Krankentagen vorfielen, habe von selbst Einrichtungen geschaffen, infolge deren im letzten Jahre nicht eine einzige detartrige Vergiftung in diesem Betriebe vorgekommen sei. — Daß es aber noch viele chemische Fabriken giebt, deren Besitzer es weder verstehen noch versuchen, die in ihren Betrieben vorkommenden Gesundheitsgefährdungen und Lebensgefährdungen zu verhüten, davon scheint Herr Brat nichts bekannt zu sein. Deshalb wollen wir ihm hier für die nur zwei Beispiele mitteilen, von denen eins der Gewerbeaufsichtsbeamten für den Bezirk Merseburg im Jahresbericht 1901 Seite 187 anführt.

In einer dortigen Dynamitfabrik, also in einem Betriebe, in dem wohl eine besonders starke Verpflichtung des Arbeitgebers besteht, die Arbeiter mit den Eigenschaften der verarbeiteten Materialien und den dabei nötigen Vorsichtsmaßnahmen bekannt zu machen, hatte ein Arbeiter durch Ausgießen von Wasser auf die konzentrierte noch stark salpetersäurehaltige Schwefelsäure der Nachscheidung diese unschädlich machen wollen. Infolge der dabei entstehenden starken Erhitzung fand eine reichliche Entwicklung von Salpetersäuredämpfen statt, unter deren Einwirkung der Arbeiter ohnmächtig wurde. Es ist nun infolge der vielfachen durch Salpetersäuredämpfe verursachten großenteils tödlichen Unfälle allgemein festgestellt und dürfte auch Herrn Dr. Brat bekannt sein, daß, obwohl die davon betroffenen Arbeiter sich anfangs gar nicht sehr unwohl fühlen, doch die größte Gefahr für ihr Leben besteht, wenn sie weiter in dem mit Salpetersäuredämpfen geschwängerten Raume bleiben. Trotzdem, wie gesagt, schon vielfach auf diesen Umstand hingewiesen worden ist und trotzdem die Betriebsleiter solcher Fabriken durch die Unfallverhütungsvorschriften aufgefordert sind, ihre Arbeiter von Zeit zu Zeit auf die Gefährlichkeit dieser Dämpfe hinzuweisen, hat der Betriebsleiter jener Fabrik weder vor noch nach der Salpetersäurebelästigung den betreffenden Arbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß sein Leben gefährdet sei, wenn er noch länger in diesem Raume bliebe, so hat der nichts Schlimmes ahnende Arbeiter, nachdem er aus der Ohnmacht wieder erwacht war, bis zum Schluß der Schicht weiter in demselben gearbeitet. Die Folgen blieben nicht aus, 15 Stunden nach dem Ohnmachtsanfall verstarb er in seiner Wohnung.

In dem Bericht der hiesigen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1900 wird Seite 85 mitgeteilt, daß in einer größeren chemischen Fabrik wiederholt tödliche Vergiftungen mit Arsenwasserstoff vorgekommen waren, und daß infolgedessen von der Aufsichtsbehörde angeordnet worden war, daß die Reduktionsarbeiten (bei denen die Arsenwasserstoffentwicklung stattfindet) nur in geschlossenen Gefäßen vorgenommen werden dürfen. Diese Anordnung hatte sich durchaus bewährt. Aber der verantwortliche Betriebsleiter hatte entgegen der Anordnung der Behörde und ohne Kenntnis derselben „eine Aenderung des Fabrikationsverfahrens dahin angeordnet, daß während des Arbeitsprozesses das Reduktionsgefäß geöffnet werde, um Reagenzien zuzugeben. Hierbei atmete ein Arbeiter, der die ihm aufgetragene Verhütungsvorkehrung vornahm, arsenwasserstoffhaltiges Gas in einer Menge ein, die eine starke Erkrankung zur Folge hatte.“

Man sieht, der Arbeiter ist manchmal schlecht beraten, wenn er nur auf die Aufforderungen der Betriebsleiter und Aufseher für den Schutz seines Lebens angewiesen ist, aber Herr Brat erklärt das Verlangen des Herrn Professor Levin, schon in der Volksschule und Fortbildungsschule die Schüler mit den Gefahren der Gistbetriebe und den Eigenschaften der Gifte bekannt zu machen, für „unpraktisch und verfrucht“. Hätte Herr Dr. Brat aber selbst die von ihm empfohlenen Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten sorgfältig gelesen, so hätte er gefunden, daß dieses Verlangen nicht erst 1904 von Herrn Professor Levin, sondern schon im Jahre 1897 von Herrn Regierungsrat Wredt, dem Aufsichtsbeamten für Schwarzburg-Rudolstadt, aufgestellt worden ist, der es in seinem Bericht (Alljährliche Mitteilungen der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1897, Seite 327) als „dringend wünschenswert“ bezeichnet, daß dem ältesten Jahrgange der Kinder in den Volksschulen dort, wo sich Fabriken befinden, eine kurze von einem Medizinalbeamten ausgearbeitete Unterrichtsmappe in den Grundsätzen der Hygiene durch den Lehrer erteilt wird. In diesen Sachen herrschen unter der Arbeiterbevölkerung große Unkenntnis und Aberglauben. Dieser „dringende Wunsch“ wurde hauptsächlich durch das unvorsichtige Umgehen mit weissem Phosphor bei der dort in der Hausindustrie üblichen Zündholzfabrikation veranlaßt.

Auch für Personen, die nicht die Arbeit haben, in Gistfabriken in Arbeit zu treten, kann es nur nützlich sein, wenn sie ebenfalls mit den Eigenschaften der Gifte bekannt gemacht werden. Denn im heutigen gewerblichen Leben kann kein Arbeiter sich darauf verlassen, daß er nach vier Wochen, geschweige zeitweilig bei seiner gegenwärtigen Beschäftigung bleibt; er muß oft, auf dem Arbeitsmarkt herumgeworfen, um sich seinen Unterhalt zu verdienen, mit Stoffen arbeiten, von deren Existenz er noch kurz vorher nicht die leiseste Ahnung hatte. Und die Verwendung von Giften in gewerblichen Betrieben wird immer mannigfaltiger. Phosphor z. B. wird nicht nur zur Anfertigung von Zündhölzern gebraucht, sondern auch in Metallgießereien, wo er zur Herstellung von Phosphorbronze gebraucht wird, und hier hat die Unkenntnis mit seinen physikalischen Eigenschaften schon mancher Arbeiter mit furchtbar schmerzender und schwer heilenden Verbrennungen durch Phosphor büssen müssen.

Von Herabsetzung der Arbeitszeit bei Arbeitern mit Giften will Herr Brat nichts wissen. Er findet sogar, daß die Gistarbeiter gesundheitlich besser seien und ihre Lebensdauer länger sei, als es bei Nichtgistarbeitern der Fall ist; nur Beweise für diese Behauptung bringt er nicht.

Am auf alle übrigen Behauptungen des Herrn Brat eingugehen, ist der Raum des „Vorwärts“ zu beschränkt, auch hat Herr Professor Levin einige derselben schon abgeferigt. Die ganze Tendenz der Entgegnung des Herrn Brat zeigt sich deutlich am Schluß derselben. Da schreibt er:

„Freilich kann die Gesehgebung nicht Uebereifer an den Tag legen, da sie ihre Aufgabe, die Interessen auszugleichen, im Auge behalten muß. Die chemische Industrie schreitet mit Riesenschritten voran, und die Gesehgebung kann naturgemäß nicht immer Schritt halten oder Vorschlägen vom armen Tisch Folge leisten. Daher kommt es, daß den industriellen Arbeitgebern die Pflicht zufällt, ohne die staatlichen Anordnungen abzuwarten, vielfach für den Schutz ihrer Arbeiter auf Grund praktischer Erfahrungen zu sorgen. Die wirtschaftliche Blüte, in welcher die deutsche chemische Industrie steht, gestattet ihr so viel für das Wohl ihrer Arbeiter auszuführen, wie es kaum in einer anderen Industrie möglich ist. Wohlfahrtsanstaltungen, Pensions- und Unterstühtungsanstalten, Arbeiterurlaub, verhältnismäßig kurze Arbeitszeit, unentgeltliche Verpflegung von geeigneten Getränken, hohe Löhne und die Merkmale für die Versorgung der Arbeiter in der chemischen Industrie, — alles Dinge, die nicht vom Staate verlangt werden. Der freie Wille leistet die Arbeit freudiger und oft segensreicher.“

Es ist allerdings bekannt, daß ihre wirtschaftliche Blüte einigen und zwar den größten chemischen Fabriken Jahr für Jahr gestattet, ihren Aktionären 20 und mehr Prozent Dividende zu zahlen. Was aber die Arbeitslöhne betrifft, so zweifeln wir zwar nicht, daß die wirtschaftliche Blüte der deutschen chemischen Industrie auch für sie eine reichliche Bemessung gestattet würde; daß es aber geschieht, davon ist in Arbeiterkreisen trotz ihrer besonderen Gesundheitsgefährdung nichts bekannt. Dagegen erzählen auch die von Herrn Brat empfohlenen Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten zuweilen von ganz ungenügenden Löhnen in chemischen Fabriken. So schreibt der Fabrikinspektor von Württemberg:

„Es mag thatsächlich der Fall sein, daß die Arbeiter nicht die für ihre Arbeit richtige Diät einhalten. Es ist aber einleuchtend, daß die Vielweibarbeiter, besonders die nicht ständig beschäftigten, bei ihrer schlechten Bezahlung nicht in der Lage sind, eine sachgemäße Kost innezuhalten, und daß sie in der Mehrzahl noch körperlich sehr geschwächt zur Arbeit kommen.“

Was die von Herrn Brat angeführten Wohlfahrtsanstaltungen betrifft, deren Zahl er noch beträchtlich hätte vermehren können, so ist doch satfam bekannt, daß dieselben zum mindesten ebenso sehr im Interesse der Arbeitgeber wie in dem der Arbeiter liegen. Von der von Herrn Brat gelobten kurzen Arbeitszeit in den chemischen Fabriken ist den Arbeitern selbst leider auch nichts bekannt. Aber noch im Jahre 1901 ist es vorgekommen, daß die Berliner Aufsichtsbehörde sich veranlaßt sah, den von einer chemischen Fabrik beschäftigten Frauen keine Ueberarbeit zu bewilligen, da die Arbeit nicht frei von gesundheitsgefährlichen Einflüssen sei. Auch hätte Herr Brat in dem Bericht für 1901 finden können, daß die Aufsichtsbeamten in chemischen Fabriken Frauen an Arbeitsposten gestellt fanden, die nach ihrer Ansicht sich besser für Männer eigneten.

Wenn aber Herr Dr. Brat glaubt, die dankenswerten Ausführungen des Herrn Professor Levin dadurch herabsetzen zu können, daß er die Ausdrucksweise derselben als „vielleicht absichtlich populär“ bezeichnet, so glauben wir daraus verzicht zu können, die Ausdrucksweise des Herrn Brat als eine vielleicht absichtliche Lobspendung der Unternehmer zu bezeichnen; denn als solche wird sie jeder Unparteiische von selbst erkennen.

Verfammlungen.

Centralverband der Maurer. In der am Freitag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Zweigvereins Berlin sprach K a h n e n über die politische und wirtschaftliche Arbeiterbewegung. Nach eingehenden historischen Darlegungen über die Arbeiterbewegung warf der Redner die Frage auf, wie das Proletariat zur gesellschaftlichen Macht gelange. Wenn der Parlamentarismus durch Wahlrechtsraub lahm gelegt werde, dann müßten wir uns auf Kräfte außerhalb des Parlamentes stützen können. In solcher Situation könne der Generalstreik, der ja in unsern Kreisen nicht mehr ohne weiteres zurückgewiesen werde, in Frage kommen. Als reguläres Kampfmittel für die nächste Zeit komme der Generalstreik nicht in Betracht, er sei vielmehr ein Kampfmittel der Verzweiflung, welches im äußersten Notfalle angewendet werden könne, um unser höchstes Ziel zu erreichen. Wenn die Arbeiterklasse bereit sei, in solcher Situation von dem Kampfmittel des Generalstreiks Gebrauch zu machen, alles aufs Spiel zu setzen, dann könne der Staat wohl im Stande kommen und die Herzogenden würden sich befinden, ob sie es auf einen solchen Kampf ankommen lassen sollen. Die Voraussetzung des Generalstreiks sei natürlich eine ziemlich alle Arbeiter umfassende gewerkschaftliche Organisation. Niemand könnte trotz die Macht erobern, wenn nicht die Massen gesclukt und für unsere Ziele begeistert seien. Wir müssen uns stützen können auf starke politische und wirtschaftliche Organisationen, die erfüllt sind vom Geiste des Sozialismus. In diesem Sinne sei die Agitation des Genossen Friedeberg aufzufassen, dessen Generalstreikidee etwas ganz anderes sei als die von anarchischer Seite propagierte. Mit Freuden sei es zu begrüßen, daß Friedeberg die Ausbildung der Persönlichkeit in den Vordergrund stellt, denn die Millionen Stimmen bringen und nicht zum Ziel. Der Parlamentarismus sei nicht zu verwerfen, aber er sei nicht das Entscheidende. — Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprach ein Redner im Sinne des Referenten. — Als Kandidaten für die bevorstehende Gewerbegerichtswahl stellte die Versammlung die Kollegen Paul Hoffmann, Hermann Röderer und Franz Quade auf.

Eine gut besuchte Versammlung der städtischen Markthallen-Arbeiter fand am 16. September bei Patt statt. Versölg als Krankenlassen-Delegierter gab eine kurze Darlegung über den Bericht der Betriebskrankenlassen, dessen Richtigkeit stark angezweifelt wurde. Es wurde beschlossen, daß in der nächsten Versammlung die Sache eingehend erörtert werden soll. Unter gewerkschaftliches wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute tagende Versammlung der städtischen Markthallen-Arbeiter beschließt wie folgt: In Anbetracht, daß der Dienst der Fahrstuhlwärter ein intensiver und anstrengender ist und, um bei dem überaus großen Verkehr Unglücksfälle zu verhindern, die ganze Aufmerksamkeit bis zur Erschlaffung erfordert, beschließt die heutige Versammlung, diese Resolution dem Arbeiterausschuß sofort zu übermitteln, damit derselbe mit dem Herrn Direktor dahingehend unterhandelt, daß den Fahrstuhlwärtern eine Funktionszulage von 25 Pf. gewährt werde.“ Unter Verschiedenes besprachen sich die

*) Auch im Original gesperrt gedruckt.

Kollegen der Halle I, daß der zweite Schichtwechsel wohl durchgeführt werden sei, wenn nicht ein großer Teil der Arbeiter Beamten-Dienst verrichten müßte und wenn der mit der Arbeitsteilung beauftragte Beamte den Arbeitern hierbei etwas mehr Entgegenkommen zeigen würde. Ebenso ist es bedauerlich, daß in der Halle I immer noch der Spindmangel herrscht. Ferner wurde Klage geführt, daß ein großer Teil tüchtiger städtischer Arbeiter den Hallen den Rücken kehrt, da in anderen Betrieben bei Neuaufnahme des eventuell früher beschäftigten Arbeiters der Lohn weiter geht und die Zeit des Pauserens als voll beschäftigt gerechnet wird. Es wird die Frage aufgeworfen, ob nicht die Markthallen-Direktion ein gleiches Verhältnis einführen könne.

In der letzten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Groß-Lichterfelde wurde über die Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins berichtet. Der Berichterstatter B e h l e r wandte sich in seinem Referat insbesondere gegen das Verlangen der Agitationskommission, daß Kandidaturen zum Reichstage an ihre Zustimmung gebunden sein sollten. Er persönlich stehe auf dem Boden einer starken Centralisation, nur müßte man sich hüten, in Bureaukratismus zu verfallen und das demokratische Prinzip zu verletzen. Insbesondere sei er mit der Art der Delegation im Kreise nicht einverstanden. Es wäre vielleicht zu erwägen, ob die Wahl aus der Zahl der vorgeschlagenen Delegierten zum Parteitag nicht durch Urabstimmung in den einzelnen Vereinen erfolgen könne. Bedauerlich sei auch, daß eine Generaldiskussion über den Parteitag auf der Generalversammlung nicht stattgefunden habe. Geisen-Kerling ergänzte in einigen Punkten den Bericht des Vorredners. B e n z e l hielt es ebenfalls für richtig, wenn eine Generaldiskussion stattgefunden hätte. Wohl habe man in den einzelnen Wahlvereinen über den Parteitag diskutiert, aber damit sei noch nicht die Meinung des Gesamtkreises bezüglich der Parteipolitik und der speziellen schwebenden Fragen zum Ausdruck gekommen. Ein Kreis wie der unsrige dürfe sich dieser Pflicht nicht entziehen. Es sei auch für die Wahl von Kandidaten nicht bedeutungslos, zu wissen, welche Stellung sie in dieser Beziehung einnehmen. Die Art der Delegation sei sicher nicht einwandfrei; bei der Größe des Kreises und dem infolge dessen bedingten Delegations-system sei es eben äußerst schwierig, den Willen der Gesamtheit stets zur Geltung zu bringen. Deste nicht müsse man aber, und darin stimme er mit Behler überein, bestrebt sein, auch bezüglich der Organisation den demokratischen Boden nicht zu verlassen. Behler betont noch, daß die Generalversammlung nicht etwa absichtlich die Generaldiskussion unterlassen habe; die Tagesordnung sei so überlassen gewesen, daß wegen Mangels an Zeit davon Abstand genommen wurde. Immerhin müßte für die Zukunft dafür gesorgt werden, daß gerade solche wichtige Punkte in erster Linie berücksichtigt würden. — Nach Erledigung der Diskussion hielt Gerhard Hildebrandt seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Agrarierbewegung im deutschen Industriegebiete“. Diskussion fand nicht statt.

Pantow. Am 13. d. M. hielt der sozialdemokratische Verein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung, die dem Andenken Lassalles gewidmet war, gedachte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen des verstorbenen Genossen Wendt. Darauf hielt K u b i g an der Hand der Verfleinschen Schrift über Lassalle einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Lassalles Leben und Wirken. Eine lebhafte Diskussion entwickelte sich über die Anträge zum Parteitag (Anträge Nr. 18, 41 und 40). In derselben kam speziell der Wunsch zum Ausdruck, die Genossen mögen doch derlei Anträge in der Partei-Organisation zur Diskussion und Abstimmung bringen und nicht, wie Jakobson und Wolf dieselben aus eigenem Willen. F e n g l e r macht noch auf die demnächst stattfindende Gewerbegerichtswahl aufmerksam und erwähnt, daß sich die Wähler selbst eintragen lassen müssen.

Nieder-Schöneweide. Am 7. September fand im Restaurant Hesselwerder hierseits eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Z u b e i l über unsere politische Lage referierte. Die gut besuchte Versammlung nahm den zweiundzwanzigstündigen Vortrag mit Beifall auf. — In der Diskussion wurde angeführt, daß dem Lokallampf am Orte die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, da man von allen Seiten bemüht ist, uns die Lokale abzutreiben. Um das Lokal A u f f h ä u s e r handelt es sich speziell. Besanlich ist der Schiffareder Thömer der eigentliche Besitzer des Lokals, der die Hausbrauerei als Pächterin verpflichtet hat, das Lokal der Arbeiterschaft entschieden zu verteidigen. Da nun aber dieser Herr Thömer die Arbeitergenossen am merken für sich in Anspruch nimmt, indem er seine Dampf- und Ausflüge usw. vermietet, sei darauf besonders hingewiesen, um diesem arbeiterfreundlichen Herrn bei der rechten Gelegenheit auch die richtige Antwort erteilen zu können. — Am Versammlungstage sorgten die Ortsstüben in auffälliger Weise dafür, daß das Gift des Sozialismus nicht allgütlich um sich greifen könne. Die Feuerwehr, die sonst um 6 1/2 Uhr ihre Übungen abhält, gab angeführt der roten Zettel an diesem Tage ihre Vorstellung zu Beginn der Versammlung um 9 1/2 Uhr. Und schon den zweiten Diskussionsredner unterbrach der überwächtige Gen darm und löste die Versammlung auf.

Deutscher Arbeiter-Abkünterband, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Regendstraße 70: Versammlung mit Vortrag. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Annalen des Deutschen Reiches Nr. 4. 1904. München, R. Schöner Verlag (Arthur Sellier). Inhalt: Der Standhaushalt des Königreichs Sachsen. Von Walter Fabry. Noch ein Wort zur Erklärung der Pensionssumme von Dr. M. Scherer. Die rechtliche Tragweite des Zippischen Schiedsprüchens vom 22. Juni 1897 von Dr. jur. ur. et phil. Stephan Kelle. Was ist unter dem im deutschen Postgesetz enthaltenen Begriffe „Wort“ im volkswirtschaftlichen Sinne zu verstehen? Von Dr. A. Schmidt. Die strafrechtliche Doppelpflicht der Presse von Landgerichtsdirektor Köttinger. Aus den Geschäftsblättern.

Dr. A. Watsch. Die gesundheitlichen Schäden der Prostitution und deren Bekämpfung. Preis 60 Pf. Berlin 1904. Verlag von W. u. E. Adolphthal.

Ein Millionen-Prozess. Rückblick auf den Most-Schleich-Prozess. In der Hand der Prozessanten von Richard Eißfeldt. Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Graz, 20. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Landtagswahl wurde K e f e l (Soz.) mit 3769 Stimmen gewählt. Der Deutschnationale erhielt 2764, der Christliche 2004 Stimmen.

Zum italienischen Generalstreik

melbet noch „Wolffs Bureau“: Rom, 20. September. In Neapel haben die Arbeiterausschlüsse beschlossen, daß morgen früh die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. In Mailand soll die Arbeit morgen früh ebenfalls wieder aufgenommen werden, auch die Zeitungen werden wieder erscheinen. — In Venedig, Turin, Genua, Florenz und Bologna herrscht vollständige Ruhe. — Der heutige Feiertag ist überall festlich begangen worden. In vielen Städten wurden öffentliche Vorträge über die Bedeutung des Tages gehalten. Abends waren überall die öffentlichen Gebäude festlich beleuchtet.

Neunkirchen (Bez. Trier), 20. September. (W. L. V.) In der Grube „Neben“ wurden heute durch schlagende Wetter drei Bergleute schwer verbrannt, einer davon lebensgefährlich.

Büsch, 20. September. (W. S.) Die hiesigen italienischen politischen Vereine beschlossen, vor dem italienischen Konsulate eine Sympathieumgebung für die streikenden Arbeiter in Italien zu veranstalten.

Genua, 20. September. (W. S.) Bei dem Versuch, den Wagen des Generals Escard aufzuhalten, wurde der Anarchist Pietro Delli von der Polizei erschossen.

der deshalb besondere Jugendorganisationen zur Vertretung der Ideale hat, für die die Älteren nicht mehr zu haben sind. (Weiterheit und Zustimmung.) Bei uns ist das anders. Deshalb halte ich den Antrag für verfehlt, ganz abgesehen davon, daß er uns mit dem Staatsanwalt in Konflikt bringen würde. Wenn die Räter des Antrags diese Dinge einmal durchdenken, so werden sie gewiß selbst den Gesellen an ihrem Antrag verlieren. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Diez giebt hierauf Vollmar das Wort. (Vollmar: Ich denke, erst kommt Bebel? Vorsitzender Diez: Bebel hat verzichtet. Bebel: Der Antrag ist genug totesgeschlagen.) u. Vollmar: Ich bedauere es, daß diese Debatte überhaupt entzündet ist (Sehr wahr!), denn je weniger man über die Frage des Militarismus in der Form, wie sie hier angeschnitten ist, redet, desto besser ist es. (Sehr wahr!) Schon als ich hierher ging, nahm ich mir vor, gegen den Antrag 105 zu stimmen und womöglich auch zu sprechen. Die Begründung aber, welche gestern dem Antrage gegeben ist, nötigt mich, auf das allerentschiedenste dagegen Stellung zu nehmen. Aufrichtig gestanden bin ich darüber erstaunt, wie jemand, der imstande ist, die Folgen einer Sache zu erkennen, wie jemand, der über den Augenblick, in dem er spricht, und über den eventuellen Augenblickserfolg hinaus zu denken versteht, eine Sache in der Form hier zur Sprache bringen kann. (Sehr richtig!) Anträge wie diese, Begründungen wie diese, die sehen ja sehr scharf aus, aber in Wirklichkeit sind sie nichts als ein Spiel mit Schiefgewehren, und zwar auf andere Leute Kosten. (Sehr richtig!) auf Kosten in erster Linie derjenigen, die in die Kasernen hinein müssen. (Sehr richtig!) Sei es als Rekruten, sei es im späteren Dienstverhältnis, sodann auf Kosten der Partei im allgemeinen und endlich nicht zum wenigsten auf Kosten einer Anzahl von Rednern. (Sehr wahr!) Es gehört nicht nur ein großes Maß von Kenntnissen, sondern auch eine außerordentliche Gewandtheit dazu, diese Dinge so zu besprechen, daß man nicht gefaßt werden kann. Sie wissen, daß hier der eigentliche Punkt in Deutschland ist, und man würde keinerlei Bedenken tragen, sei es von Gesetzes, sei es von Verordnungswegen, oder durch die Richter, dem zu begegnen. Wie man die Sache auch ansehen mag, sie ist außerordentlich ernst und zieht schwere Folgen nach sich. Es ist auf die Jugendorganisationen anderer Länder hingewiesen, z. B. auf die bekannte jeuno garde in Belgien, aber ich finde es nicht besonders verdienstvoll, wenn man Dinge, die irgendwo bestehen, ohne weiteres zu uns verpflanzen will; man muß doch die Verhältnisse berücksichtigen, und daß die Verhältnisse in Belgien ganz andere sind als bei uns, das braucht nicht erst gesagt zu werden. (Sehr wahr!) Es ist gesagt, es geschieht nicht genug in Bezug auf den Kampf gegen den Militarismus, es würden freilich Reden im Parlament gehalten, es würden Soldatenmishandlungen zur Sprache gebracht, aber dann sei wieder alles still. Ja, um des Himmels willen, hat denn der Genosse, der das sagt, geschlafen? Ist es etwa nicht richtig, daß wir auf unserem ganzen Agitationsgebiet nichts haben, über das wir nicht so viel gesprochen und das so viel bekämpft ist wie der Militarismus? Ich habe wahrlich nicht nötig, über die Schäden des Militarismus hier zu reden, jede Minute des Parteitagges wäre hinausgeworfen, die man zu diesem Zweck benutzte. Aber man darf die Dinge nicht übertreiben. Gestern hat Liebknecht gesagt, der Militarismus sei der größte Feind. Ja, wieviel größte Feinde haben wir denn nicht? (Weiterheit.) So lange ich in der Partei bin, habe ich immer geglaubt, der größte Feind sei das, was wir mit dem kurzen Wort „Kapitalismus“ bezeichnen, und alles andere seien nur Folgeerscheinungen. (Sehr richtig!) Man stelle doch die Dinge nicht auf den Kopf! Jeder Socialist, jeder Parteigenosse soll in allen Dingen mit Eifer vorgehen, aber er muß sich doch auch jederzeit seiner Verantwortung bewußt sein, er darf nicht einer Augenblicksluene folgen. Und wer die Dinge bei uns überblüht, der weiß, wohin es führen würde, wenn wir eine andere Stellung als bisher einnehmen würden. Wir haben uns im Reichstage und im bayerischen Landtage stets darüber beschwert, daß man die Socialisten in der Armee anders behandelt, daß die Behörden genau Aufsicht darüber geben, welche Rekruten, bevor sie einrücken, socialdemokratische Versammlungen besuchen, welche sich als sogenannte kleine Führer hervorgethan haben, und welche eine große Rolle in der Partei spielen. Jeder bekommt seine Rote, wird unter spezielle Aufsicht gestellt, und welche Annehmlichkeiten ihm daraus erwachsen, das kann man sich ja denken. Wir haben diese Methode von jeher bekämpft, wir haben immer gesagt, der socialistische Soldat rückt ebenso kraft des Gesetzes zum Militär ein wie jeder andre, er thut seine Pflicht genau wie jeder andre, er darf also auch keine Ausnahmestellung einnehmen. Bis jetzt haben uns die Kriegsminister immer erwidert: Ja, das ist eben die Besonderheit der socialistischen Bewegung, wir sind der Leute nicht sicher, und infolgedessen müssen wir so vorgehen. Wir haben stets entgegnet, daß dazu keine Veranlassung vorliegt. Aber wenn derartige Anträge angenommen werden, wenn man eine eigene Jugendbewegung ins Leben ruft — und wir wollen uns doch darüber nicht streiten, daß das der erste Schritt zur Kasernen-Agitation wäre, die wir von jeher zurückgewiesen haben — dann würden uns die Kriegsminister einfach erwidern: Ihr gebt uns ja selbst das Recht in die Hand, wir müssen das einfach thun! Ein großer Teil unserer Argumente gegen das jetzige Vorgehen der Militärverwaltung würde dann fortfallen. Ich will keine weiteren Worte machen, einmal weil ich es für das Beste halte, über solche Dinge möglichst wenig zu sprechen, und zweitens auch deshalb, weil gerade auf diesem Gebiet die Zahl der Sachverständigen bei uns eine so große ist, daß sie sich das, was man nicht weiter ausspricht, von selbst sagen können. Jeder kann sich die Folgen an den Fingern abzählen. Der Parteitag kann unmöglich den Antrag 105 annehmen, namentlich nicht nach dieser Begründung. Nachdem Liebknecht nun gesehen hat, daß sein Antrag keine Annahme finden wird, bringt er uns einen Antrag, der noch schlimmer ist als der erste; ich wundere mich nur darüber, wie ein Jurist einen solchen Antrag stellen kann. Er bedeutet ganz dasselbe wie der erste Antrag, nur noch mit einer besonderen Unterstreichung. Ich bin der Meinung, daß wir sowohl den Antrag 105 als auch den Antrag Liebknecht rundweg ablehnen müssen. Der Parteitag erklärt damit, daß er diese neuen Methoden, die bisher in der Partei nicht üblich gewesen sind, nicht zu den seinigen macht, sondern auf der allberühmten Taktik, die wir seit Jahrzehnten eingeschlagen haben und in der wir vorbildlich gewesen sind auch für Parteien außerhalb Deutschlands, bestehen bleiben will. (Lebhafter Beifall.)

Wolff-Vogel: Was den Antrag 105 anlangt, so kann ich mich den Ausführungen der Vorredner nur anschließen. Der Antrag stellt uns das Armutszeugnis aus, als hätten wir kein Vertrauen mehr zu der Jugend und ihrer Empfänglichkeit für den Socialismus, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten des Antrages. Ich bitte Sie, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. — Die Gründung einer speziellen Jugend-Zeitschrift würde ebenfalls die großen Schwierigkeiten haben. Wie denkt man sich die Altersgrenze? Wie schwer sich solche Unternehmungen einarbeiten, haben wir an den „Freien Stunden“ gesehen. Was wir brauchen, wäre eine in unserem Geiste geleitete illustrierte Familien-Zeitschrift. Das Bedürfnis danach ist zweifellos vorhanden, und eine solche Zeitschrift könnte auch eine besondere Abteilung für die Jugend haben. Natürlich dürfte das kein Diskussionsorgan sein, sondern es müßte ein bestimmtes Programm festgelegt werden, innerhalb dessen sich die Beiträge unbedingt bewegen müßten. An Stoff und an Kräften dürfte es dafür nicht fehlen. Die „Hütte“ hat uns da schon ein Beispiel gezeigt. Auch verschiedene Kräfte des „Wahren Jakob“ wären heranzuziehen. Fordern wir den Parteivorstand auf, nochmals einen ernstlichen Versuch in dieser Richtung zu machen. Das Beste wäre, wenn die Gründung einer illustrierten Familien-Zeitschrift, denn in Bezug auf Illustrationen sieht die „Neue Welt“ sehr zurück, das muß hier auch ausgesprochen werden. (Bravo!)

Dr. Liebknecht-Berlin: Haben Sie keine Sorge, daß ich noch lange Erörterungen pflegen werde. (Bravo!) Es ist meinem An-

trage so gegangen wie einem Ochs in der Schlacht, das erst totesgeschossen, dann nochmal totesgeschlagen, dann gevierteilt und schließlich ins Wasser geworfen wird. Also hier bis fünfmal der Dorn ist von den verschiedensten Partei-Autoritäten schon an dem Antrag geißelt worden, es ist sogar behauptet, ich hätte Selbstmord an ihm geübt durch meinen neuen Antrag. Das ist nicht zutreffend und ich habe mich vor allem zum Worte gemeldet, weil Genosse v. Vollmar meinen Antrag gänzlich mißverstanden hat, jedenfalls infolge eines Hörsehlers. Mein neuer Antrag geht nicht dahin, daß Jugendorganisationen gegründet werden sollen in Deutschland und daß diese Jugendorganisationen die besondere Aufgabe haben sollen in dem Kampf gegen den Militarismus. Der Antrag geht vielmehr dahin, den Antrag 105 für erledigt zu erklären, indem der Parteitag anerkennt, daß es notwendig ist, eine besondere Agitation für den Socialismus in der Jugend zu entfalten und in dieser Agitation den Kampf gegen den Militarismus in den Vordergrund zu stellen. Das ist etwas ganz anderes, als was Genosse Vollmar beabsichtigt hat. Unberechtigt ist auch der hier mit besonderer Pointierung erhobene Vorwurf, daß hier eine neue Methode verübt werde. Es ist ja besonders pikant, diesen Vorwurf aus dem Munde Vollmars zu hören, er ist aber unzutreffend. Ich will nichts, als daß die alte Methode, meinethwegen um die Phrase zu gebrauchen, die altbewährte Methode angewandt werde mit besonderem Nachdruck auf einem besonderen Gebiete, nämlich dem der Agitation für den Kampf gegen den Militarismus. Genosse Vollmar sagte, schon daran scheiterten meine ganzen Ausführungen, daß ich den Militarismus als das größte Uebel bezeichnet hätte. Das habe ich nicht gethan. Ich nehme es ja niemand übel, wenn er vergißt, was ich gestern gesagt habe. Ich habe begonnen: Ich vermute, die Gegner würden sagen: Dieser Antrag rennt offene Thüren ein. Das ist ganz richtig; er rennt, was die Principien unserer Taktik anbelangt, offene Thüren ein, aber die Principien der Taktik werden nicht immer durchgeführt mit gleichem Nachdruck. Darüber braucht man doch gar nicht mehr zu reden, daß der Militarismus das wichtigste Uebelwerk des Kapitalismus ist; ebenso selbstverständlich ist die Notwendigkeit, ja die Pflicht, die Jugend ihren besonderen Interessen, ihrer besonderen Lebenslage entsprechend zu packen in der Agitation für den Socialismus und insbesondere gegen den Militarismus. Man hat darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen den Militarismus besonders bei den Wahlen mit großem Nachdruck geführt sei. Da zeigt sich gerade ein Hauptfehler dieser Agitation. Bei den Wahlen, die gewissermaßen den Grundstock unserer großzügigen Agitation bilden, wendet man sich naturgemäß hauptsächlich an die Leute, die bereits über das militärische Alter hinaus sind; es handelt sich aber gerade darum, schon vorher die Jugend zu packen. Das sind natürlich abgetretene Sachen, daß die Jugend durch die Zustände von selbst zum Socialismus erzogen wird, daß socialistische Eltern ihre Kinder socialistisch erziehen, aber so richtig es ist, daß unsere Partei die Agitation nötig hat, und daß wir dann und wann auch spezielle Agitation bei den Landarbeitern, bei den Frauen usw. entfalten, genau so erwägendwert ist die Frage, ob es sich nicht empfiehlt, unter der Jugend eine principielle Agitation in Angriff zu nehmen. Von einer neuen Methode ist keine Rede. — Daß der Antrag unglücklich gefaßt ist, darüber sind wir uns alle einig, ich habe jedoch selbst verschiedene Vorbehalte gemacht. Alles was hier angeführt ist, um zu debuzieren, daß ich ein Mensch wäre, der nicht über seine Kapazität hinaussehen kann, habe ich gestern selbst ausgeführt. Aber durch die Form, die der Antrag 105 jetzt gefunden hat, sind alle Bedenken beseitigt. Es ist für keinen Socialdemokraten zweifelhaft, daß wir verpflichtet sind, die Jugendzukunft in Angriff zu nehmen und Jugendzukunft heißt Erziehung gegen den Militarismus. Dielem Antrag stehen keinerlei juristische und politische Bedenken gegenüber, ich bitte Sie um seine Annahme.

Es ist folgender Antrag Dr. S i d e l u m - S e g i s - v. V o l l m a r eingelaufen: Der Parteitag geht über den Antrag 105 und den Antrag Liebknecht zur Tagesordnung über. **Fröme-Hamburg:** Nach der geradezu vernichtenden Kritik, welche der Antrag Liebknecht bereits erfahren hat, war es nicht meine Absicht, diese Kritik noch zu vervollständigen. Was mich veranlaßt, jetzt noch das Wort zu nehmen, ist die geradezu verblüffende Dreifaltigkeit, mit der Genosse Liebknecht auftritt, um auf Umwegen das zu erreichen, was er mit dem ersten Antrag nicht erreichen kann. Liebknecht macht sich die Sache außerordentlich leicht mit Hilfe einer rücksichtslosen juristischen Habulistik. Es kommt ihm offenbar darauf an, unter allen Umständen in irgend einer Weise das zu erreichen, was er mit dem ersten Antrag nach der gehörten Kritik nicht erreichen kann. Wir sind es — dafür sind ja Gründe genug beigebracht worden — unsere Partei in mehrfacher Hinsicht unter den wichtigsten Gesichtspunkten schuldig, daß wir diesen Antrag und alles, was sich daran knüpft, also auch den zweiten Antrag, auf das allerentschiedenste zurückweisen. Ich bitte Sie, auch über diesen zweiten Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Damit kommen wir am passendsten über diese ganze geradezu unqualifizierbare Angelegenheit hinweg. (Bravo!)

Vemennow-Hamburg: Ich kann mich dieser Aufforderung nur durchaus anschließen. Als einziger Kommuniste, der als überzeugter Socialdemokrat zum Militär kam, kann ich die Sache aus eigener Erfahrung beurteilen. Infolge einer solchen Jugendagitation würden die jungen Leute sehr leicht dazu gedrängt werden, in irgend einer Form Unbesonnenheiten zu begehen, die sie nachher sehr schwer zu büßen haben. Schon jetzt werden von den Behörden schwarze Listen über diejenigen, die ihnen als Socialdemokrat bekannt sind geführt und der Militärbehörde überwiesen. Es finden Nachforschungen nach socialdemokratischen Schriften in den Kasernen statt. Die Folge der Annahme des Antrages würde sein, daß die jungen Leute versuchen würden, ihre socialistische Bestimmung in der Kasernen in irgend einer Form zu betätigen, aber nur der intelligente und tüchtige Soldat kann sich einen gewissen passiven Widerstand erlauben. Alle übrigen würden ihn schwer büßen und dazu dürfen wir die jungen Soldaten nicht aufordern. Wir wissen ja alle, mit wie schweren Strafen militärische Vergehen bedacht werden. Behalten Sie den Antrag ab! Damit schließt die Debatte.

Die Anträge zur „Presse“ werden mit Ausnahme von 105 dem Parteivorstand zur Erwägung überwiehen. Entsprechend dem Antrage Sidelum geht der Parteitag über Antrag 105 und den später hierzu gestellten Antrag Liebknecht mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über.

Es folgt die Diskussion über den Punkt „Anträge zur Tagesordnung für den nächsten Parteitag“ (108—110). **Kühn-Dresden** begründet den Antrag 108, auf dem nächsten Parteitag über Socialdemokratie und Strafrecht zu verhandeln. Seit einiger Zeit verhandelt bereits eine vom Reichs-Justizamt berufene Kommission über eine Reform des Strafrechts. Das ist eine Gelegenheit, den Klassencharakter unserer Justiz von neuem dem Volke zu Gemüte zu führen. Dazu soll unser Antrag den Vorstand anregen; darauf kommt es uns an, weniger auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages. Wir würden es freilich für sehr erwünscht halten, daß der nächste Parteitag die Frage gründlich erörtert.

Liebknecht empfiehlt Antrag 110, den Generalstreik auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Die Spandauer Genossen, von denen der Antrag ausgeht, verstehen unter dem Generalstreik den politischen Streik, nicht den eigentlichen Generalstreik. Beide Begriffe werden ja oft durcheinander geworfen. Die Frage des Generalstreiks ist sehr alt und nicht etwa von Friedberg erfinden. Schon vor einigen Jahren hat sie Verstein wieder zur Debatte gestellt; auch Kautsky und Clara Zetkin verteidigten den Generalstreik. Schon diese Thatfache müßte verhindern, daß unser Antrag einfach als Unsinn bezeichnet wird, wie es in einem Begrüßungsartikel zum Parteitag geschieht ist. Von dem Genossen Friedberg rüde ich auf das allerhöchste ab. Die Spandauer Veranlassung, in der der Antrag beschloffen wurde, verächtliche allerdings Friedberg mit Haut und Haaren. Das lag aber wohl daran, daß die Spandauer Genossen ihn nicht kannten. Die Ausführungen Friedbergs sind in der That unerhört; auf den Generalstreik im Sinne Friedbergs paßt aller-

dings das Wort Luers: Generalstreik ist Generalunsinn. Friedberg propagiert den Generalstreik im anarchischen Sinne; er ist nichts als ein aufgewärmter Nieuwenhuis. Das Auftreten Friedbergs widerspricht den primitivsten Interessen der Partei. Es steht im Gegensatz zu allem, was die Partei bisher gethan hat. (Sehr richtig!) Er stellt den Parlamentarismus in Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung, weil diese von den Gegnern unabhängig sei. Das ist einfach unrichtig. Ueberall haben unsere Gewerkschaften mit den Andern der Gegner zu kämpfen. Sobald wir keine politische Bewegung sondern nur Gewerkschaften hätten, könnten die Gegner jeden Tag die Gewerkschaften einfach von der Bildfläche wegwischen. Formell stünde dem nichts entgegen. Thatächlich allerdings sieht jetzt hinter den Gewerkschaften eine so gewaltige Macht, daß die Gegner nicht wagen werden, dies Ventil für die Unzufriedenheit der Arbeiter zu verschließen. Friedberg sagt, unser Ziel seien absolut freie Persönlichkeiten ohne Pflichten; das ist unrichtig. Gerade die bedrückten Persönlichkeiten, die gewissermaßen fasciniert sind durch das Gefühl der allgemeinen Unterdrückung, sind es, die unsere Bewegung unabweislich machen. Wir erstreben durchaus nicht die absolute Freiheit des Einzelnen. Die Pflicht der Solidarität, die allerdings freiwillig übernommen werden soll, werden wir stets anerkennen. Die Konsequenz des Friedberg'schen Standpunkts ist allerdings der Anarchismus. Denn wenn der Anarchismus einen Fortschritt über den Socialismus bedeutet und diesen in sich schließt, weshalb sollten wir denn Socialdemokraten bleiben. Ich habe mich so sehr gegen Friedberg gewandt, weil dieser die Idee des Generalstreiks diskreditiert. (Die Redezeit ist abgelaufen. Der Redner meldet sich von neuem zum Wort.)

Kahenstein-Berlin: Ich habe über die Alkoholfrage zu sprechen. (Auf: Oh! Oh!) Ihre Zustimmung beweist mir (Große Weiterheit), daß ich einen minder unfruchtbaren Boden zu beackern habe, als die Anhänger des Generalstreiks. Wie Alkoholgegner müssen nun endlich aus der Bescheidenheit herauskommen. Wir müssen daran erinnern, daß es Clara Zetkin gewesen ist, die auf dem Stuttgarter Kongress die erste Anregung zur Behandlung der Alkoholfrage gegeben hat. Sie ist dem Antrag allerdings keine gute Mutter gewesen (Weiterheit), sondern hat ihn rauen Männerhänden überlassen. (Weiterheit.) Offenbar war sie zu schüchtern (Große Weiterheit), so vielen Männern ihre Sünden vorzuhalten. Die Alkoholfrage verdient ernsthaft behandelt zu werden. Wie socialdemokratischen Abstinenzen halten uns von dem Wöllinn der bürgerlichen Abstinenzen fern, der den Anti-Alkoholismus in den Kreisen der Arbeiterklasse diskreditiert hat. Besonders von frommer Seite sind solche Fehler begangen worden, die heuchlerisch Wasser predigt, während sie heimlich Wein trinkt. (Sehr gut!) Wir sind keine Mäder, die dem Volke keine Freude gönnen und die Erde in ein Jammerthal verwandeln wollen, damit die Sehnsucht nach dem Himmel um so größer wird. Davon sind wir himmelweit entfernt. Wir wollen der Arbeiterklasse nicht ihre bescheidenen Freuden trüben, sondern im Gegenteil ihre Empfänglichkeit für größere und höhere Genüsse wecken. Ist doch die verdamnte Bedürfnislosigkeit der Boden, auf dem der Alkoholismus wuchert. (Sehr richtig!) Der hochverdiente jetzt verstorbene Stefan Schwind in der Schweiz hat aus seinen Erfahrungen als Fabrikbesitzer geschrieben: „Ich muß konstatieren, daß die abstinente Arbeiter die unzufriedensten Arbeiter sind. Die Alkoholtrinker arbeiten viel länger und erheben keine Ansprüche.“ (Widerpruch.) Er hat weiter darauf hingewiesen, daß die alkoholgeprägten Arbeiter in Bezug auf das Familienleben höhere Ansprüche erheben, als die alkoholtrinkenden; sie sehen es viel eher, wenn das Kind im zerfetzten Kleidchen umherläuft. Wir müssen den Mut haben, auch auf die Schäden hinzuweisen, die sich in der Arbeiterbewegung zeigen. Und da muß zugestanden werden, daß das Familienleben vielfach gehemmt und geföhrt wird durch den Alkoholkonsum. (Sehr richtig!) Dieser Alkoholkonsum aber wird durch Vorurteile verursacht. Dabei sind die Schäden, die der Alkohol verursacht, unendlich. Unser Genosse Oberrichter Lang in Jürich hat darauf hingewiesen, daß nach der Kriminalstatistik am Sonntag sechsmal soviel Körperverletzungen vorkommen, als vom Dienstag bis Freitag. (Hört!) Unter dem Einfluß des Alkohols kommt diese Vermehrung an einem Tage zu stande, wo man meinen sollte, daß die Leute friedlich beieinander sitzen, während in der Woche doch viel mehr Konfliktsstoff vorhanden sein sollte. Dasselbe wie für die Körperverletzungen gilt für Tothschlag und Eittlichkeitsverbrechen. Die Schädigungen, die der Alkohol auf gesundheitsgemäßem Gebiete anrichtet, liegen ebenso klar zu Tage. Die Arbeiterkategorien, die in ihrem Berufe mit dem Alkohol zu thun haben, die Kellerer und Brauer, haben eine zwei- bis dreifach höhere Sterblichkeit als die andern Berufe. Auch die Unfallgefahr steigt mit dem Alkoholgenuß. Nach der Reichsstatistik ist die Unfallziffer am Montag durchschnittlich viel höher als am Freitag, wo die Leute von der Arbeit doch ermüdet sind.

Nun sagt man: wir sind ja alle gegen den Saff! Der Alkoholgenuß muß sich in den Schanzen vernünftiger Wähigkeit halten. Ja wenn die Selbstkontrolle so leicht wäre! (Sehr richtig!) Nun wäre es ja aussichtslos, die Partei auf die Abstinenz verpflichten zu wollen. Das wäre ja auch lächerlich, weil es ein Eingriff in die persönliche Freiheit wäre. Aber die Partei soll mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß sich die Arbeiterklasse erster als bisher mit der Frage zu befassen hat. Das ist zu erreichen und das muß erreicht werden. In Mannheim hatten wir Alkoholgegner mit sehr viel Hohn und Spott zu kämpfen, jetzt aber besteht dort ein städtischer Abstinenzverein, und der Genosse Lehmann, der an der Spitze steht, ist ein glänzendes Beispiel dafür, wie gut es den Mitgliedern bekommt. (Weiterheit.) Franz Joseph Ehrhart ist allerdings noch nicht gewonnen, aber den Kriegern wir auch noch. (Stürmische Weiterheit. Ehrhart schüttelt den Kopf.) Am schlimmsten sind die Gefahren, die der Alkohol für die Nachkommenschaft mit sich bringt, die Kinder im Mutterleibe werden bereits geschädigt. Der Alkoholkonsum der Eltern ist die Ursache für die Entsehung von Idioten und Epileptikern. Auch die Wehrzahl der Mörder stammt von Alkoholikern ab. Daß Kinder unter keinen Umständen Alkohol erhalten dürfen, ist eine Ueberzeugung, die in Arbeiterkreisen noch lange nicht so verbreitet ist, wie in der Bourgeoisie. (Sehr richtig!) Während in der Arbeiterklasse noch das Vorurteil besteht, daß der Alkohol Nähwert enthalte und daß schwächliche Kinder durch seinen Genuß die würden, hält die Bourgeoisie viel mehr darauf, daß die Kinder keinen Alkohol bekommen, wenn sie auch selber trinkt. Die Lehrer haben festgestellt, daß die Kinder, die Alkohol trinken, in der Schule rückständig sind. Ja, wir wissen, daß sechs, sieben Jahre nach einem guten Weinjahr die unterste Schullasse mindertwertig ist. (Ehrhart: Es wird mir gefaßt, es sei ne böse Schullast! — Weiterheit.) Es ist beliebt bei uns, den Alkoholisimus als Folge des Glends hinstellen. Wo ist er aber am häufigsten verbreitet? Doch unter den Corpsstudenten und den Offizieren. Diese armen Teufel besaufen sich aus geistigen Glend und nicht aus physischem. (Weiterheit und Zustimmung.) Die Arbeiterkategorien, denen es am schlechtesten geht, die russischen Juden, die Konfektionsarbeiter, die Textilarbeiter können nicht als Alkoholtrinker bezeichnet werden. Kein die Alkoholseude herrscht gerade in der besser situierten Arbeiterklasse. (Die Redezeit ist abgelaufen. Kahenstein bittet noch weiter reden zu dürfen. Stadthagen: Sie sind unmäßig! Das ist es eben! — Weiterheit. Vorsitzender Diez erklärt, keine Ausnahme machen zu können.)

Leiner-Hannover wendet sich gegen Antrag 110. Dieser und Antrag 57 sind in einer Versammlung des Wahlvereins Hannover abgelehnt worden. Riestedt und 88 Genossen haben dann auf einem Umwege, den das Statut zuläßt, die Anträge vor das Forum des Parteitages gebracht. Das muß konstatiert werden. Wollten wir Friedberg folgen, so müßten wir unsere bisherige Taktik aufgeben. Friedberg verfährt unethisch. Er operiert mit einer Stelle aus der alten antiparlamentarischen Broschüre Liebknechts, in der es heißt: Was, wir sollten aus praktischen Gründen parlamentarisch? Nur Verrat und Kurzsichtigkeit könnten uns dazu bringen. Auch Riestedt operiert mit dieser Stelle. Sie wollen den Generalstreik und nichts anderes. Dieser Aeußerung des alten Liebknecht steht seine Aeußerung auf dem internationalen Kongress 1900 gegenüber, wo er sich gegen den Generalstreik aussprach. Wenn man mit Aeußerungen, die länger

20 Jahre zurückliegen, agitiert, so treibt man damit nur eine die Partei schädigende Verwirrung. Friedeberg kann sich um so weniger auf Liebnecht berufen, als Liebnecht noch 1897 die Waffe des Parlamentarismus empfohlen hat. Wir in Hannover haben es abgelehnt, den Antrag auf Besprechung des Generalstreiks zu stellen, und die 88 Leute, die den Antrag eingebracht haben, sind noch nicht einmal alle Genossen. Wir werden uns bei der Beratung des Organisationsstatuts die Frage vorzulegen haben, wie dem Unfug, daß auf solche Weise Anträge hier gestellt werden, ein Ende gemacht werden kann. Friedeberg will keineswegs den politischen Streik, sondern den Generalstreik, um auf diese Weise die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen. Friedeberg will durch diese Idee den Parlamentarismus erschlagen, aber ich gebe zu bedenken, daß wir, wenn wir keinen Parlamentarismus mehr haben, noch das Koalitionsrecht besitzen. (Beifall.)

Franke: Es sind zur Begründung der vorliegenden Anträge die wunderbarsten Sprünge gemacht worden. Die Genossin Jettin ist einmal unter die Männer verkehrt worden (Heiterkeit), die die Anträge zum Generalstreik auf dem Gewissen haben. Katzenstein hat das Geschlecht wieder hergestellt und die Mutterschaft der Genossin Jettin für die Alkoholfrage festgestellt. (Erneute Heiterkeit.) Doch sei dem, wie ihm wolle, ich bin der Ansicht, der heutige Parteitag kann gewiß beschließen, was auf die Tagesordnung des nächsten kommen soll. Was ist natürlicher, als daß einer der Punkte, die den nächsten Parteitag in erster Linie beschäftigen werden, die Schlußfrage ist. Dazu kommt, daß heute noch gar nicht abzusehen ist, welche aktuellen Fragen im laufenden Jahre aufgestellt werden, zu denen der nächste Parteitag Stellung nehmen muß. Es trägt nicht zur Förderung der Geschäfte bei, wenn wir heute schon beschließen würden, wie die Tagesordnung des nächsten Parteitages sein soll, der Parteivorstand würde dann mit gebundenen Händen dastehen. Ich erlaube Sie aus diesen rein sachlichen Gründen um Ablehnung der Anträge 108, 109 und 110.

Ed. Bernstein: Die Debatte über den Generalstreik oder den politischen Streik ist nach meiner Auffassung in ganz falsche Bahnen gelenkt. Doch ich mich in den „Soc. Monatsheften“ für den Generalstreik beifolgende Erklärung des allgemeinen Wahlrechts ausgesprochen haben soll, ist mir nicht erinnerlich. Ich habe allerdings in den „Soc. Monatsheften“ und schon früher in der „Neuen Zeit“ über den politischen Streik geschrieben und bin der Auffassung entgegengetreten, daß der politische Streik unter allen Umständen zu bevorzugen sei. Wir haben ja in Belgien und Oesterreich die Erfahrung gemacht, daß unter bestimmten Konstellationen in der That der Massenstreik ein Mittel war, eine Bewegung zur Erlämpfung politischer Rechte zu unterstützen. Es handelt sich für mich darum, den Gedanken zu propagieren, daß die Zeiten kommen können, wo wir genötigt sind, zu stärkeren Formen der Demonstration zu greifen als etwa nur zu Versammlungsbeschlüssen. Ich bin, als vor einigen Jahren die Belgier in ihrem Generalstreik geschlagen wurden und sich Stimmen in der deutschen Parteipresse geltend machten, es sei damit der Beweis geliefert, daß der Generalstreik ein verfehltes Mittel sei, in Versammlungen diesem Gedanken entgegenzutreten. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir, wenn man uns diesbezüglich zu überreden und das Wahlrecht zu nehmen versucht, es nicht dabei betenden lassen können, daß wir dagegen protestieren oder etwa sagen: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen. Der Name des Herrn sei gelobt in Ewigkeit. (Sehr gut!) Das geht nicht, dann müssen wir zu anderen Mitteln greifen. Der Barrikadenkampf ist überlebt, unser einziges Mittel ist der politische Massenstreik. Ob er zum Siege führt, kommt ganz auf die Verhältnisse an. Auch bei dem Barrikadenkampf war ja das Hauptziel, zu demonstrieren und Unzufriedenheit und Verwirrung in die Reihen der Gegner zu bringen. Das kann unter Umständen auch der politische Massenstreik bewirken. Stellen Sie sich doch vor, was es heißt, wenn Hunderttausende von Arbeitern streiken, wie viel Interessen da in Mitleidenschaft gezogen werden, wie ein solcher Streik die Strömungen, die den reaktionären Maßnahmen entgegenstehen, stärken, wie er die Strömungen, die für die Reaktion eintreten, verwirren und uneinig machen kann! Ich gehöre keineswegs zu denen, die dafür schwärmen, daß der politische Streik auf die Tagesordnung kommt, ich habe solchen Antrag nicht gestellt, ich bin auch nicht unglücklich, wenn er abgelehnt wird. Aber daß man sich über die Frage klar wird, das halte auch ich für notwendig. Sicher ist der politische Massenstreik eine außerordentlich zweischneidige Waffe. Wenn in einem romanischen Land, wo die anarchistischen Ideen propagiert sind, ohne Berücksichtigung der Machtverhältnisse der Massenstreik aus einem kleinen Anlaß heraus proklamiert wird und mit einer Niederlage endet, so ist das doch kein Grund, den Gedanken zurückzuweisen. Wir müssen da unterscheiden, wir müssen vor Abenteuerlust, vor Romantik warnen. Vor allem bei uns in Deutschland! Ich genieße ja den Ruf eines gemäßigten Genossen, und ich halte den Namen für einen Ehrentitel, ich nehme ihn gern auf mich, aber Mäßigung darf nicht gleichbedeutend sein mit Schwäche, mit Energielosigkeit. Mäßigung heißt nur, abwägen, was man zu leisten imstande ist. Ich vernehme mich ganz entschieden dagegen, daß ich irgendwie provokatorisch aufträte. Jaurès hat in Amsterdam hervorgehoben — und wir alle wissen das ja —, daß das deutsche Volk, abgesehen von dem Jahre 1848, das ja schnell genug vorüberging, keine revolutionäre Tradition hat; ich bin erstaunt, wie uns der Behorjam gegen die Polizei eingeimpft ist, wie still man z. B. Versammlungsausschüssen über sich ergehen läßt. Andererseits haben wir damit zu rechnen, daß wir eine starke Arbeitermasse haben, stark an Zahl und an Bedeutung und daß man in diesen Arbeitern nicht den Gedanken aufkommen lassen darf, daß sie widerstandslos alles über sich ergehen lassen müssen und höchstens durch Versammlungsbeschlüsse protestieren dürfen. Man muß die Arbeiter mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie unter Umständen zu einer stärkeren Form der Demonstration zu greifen haben. Wir wissen natürlich nicht, welches das Resultat eines solchen Widerstandes sein würde, aber wenn man etwa versuchen wollte, uns das Wahlrecht zu nehmen, so hoffe ich, wird unter den deutschen Arbeitern der Gedanke, daß sie unter keinen Umständen darauf verzichten dürfen, so stark sein, daß sie alle Formen des Widerstandes ergreifen werden, über die sie verfügen. (Beifall.) Und wenn sie dann geschlagen werden, dann lieber mit Ehren unterliegen, als sich das Wahlrecht nehmen lassen, ohne irgend einen Versuch des Widerstandes. (Beifolger Beifall.)

Braun-Königsberg spricht zur Alkoholfrage. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, aber man braucht nur einmal die Akten der Inhabitenversicherung durchzusehen, um zu sehen, welche Verheerungen der Alkoholismus in unserm Volke anrichtet. Wer das einseht, kann die Frage nicht als nebensächlich abtun und sich einfach damit trösten, der Alkoholismus sei lediglich die Folge des sozialen Elends. Das ist gar nicht mal immer richtig. In einem Fall ist der Alkohol die Folge des sozialen Elends, in andern die Ursache. Vielfach ist der Alkohol das Hauptverursacher zur Ausbreitung unsrer Bewegung. Ebenso wie wir die andern Hemmnisse des Sozialismus bekämpfen, müssen wir auch den Alkoholismus bekämpfen. Diese Notwendigkeit sehen Versammlungsredner und Agitatoren nicht so sehr ein, wohl aber die Genossen, die die Kleinarbeit der Organisation haben. Ich halte die Frage für vollkommen scharf; wir können ohne weiteres zum Ausdruck bringen, daß mehr als bisher auf die schädigende Wirkung des Alkohols hingewiesen werden soll. Ich will nicht die Abstimmung empfehlen, das gehört nicht auf den Parteitag. Aber es muß die Erkenntnis durchdringen, daß der Alkohol unsre Bewegung schädigt. (Sehr richtig.)

Greyn-Weipzig tritt den Ausführungen der Chemnitzer Volksstimme gegen den Generalstreik entgegen. Ich glaube nicht, daß man den Generalstreik einfach für undiskutabel erklären kann. Daß mit der zunehmenden Stärke der Gewerkschaften die Frage des Generalstreiks hinwärtig werde, halte ich nicht für richtig. In Sachen hat man trotz der großen Organisation das Wahlrecht verschlechtert; angesichts solcher Vorgänge können wir die Diskussion des Generalstreiks nicht einfach ablehnen. Die Wucht der Thatfachen wird uns zur Diskussion zwingen. Und da sage ich: je eher, um so besser. Ich bin ein Gegner Friedebergs. Wenn Sie aber die Diskussion

einfach ablehnen, so werden wir bald mehr Friedeberge bekommen. Nehmen Sie also den Antrag 110 an oder überweisen Sie ihn wenigstens dem Vorstande.

Dr. Liebnecht geht nunmehr zum positiven Teil seiner Ausführungen zum Generalstreik über. Es wird gesagt: Wenn wir den Generalstreik machen können, brauchen wir ihn nicht mehr. Das ist eine ganz falsche Auffassung. Wir können in den Generalstreik hineingedrängt werden durch aktuelle politische Fragen. Gewiß, der Gedanke, die bürgerliche Gesellschaft durch den Generalstreik auszulagern, ist lächerlich. Für mich handelt es sich nur um den politischen Massenstreik. Mit solchen mathematischen Betrachtungen, wie, daß die Arbeiter ihre Vorräte schneller aufgebraucht haben als die Besitzenden, und daß der Massenstreik deshalb ausfallslos sei, kann man die Frage nicht lösen. Es giebt zu viel andere Faktoren, die zu Gunsten der Streikenden sprechen. Ich weise auf die berühmten Hungerstreiks in Rußland hin, die auf dem Gedanken beruhen, durch Gefährdung des eignen Lebens einen Zwang auf die regierenden Gewalten auszuüben. Diese Streiks sind ein Beispiel dafür, wie durch Inponderabilitäten, durch Furcht vor fürchterlichen Skandalen, durch Erweckung menschlicher Empfindungen doch ein Eindruck erzielt werden kann. Es heißt, wir dürfen den Massenstreik nicht diskutieren, weil wir den Gegnern unseren Plan nicht entbullen dürfen. Das wollen wir gar nicht. Wenn wir den Generalstreik inszenieren wollen und in welcher Form, darüber sprechen wir ja gar nicht. Es ist richtig, wir können nicht für alle Eventualitäten Vorsorge treffen; wir müssen darauf vertrauen, daß die Massen das lebendige Gefühl des Kampfes haben und im gegebenen Fall das Richtige finden werden. Aber wir müssen doch einigermaßen die Mittel, die wir als brauchbar erkennen, diskutieren. Ist denn nicht Sachfen ein Knebel für die Partei? Man sagt, das Reichstagswahlrecht ist uns geblieben. Aber wenn uns auch das genommen wird? Dann sollen wir in die Kommunen gehen. Aber wenn uns auch da der Zugang genommen wird? Dann bleiben die Gewerkschaften. Aber wenn uns das Koalitionsrecht genommen wird? Was thun wir dann? Es ist nicht wahr, daß wir unter allen Umständen eine Krastprobe vermeiden können. Es kann der Fall eintreten, wo wir unsre Macht, von der wir jetzt einen recht formalen Gebrauch machen, realisieren und manifestieren müssen. Das geschieht in der dräussichsten Form durch die Entfaltung eines Massenstreiks. Das ist der Gedanke, den die Partei in sich aufnehmen muß. Es besteht in der That eine gewisse Gefahr für die Partei, die Gefahr des Verfalls in Bezug auf die Mittel unsrer Agitation. Wir sind verwöhnt in Deutschland, trotz des Sozialistengesetzes, weil uns auch das Wahlrecht nicht genommen worden ist. Dazu kann es aber kommen, und wir müssen darauf gerüstet sein. Es heißt, man solle den Teufel nicht an die Wand malen. Aber der Teufel ist da; es wäre Vogelstrauchpolitik, wenn wir das leugnen wollten. Wenn wir die ganze Welt erobern wollen, so müssen wir doch mindestens imstande sein, unsre heutigen Rechte zu verteidigen, unsre jetzigen Positionen zu halten. Dazu ist es notwendig, den Massenstreik zu diskutieren. Wir wollen Ihnen gar nicht empfehlen, den politischen Massenstreik als neues Kampfmittel ohne weiteres zu acceptieren. Wir wünschen vorläufig nur eine Diskussion und damit eine gewisse Sympathieumgebung für den Grundgedanken. Dieser ganz gefährlichen Feindseligkeit gegen den Grundgedanken des Massenstreiks möchten wir entgegenzutreten. Die Frage des Massenstreiks ist die aktuellste Frage unsrer gegenwärtigen und künftigen Politik. Gehen Sie nicht mit Ädeln darüber hinweg. Erfassen Sie den Wert dieser Frage und unsre Partei wird gerüstet sein!

Es ist ein Antrag Dr. Gradnauer eingelaufen: Die Anträge 108, 109, 110 dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. — Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Frau Clara Jettin-Stuttgart: Genossen und Genossinnen, ich halte es für das Beste, wenn man zur Festsetzung der Tagesordnung des nächsten Parteitages dem Parteivorstande freie Hand läßt (Sehr richtig) und nicht jetzt schon Beschlüsse faßt, welche ihn verpflichten, diese oder jene Frage unter allen Umständen auf die Tagesordnung setzen zu müssen. Andererseits muß ich erklären, daß ich allerdings der Ansicht bin, daß eine ausführliche und gründliche Erörterung der Idee des politischen Massenstreiks zu einer unabweisbaren Notwendigkeit für die Partei geworden ist, nicht zu dem Zwecke, um die Begriffe zu verwirren, nein umgekehrt, um die Verwirrung, die vorhanden ist, zu klären und zu beseitigen. Wir müssen unbedingt zu einer Klärung kommen in der Konfusion, die in den Köpfen vieler Parteigenossen existiert bezüglich des Unterschiedes zwischen politischem Massenstreik und dem anarchistischen oder anarchisierenden Generalstreik als dem einen, ja einzigen und vorzüglichsten Mittel zur Herbeiführung der sozialen Revolution. Wir müssen Klarheit darüber schaffen, daß der politische Massenstreik von dem Generalstreik nicht nur grundverschieden ist, sondern daß der politische Massenstreik auch nicht in Betracht kommen kann, wie es Friedeberg vorschlägt, als ein Mittel, um den Parlamentarismus zu erziehen oder überflüssig zu machen, gewissermaßen als ein Surrogat für den Parlamentarismus. Nein, der politische Massenstreik kann nur unter bestimmten geschichtlichen Umständen in Betracht kommen gerade als ein Mittel, die parlamentarische Aktion des Proletariats zu erhalten und sie vielleicht erst möglich zu machen, besonders auch, um ihr durch den Masseneintritt der Arbeiterbataillone immer mehr Nachdruck zu geben, durch jenen Einsatz, durch den Druck der Massen von außen her, von dem der verkörperte Genosse Liebnecht so oft gesprochen hat. Ueber alle die verschiedenen Fragen, die hier in Betracht kommen, muß Klarheit geschaffen werden, und so sehr ich mich in meiner Auffassung und Bewertung des politischen Massenstreiks in schärfster Weise grundsätzlich von der Auffassung des Genossen Friedeberg unterscheide, genau so unterscheide ich mich, und geniere mich gar nicht, das zu erklären, von demjenigen, die mit dem Worte „Generalstreik“ — nicht Generalstreik etwa — die ganze Frage ein für allemal erledigt wissen wollen. Geschichtliche Umstände können und zwingen, den politischen Massenstreik nicht a priori aus der Reihe der möglichen, vielleicht absolut notwendigen Kampfes- und Agitationsmittel auszuschließen. Freilich eins müssen wir da betonen: Daß der politische Massenstreik nun und nimmer das Mittel sein kann, die kleine mühselige Tagesarbeit in Agitation und Organisation auf gewerkschaftlichem und auf politischem Gebiet zu ersetzen und überflüssig zu machen: Nein, die Bedingungen, unter denen ein Massenstreik ausgeführt werden kann, erfordern zu ihrer Herbeiführung eine so große Summe Organisation, Zielbewußtsein und vor allen Dingen von fester Selbstdisziplin, die sich nicht einschätzen, aber auch nicht unflug provozieren läßt. Daraus geht hervor, daß die bloße Idee des politischen Massenstreiks unauflösbar verbunden ist mit der intensiven und nachdrücklichsten Arbeit für die Auslösung der Massen und vor allen Dingen für ihre gewerkschaftliche und politische Organisation.

Noch einige Bemerkungen zu der hier angeregten Frage des Alkoholismus. Genosse Katzenstein hat mich als Mutter des Antrages reklamiert, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Ich bekenne, daß ich eine Vabammutter bin, denn ich erinnere mich dieses Kindes ganz und gar nicht. (Große Heiterkeit.) Wenn jemand so lange im Parteileben steht, wie ich, und so lebhaften Anteil daran nimmt, dann ist es wohl möglich, daß er einmal in einer Frage seine Meinung ändert. Heute bin ich jedenfalls nicht mehr der Ansicht, daß die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen sei. Man soll die Aktion der Partei nicht in dieser ganz offiziellen Weise mit einem Gegenstande, wie der Alkoholfrage, verknüpfen. (Sehr richtig.) Tagesgegenstände, die ganz unbedingt, was Genosse Katzenstein gesagt hat über die Schädlichkeit des Alkoholismus und den verderblichen Einfluß des Alkoholismus auf Kinder. Nicht durchzuft jedesmal das Gefühl der Empörung und ich empfinde es als ein Verbrechen, wenn ich sehe, wie Eltern mit Stolz ihren Kindern Alkohol einflößen. Ebenso stimme ich ganz mit der Auffassung Katzensteins überein, daß, soweit der Alkoholismus als Massenerscheinung in Betracht kommt, er die Folge der kapitalistischen

Wirtschaftsordnung ist. Thöricht ist es, wollten wir uns der Ansicht verschließen, daß für rückständige, auf der tiefsten Stufe der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung stehende Bevölkerungsschichten der Schnapsteufel ein Hindernis für die Ausbreitung unsrer Ideen und für die Vertiefung unsres Kampfes auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete sei, weil er den Arbeiter über das Glend hinwegtäuscht, das der Kapitalismus über ihn bringt, weil er seine Kampfeskraft und seine Kampfesfähigkeit zerstört. Ich gebe auch zu, daß die bürgerliche Bewegung gegen den Alkoholismus mit einem Bankrott geendet hat, weil sie sich einseitig auf das Predigen legte und vom Moralpredigen nicht übergegangen ist zu positiven Wirken in praktischer fruchtbringender Socialpolitik, weil sie nicht dazu übergeht für die Massen des Volkes Einrichtungen zu schaffen, welche ihm eine höhere Lebenshaltung ermöglichen. (Lebhafte Zustimmung.) Will die bürgerliche Anti-Alkoholbewegung den Alkoholteufel wirklich bekämpfen, dann heraus mit der Agitation für den Achtstundentag! Möge man für das Volk Einrichtungen schaffen, die Volksbibliotheken, Leshallen, gute Theater, Volkskonzerte, die Museen öffnen, auch des Sonntags, des Abends, wenn der Arbeiter allein die Möglichkeit hat, diese Kulturgüter zu genießen. Ich schließe mit der Aufforderung an Sie, den Antrag, den Genosse Braun-Königsberg begehrt hat, anzunehmen, d. h. auszusprechen, daß wir es für eine Pflicht der Parteipresse und der Parteibewegung überhaupt halten, mit allem Nachdruck auf die Gefahren des Alkoholismus hinzuweisen. Wir werden damit den Kampf gegen den Kapitalismus nicht schwächen, nein, ihn stärken und ihm neue Streiter zuführen. (Lebhafte Beifall.)

Katzenstein: Nach den Ausführungen der Genossin Jettin, für die ich ihr aufrichtig dankbar bin, brauche ich über die Alkoholfrage nichts mehr zu sagen. Nur noch wenig Worte zur Frage des Generalstreiks. Liebnecht hat Friedeberg unwirksam gemacht. Dieser hat nicht gesagt, das Koalitionsrecht könne den Arbeitern nicht genommen werden, sondern die Möglichkeit, zu streiken. Wenn der Genosse Friedeberg gesagt hat, daß wir in letzter Linie nicht nur den Kapitalismus, sondern die Zwangsform des Staates überhaupt bekämpfen, so kann er sich dabei auf Genossen wie Kantow und Veibel berufen, die daselbst gesagt haben. Im übrigen liegt es mir fern, die Auffassung Friedebergs, der den Parlamentarismus verwerft, mir zu eigen zu machen. Aber mit Recht haben Bernstein und Greul darauf hingewiesen, daß wir uns klar werden müssen über die Frage: Was thun wir, wenn es so weit ist? Das Wort: „Man soll den Teufel nicht an die Wand malen“, paßt nicht, denn der Teufel wirkt nicht auf uns. Es ist gefährlich, Vogelstrauch-Politik zu treiben. Eigentümlich hat es mich berührt, daß der ganz rechts stehende Genosse Turati sagen konnte: Soweit wie unsere sächsischen Genossen braucht man die Geschicklichkeit nicht zu treiben. Was schließlich geschehen wird, hängt davon ab, was die Gegner von uns erwarten, und was wir uns selbst zutrauen.“ Da summe ich den Worten Bernstein's zu: „Lieber ehrenvoll unterliegen, als ohne Ehre das einzige Volksglied, das uns heute geblieben ist, preisgeben.“

Klaff-Breslau erwidert die vorliegenden Anträge dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Königsberg (101) wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag Gradnauer, die Anträge 108—110 dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit beschließt der Parteitag auf Vorschlag des Vorsitzenden Diez, das Referat Ledebours über die parlamentarische Thätigkeit erst in der Nachmittags-Sitzung entgegenzunehmen, und die Zeit bis zum Eintritt der Mittagspause mit der Unterstützungsfrage der zum „Parlamentarischen Bericht“ vorliegenden Anträge anzufassen.

Die Anträge zerfallen in verschiedene Gruppen. Die erste Gruppe, die Anträge 12 und 13, bezieht sich auf den Fall Schippel. Diese Anträge werden genügend unterstützt. Dagegen finden die Anträge 14, 15 und 119, die sich auf die Frage der Landtagswahl beziehen, nicht genügende Unterstützung. — Von den eigentlichen Anträgen zur parlamentarischen Thätigkeit werden die Anträge 42, 43, 44 und 47) unterstützt, die Anträge 45, 46 und 48 nicht. Die sonst noch vorliegenden Anträge 99, 102, 103 und 104 werden nicht unterstützt.

Vorsitzender Diez: Zahlreiche Delegierte wünschen, daß der Parteitag ein Begrüßungstelegramm an Auer und Singer senden möge (Beifall), für das folgender Wortlaut vorliegt: „Der Parteitag bedauert tief, die Genossen Auer und Singer nicht in seiner Mitte zu sehen, und spricht den bewährten Führern die herzlichsten Wünsche auf baldige Wiederherstellung aus.“ Der Parteitag.“ (Lebhafte Beifall.)

Der Parteitag beschließt einstimmig die Abendung der Telegramme.

Nunmehr tritt die Mittagspause ein. Schluß 12^{1/2} Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Ebert eröffnet kurz nach 3 Uhr die Verhandlungen. Zur Beratung kommt Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Zu den Anträgen, die in der Vormittags-Sitzung genügend Unterstützung gefunden haben (12, 13, 42—44 und 47) tritt auch folgende Resolution Webels über den Fall Schippel:

„Der Parteitag mißbilligt auf das schärfste die Unklarheit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schippel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelpolitik verhalten und dadurch unsren Feinden Material gegen die Partei geliefert hat. Wenn dann schließlich der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu harter Stellungnahme gedrängt, erklärt,

12. Parteigenossen Berlin IV und Essen: Der Parteitag möge Stellung nehmen zu dem Verhalten Schippels in Zoll- und Handelsfragen und eventuell dessen Ausschluß aus der Partei herbeiführen.“

13. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises: Der Parteitag möge die Haltung des Genossen Schippel in der Schutzoll- und Agrarfrage einer Prüfung unterziehen. Sollte sich dabei ergeben, daß Schippel mit den Anschauungen der Partei nicht mehr übereinstimmt, so ist derselbe aufzufordern, sein Mandat niederzulegen.“

42. Parteigenossen in Essen: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, in Zukunft sämtliche Kolonialforderungen abzulehnen.“

43. Parteigenossen in Niederbarnim: Die Fraktion soll dahin wirken, daß die für Landarbeiter und Gefinde bestehenden Ausnahmegesetze beseitigt und diesen Arbeitern das Koalitionsrecht gesichert wird.“

44. Parteigenossen in Augsburg: Die socialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages wird beauftragt, die Reichsregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher der schon seit 30 Jahren bestehenden Civilische den löstlichen Abbruch des Civilisierungsabkommens folgen läßt. Die Verrücktheit dieser Forderung liegt im Interesse des kulturellen Fortschritts.“

46. Die Parteigenossen Jacobsen und Wolf in Pankow: Der Reichstagsfraktion dringend zu empfehlen, dem Reichstag alljährlich einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der die Uebernahme von Grund und Boden, Fabriken, Bergwerken sowie aller Produktions-, Fabrikations- und Verkehrsmittel durch den Staat, gerechte Verteilung der Arbeit und der erzeugten Güter an alle Staatsangehörige fordert.“

47. Parteigenosse H. Wolf in Hamburg: Die Fraktion wird beauftragt: einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher bezweckt:

1. Aenderung der Eidesformel bezw. Streichung der Worte „bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ und „So wahr mir Gott helfe“.
2. Aufhebung der Bestimmungen, welche die Rechte der Nichtangehörigen einer religiösen Gemeinschaft wieder aufheben.

das er Gegner der Agrarzölle sei und in der Zolltariffrage die Stellung der Partei teile, so war es umso unbegreiflicher und unverzeihlicher, daß er seit Jahren seinen ganzen Scharfsinn und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, daß vom agrarischen Standpunkte aus die Forderung der Agrarzölle gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrlich nicht diejenige eines Socialdemokraten sein kann. Der Parteitag mißbilligt aber auch entschieden den häßlichen und hochfahrenden Ton, in dem der Genosse Schippel die Polemik gegen die Partei und Parteigenossen führte, ein Verfahren, das sich umso weniger rechtfertigt, als er seinen Standpunkt in der Agrarfrage von Grund aus gewechselt hat.

Die Diskussion soll sich zunächst auf die Anträge 42, 43, 44 und 47 erstrecken, dann sollen die Anträge 12, 13 und die Resolution Webel behandelt werden.

Vorherstatter zu diesem Punkt der Tagesordnung ist Genosse

Leckow:

Genossinnen und Genossen! Da ich im gedruckten Berichte die Stellung der Fraktion zu den verschiedenen Fragen ausführlich dargelegt habe, glaube ich mir ein Eingehen darauf ersparen zu können. In der Zeit, die mir hier zur Verfügung steht, möchte ich mir auf die Einwendungen eingehen, die nach Schluß der Session gegen die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion in Presse und in Versammlungen erhoben worden sind. Vorher muß ich aber noch eine Angelegenheit erörtern, die Angelegenheit des Genossen Schippel, die durch den Beschluß der Fraktion in Genuß gekommen ist. Wenn ich den Fall im schriftlichen Berichte nicht behandelt habe, so deshalb, weil dieser Bericht eine Schilderung unserer Kämpfe im Parlament mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu geben hat. Der Fall Schippel ist aber eine innere Angelegenheit der Partei, die allerdings in Zusammenhänge mit der Reichstagsarbeit steht. Der zweite Grund, weshalb ich Abstand nahm, war der, daß nach meiner Meinung, als ich meine Arbeit abschloß, Schippel in seinen Auseinandersetzungen noch nicht über die Einleitung hinausgekommen war.

Man konnte damals nicht wissen, wann er zum Abschluß kommen würde. (Sehr richtig!) Sollte man die Darstellung Schippels in der Chemnitzer „Vollstimme“ und nachher in den „Socialistischen Monatsheften“ und in Zuschriften an den „Vorwärts“ als richtig annehmen, dann müßte man glauben, daß Schippel als getreuer Eckard der Partei aufgetreten ist und sie gewarnt hat, und daß dann plötzlich aus unbegründeten Ansätzen nachträglich ein paar „Stänker“ oder „Kackeler“ — augenblicklich kann ich die Ehrentitel, die auf diese Genossen gefallen sind, nicht zusammenhäufen —, daß also „berufsmäßige Denunzianten“ den Konflikt herbeigeführt haben, um ihn eines Verstoßes gegen die Grundzüge der Partei zu zeihen, und daß daraufhin die Fraktion sich hat verleiten lassen, an ihn die Aufforderung zu richten, sich über seine Stellung zu der Zollfrage zu äußern. Tatsächlich hat sich die Sache nicht so entwickelt. Bekanntlich bestand der Hauptkampf unserer Partei, den insbesondere auch die Reichstagsfraktion in den letzten Jahren durchzuführen hatte, in der Gegnerschaft gegen die Zollpolitik der Regierung. Man kam über die Wichtigkeit der Frage der Handelspolitik für die Socialdemokratie verschiedener Meinung sein. Aber wie gesagt, in den letzten Jahren war die Frage der Handelspolitik für uns eine akute Frage, die uns leidenschaftlich erregte und mit der wir die Vollkommenheit in Erregung gebracht haben. Wenn jemals im Laufe der Geschichte die Partei und ihre Fraktion ihre Pflicht im vollsten Maße gethan haben, so war es bei der Zollaktion, und den Beweis dafür, daß unsere damalige Taktik die richtige war, hat ganz vollkommen der Ausfall der letzten Reichstagswahlen geliefert. Wenn eine solche große und wichtige Aktion die gesamte Partei beschäftigt, insbesondere die Genossen, die die Wortführer der Partei sind, dann ist es eine selbstverständliche Pflicht eines jeden Parteigenossen, besonders von Reichstags-Abgeordneten, alles anzubieten, um nach besten Kräften zur Unterstützung der Partei einzutreten. Da haben wir nun die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß Genosse Schippel während dieser Kämpfe sich so ziemlich passiv verhalten hat. Wenn ich mich irre, werde ich mich gern berichtigen lassen. Aber nach meiner Erinnerung hat Genosse Schippel während der ganzen Kämpfe im Reichstage kein einziges Mal das Wort ergriffen; ich weiß auch nicht, ob er damals an den Kommissionsberatungen teilgenommen hat. Er hat nie eingegriffen, obgleich er, was seine Fähigkeiten und Kenntnisse anbelangt, einer der Verspreiztesten gewesen wäre, um unsere Standpunkte zu verteidigen, wenn er überhaupt mit den Anschauungen der Partei übereinstimmte. Das ist natürlich die Voraussetzung. Wir verlangen von keinem, daß er seine Überzeugung verleihe, daß er etwas redet, was er selbst nicht glaubt. Wenn Genosse Schippel in dieser Frage anderer Ansicht war als die Partei, so konnte er sagen: Ich will der Partei in dieser Situation keine Schwierigkeiten bereiten, es bleibt mir also nichts übrig als zu schweigen. Dann hätten wir keinerlei Anlaß gehabt, uns mit dem Verhalten Schippels hier zu befassen. Aber Schippel hat nicht geschwiegen in dieser Zeit, er hat außerhalb des Reichstages schriftliche Auseinandersetzungen und Erörterungen über die Handelspolitik und die Zollpolitik insbesondere zum besten gegeben, die direkt gegen diejenigen Anschauungen ankämpften, wie wir sie vertreten. Er selber bestreitet das, glaube ich, nicht. Wenigstens entnehme ich aus seinen letzten Ausführungen, daß er zugibt, in seinem Buche „Die Grundzüge der Handelspolitik“ und in den Versammlungen, die er im Laufe der letzten Jahre über Handelspolitik abgehalten hat, im wesentlichen die Argumente vorgebracht zu haben, die seitens der Interessenten in der bürgerlichen Partei für die Schutzölle und Agrarzölle geltend gemacht worden sind. Auch dafür hat er ja eine Erklärung. Er sagt, es ist wichtig, daß die Parteigenossen die Ansichten und Gründe des Gegners kennen lernen. Das ist richtig. Aber darin weiche ich durchaus von Schippels Vethätigung in meiner Auffassung ab; ein Parteigenosse kann es für gerechtfertigt, ja für seine Pflicht halten, die Partei in weitestem Maße aufzufordern, über die Fragen der Handelspolitik, wie sie in den Köpfen bürgerlicher Politiker und Interessentenkreise sich abspielen, aber für einen Socialdemokraten zureichend sich daran die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, im Anschluß daran nachzuweisen mit all dem wissenschaftlichen Material, das ihm zu Gebote steht, weshalb wir diese gegnerischen Anschauungen nicht acceptieren können (Jura Webel: Sehr richtig!), weshalb wir sie verworfen müssen und in welchen Punkten sie thöricht sind; das hat eben Genosse Schippel unterlassen. In den letzten Jahren haben sich im Reichstage — ich sehe von den Verhandlungen ab — die gegnerischen Politiker wiederholt auf Schippel berufen. Ich erinnere nur daran, daß z. B. Herr v. Hegel zu den hervorragenden Bewunderern Schippels gehört. Häufig wurde darauf hingewiesen: Seht einmal, so denkt euer bedeutendster Kopf, der Socialdemokrat Schippel, über diese Frage. Zugeben will ich, daß in der gegenwärtigen Zeit nicht viel dazu gehört, von den bürgerlichen Politikern als Socialdemokrat für einen bedeutenden Kopf erklärt zu werden; dafür kann er nicht, das liegt in der Praxis der bürgerlichen Politiker. Jedenfalls aber haben die bürgerlichen Politiker sich auf Schippels Bücher berufen. Sie haben herausgefunden, daß Schippel innerlich Agrarzöllner ist und haben selbstverständlich, was man ihnen nicht bezargen kann, diese günstige Gelegenheit benützt, um zu zeigen, daß auch innerhalb der Socialdemokratie agrarzöllnerische Ideen um sich greifen und hervorragende Vertreter gewonnen haben. Was hat Herr Schippel im Reichstage gethan? Wenn solche Sachen vorkamen, hat er, ohne eine Miene zu verziehen, dagesessen, als wenn die Sache ihn gar nichts anginge. Sein Verhalten erinnert auch an das, was Goethe im zweiten Teil des Faust von den Sphingen sagt:

Stehend vor den Pyramiden
Zu der Völker Hochgericht,
Ueber sich hinweg, Krieg und Frieden —
Und verziehen kein Gesicht.

(Weiterleit.) Andere Genossen traten im Reichstage auf, um die Vertretung der Gegner auf Schippel abzuwehren.

Sie konnten immer nur erklären: Sie irren sich, Schippel ist kein Agrarzöllner. Er hat den Ruf der Fraktion mit unter-

schrieben, der in flammenden Worten der Entrüstung den Brotwucher gebrandmarkt hat. Schippel aber hat geschwiegen; ja es ist wiederholt vorgekommen, daß Schippel in Versammlungen von Parteigenossen derartige Ansichten geäußert hat. Eine Versammlung, über die durch Zufall ein ausführlicher Bericht gebracht wurde, hat Anlaß dazu gegeben, daß die Sache überhaupt und in der Fraktion zur Erörterung kam. Schippel behauptet, das war eine abgeschlossene Versammlung organisierter Parteigenossen, von denen man voraussetzen darf, daß sie nicht irre geführt werden, selbst wenn der Redner sich darauf beschränkt, die Anschauungen agrarischer Interessentenkreise zur Darstellung zu bringen. Das ist ein Irrtum. Es war allerdings eine Zahlvereinsversammlung, aber jeder von uns, der im Parteileben steht, weiß, daß zu Parteiverfammlungen, die in der Parteizeitung des Ortes angekündigt sind (Jura: Das war sie nicht!), jeder Zutritt hat. Das ist nahezu dasselbe. (Jura: Nein, eine Volksversammlung!) Ja, selbst dann, wenn es nur organisierte Parteigenossen waren! Bei aller Hochachtung vor Ihnen — ich glaube Sie nicht zu kränken, wenn ich sage, daß überall unter den organisierten Parteigenossen nur ein kleiner Bruchteil vorhanden ist, der in der Handelspolitik so beschlagen ist, daß er im Stande wäre, die ausführlich, mit Wärme und logischer Konsequenz vorgebrachten Anschauungen eines auf diesem Gebiete als Autorität geltenden Genossen zu widerlegen oder auch nur so zu ergänzen, daß das Bild herauskommt, das wir uns von diesen Dingen machen.

Mit dieser Frage haben sich unsere Genossen im allgemeinen nicht so eingehend beschäftigt. Schippel hat alles aufbieten müssen, um zu verhindern, daß eine Verwirrung entsteht. Verwirrung ist thatsächlich entstanden; nicht nur bei den Genossen, sondern auch bei den Gegnern ist die Anschauung durchgebrochen, daß Schippel im Herzen Agrarzöllner sei. Das sagt Genossen in entscheidender Stellung dieser Anschauung sind und sich durch Schippel verwirren lassen. Davon haben wir den besten Beweis in dem bewährten Genossen Eckard in Chemnitz (Sehr richtig!), der sich unter der wartenden Stimme des getreuen Eckard Schippel zum Schutzöllner, ja sogar zum Agrarzöllner entwickelt hat und bis zuletzt des Glaubens war, daß sein verehrter Abgeordneter und Lehrer die gleiche Stellung einnimmt. Also selbst der Mann, der Schippel am nächsten stehen mußte als Redakteur des Partei-Organs in Schippels Wahlkreise, hielt ihn im Herzen für einen Agrarzöllner! Er unterscheidet zwischen einem Vereicherungszoll und Schutzöll. Aber das ist ziemlich gleichgültig. Man weiß nicht, wann ein Zoll als Vereicherungszoll und wann er als bloßer Schutzöll wirkt. Diese Scheidung ist ganz künstlich. Die Fraktion mußte zu der Überzeugung kommen, daß Schippel im Herzen eigentlich Agrarzöllner ist, daß er aber aus irgend welchen Gründen, vielleicht weil er sich noch selbst nicht ganz klar ist, vielleicht aus feilschen Gründen, die ich nicht erörtern kann, weil mir Schippel ja im Ganzen ein psychologisches Rätsel ist, nicht recht aus sich heraus will. Schippel sagt an einer Stelle seiner Darlegung: Jahrelang sei es so gegangen, bis dann plötzlich bei einem ganz harmlosen Anlaß ein größerer Aufruhr gemacht sei. Ja, so ist es immer, wenn sich langsam die Überzeugung von der Unhaltbarkeit einer Position Bahn bricht. Dann giebt man nicht ohne weiteres der Anwendung nach, loszuschlagen. Daß es so lange gedauert hat, ist nur ein Zeichen der Toleranz. Es sind ja wiederholt Beehebungen mit großer Schärfe zwischen durch entstanden mit Anlaß, der dem armen Schippel bekanntlich als ewiger Alp auf der Seele liegt. Die Rede im dritten Berliner Wahlkreise war der letzte Tropfen, der den Becher zum Ueberlaufen brachte. (Sehr richtig!) Es war gewissermaßen ein spontaner Ausdruck, daß die Fraktion sagte: Wir müssen endlich einmal Klarheit über die Stellung Schippels haben, der elementar zum Ausdruck kam.

Die Diskussion in der Fraktionsitzung drehte sich natürlich um die Form, in welcher Weise Schippel Klarheit schaffen sollte. Nun hat Schippel in seiner Zuschrift an die Chemnitzer „Vollstimme“ vom 15. Dezember eine Erklärung abgegeben, die durchaus einen unrichtigen Eindruck über die Absicht der Fraktion erwecken muß. Er sagt, er hätte auf Anregung eines andern Genossen sich schließlich bereit erklärt, durch eine der Fraktion vorgelegende Erklärung den Zwischenfall für die Öffentlichkeit aus der Welt zu schaffen. Sein Vorschlag sei aber aus geschäftsordnungsmäßigen Rücksichten gefallen, weil die Diskussion bereits geschlossen war. Allerdings hat Schippel seinen Vorschlag erst zum Schluß der Diskussion gemacht, und der ist aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen abgelehnt. Der bloß diese Darstellung von Schippel liest, der muß glauben, daß, wenn sein Vorschlag rechtzeitig gemacht wäre, die Fraktion sich mit einer solchen Erklärung begnügt hätte. Das ist ein vollständiger Irrtum, der allemal widerlegt werden kann. Eine solche Erklärung hätten wir ja erst kurz vorher von Schippel bekommen. Er erklärte da, daß er noch genau auf demselben Boden stehe, wie bei Erlass der Proklamation gegen den Zolltarif. Aber diese Erklärung genügte nicht, und deshalb wurde die bekannte Resolution beschlossen und in die Presse gebracht, damit die Genossen erfahren, daß die Fraktion Klarheit verlangte. Die Resolution ließ darauf hinaus, daß Schippel eine klare, unanfechtbare Auskunft über seine Stellung geben sollte. Nach dem, was vorgefallen war, konnte eine solche unanfechtbare Darstellung gar nicht in einer kurzen Erklärung gegeben werden. Ich bedauere es, daß unsere damalige Resolution nicht präciser gefaßt war. Der Kern der Frage war folgender: Wie vereinbart Schippel die Thatsache, daß er im Reichstage den Kampf der Fraktion gegen den Zolltarif unterstützt und den Ruf der Fraktion unterschrieben hat, mit der andern Thatsache, daß er in den letzten Jahren ständig mit Argumenten operiert, die nur den Gegnern zu gute kommen. Wie will Schippel mit den schützöllnerischen Argumenten, die er vorgebracht hat, seine praktische Stellungnahme vereinbaren? Daß das nicht mit der Erklärung gehen ist: Jawohl, ich bin Gegner der Schutzölle, sondern daß die Gründe angegeben werden müssen, ist selbstverständlich. Nun, Schippel hat sich zunächst besonnen. Er hat mit einem gewissen Gleichmut, wie er ihn öfter an den Tag legt, zunächst erklärt, er wolle sich überlegen, ob er der Anordnung der Fraktion Folge geben wolle. Er hat ihr aber dann doch Folge gegeben, aber die Art, wie er ihr Folge gegeben hat, war keine Antwort auf die Frage, die ihm gestellt war. Er hat uns längere historische Auseinandersetzungen gegeben über die Entwicklung der Agrarfrage in den mitteleuropäischen Staaten, insbesondere Deutschland. Er hat alle möglichen Genossen aus der Gegenwart und Vergangenheit citirt (Jura Webel: Falsch citirt!), die sich einmal zu den Schutzöllnern erklärt haben. Aber das wollten wir gar nicht wissen. Seine Stellung sollte er angeben, den unvereinbaren Widerspruch zwischen seinen Handlungen und seiner Schreiberlei und Rederei sollte er lösen. Wir konnten das nicht, und eine Auflösung mußte erfolgen im Interesse der Partei und der Parteigenossen, denen im Lande bei allen möglichen Gelegenheiten dieser große Rationalökonom Schippel als ein Anknüpfen zwischen die Beine geworden ist. (Sehr richtig!) Das, was wir wissen wollten, hat Schippel nicht gesagt, bis heute noch nicht. Alle möglichen interessanten Ausführungen, die richtig oder unrichtig sein mögen, sind in diesen Artikeln zu finden. Dann kommt plötzlich die Erklärung: es ist mir nicht im Traum eingefallen, Agrarzöllner zu sein. Die Leute, die das Gegenteil aus seinen Artikeln herausgelesen haben, werden verhöhnt; und das sind die ganze Partei und seine besten Freunde. (Sehr richtig!) Wie man dies psychologische Rätsel lösen soll, weiß ich nicht. Ich bin doch nicht dazu berufen, mich in so sonderbar beschriebene Seelenzustände zu verlegen. (Sehr gut!) Wenn ich nach der Ansicht anderer Leute urteilen möchte, würde ich glauben, der Mann ist ein wenig innerlich Schutzöllner geworden, aber es ist ihm höchst peinlich, sich den Zweifelpakt einzugehen, in den er dadurch geraten ist. Deshalb sagt er sich a u s z u r e d e n und überläßt dann natürlich diejenigen, die seine Widersprüche festzuhalten, mit allerlei Schmeicheleien. Auf die sachliche Frage gehe ich nicht ein, sondern erkläre mir für meine Person: die Fraktion hat darüber naturgemäß noch nicht beraten. Nach meiner Empfindung hat Schippel die Frage, vor die er gestellt worden ist, noch nicht beantwortet. Diese Antwort ist er uns vollkommen schuldig geblieben in 47 Spalten. (Sehr gut!)

Was er gethan hat, ist, daß er die Fraktion verhöhnt hat. (Lebhafte Zustimmung.) In der letzten Nummer des „Neuen Montagblattes“ ist ein Artikel enthalten, in dem mit meisterhaften Geschick die Frage auf den Kopf gestellt wird. Es wird da so gethan, als ob der Beschluß der Fraktion einen Eingriff in die Meinungsfreiheit enthielte. Es wird gesagt: „Giebt es ein Gebiet, wo die Meinungsfreiheit nicht mehr gelten soll?“ Die Frage stellen, heißt sie schon beantworten. Gewiß, wenn die Frage so stünde, würden wir ebenfalls sagen: Nein, ein solches Gebiet giebt es nicht. (Webel: Sehr richtig!)

Aber Parteigenosse Bernstein selbst macht in einem Artikel schließlich eine Reueherung, in der er vielleicht ohne Absicht sagt, worum es sich handelt. Er führt aus, daß die Partei freies Meinungsäußerung nötig habe und von jedem Genossen den größten Mut der eigenen Meinung verlangen müsse, der gestärkt werden müsse, wo er bedroht sei. Ganz richtig, Genosse Bernstein! Gerade, weil wir als Fraktion von Schippel wie von jedem andern Genossen den Mut der eigenen Meinung verlangen müssen, deshalb haben wir ihn aufgefordert, endlich einmal seine eigene Meinung klar und unzweideutig zu erklären. (Lebhafte Zustimmung.)

Das ist also gerade das Gegenteil von Beschänkung der Meinungsfreiheit. Das ist Gehörshilfe der Meinungsfreiheit (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit) gegenüber einem Genossen, bei dem die Meinungsfreiheit zum Durchbruch kommen will. Das ist ein Kofferhieb. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.)

Nun zu andern Fragen. Antrag 42 fordert die Fraktion auf, in Zukunft alle kolonialen Forderungen abzulehnen. Der Antrag hat seinen Ursprung in dem Wilsfalle, das die Haltung der Fraktion in der Hererosache erweckt hat. Wir haben uns damals zunächst der Stimme enthalten. In den Zeitungsberichten über die Rede, die Webel damals hielt, ist der Hauptgrund, der uns betrug, nämlich die Rücksicht auf die in ihrem Leben bedrohten Kaffriehler, unglücklicherweise weggelassen. Das war unser wichtigster Grund, nicht etwa, daß wir den Maßnahmen gegen die Hereros an sich zugestimmt hätten. Der schriftliche Bericht enthält ja schon das Richtige. Ein Teil der Genossen hat sich ja geäußert, als ob die Regier das Recht halten, die Weihen zu massacrieren. Das können wir nicht billigen. Gegenüber den Anstiehlern müssen wir den Grundtag vertreten: Gleiches Recht für alle. Es ist nicht richtig, daß alle Anstiebler die Regier unterdrücken. Es sind ja doch auch Arbeiter, die auf den Farmen und in den Werkstätten thätig sind; es sind Frauen und Kinder da, von denen viele in Lebensgefahr waren. Wir Socialdemokraten sind selbstverständlich Gegner einer außerirdischen Kolonialpolitik; aber nachdem das Deutsche Reich einmal diese Gebiete in Besitz genommen hat, hat es auch gewisse Pflichten übernommen, und zu diesen Pflichten gehört der Schutz des Lebens. Die Regierung hatte die Pflicht, das Leben der Anstiebler zu retten, deshalb haben wir, als die Regierung die Mittel dazu verlangte, nicht mit Nein gestimmt, sondern uns der Stimme enthalten. Dafür haben wir nicht gestimmt, weil im Voraus zu sehen war, daß die Expedition sich nicht auf den Schutz des Lebens der Anstiebler beschränken würde.

Unser Verhalten ist nicht ohne Präcedenzfall. Im Jahre 1870, bei den Forderungen für den Krieg, haben sich unsere Vertreter ebenfalls der Stimme enthalten, desgleichen beim Dynamitgesetz. Einen principielle Verstoß kann man also in der Stimmhaltung nicht erblicken. In der allgemeinen Abneigung gegen koloniale Unternehmungen innerhalb der kapitalistischen Vercia sind wir uns alle einig. Aber trotzdem kann es Situationen geben, wo wir genötigt sind, positiv bessernd in die Kolonialpolitik einzugreifen. Man darf sich nicht auf den Standpunkt stellen: die Sache geht uns gar nichts an; denn sonst können wir nicht die Aufgabe erfüllen, schützend unsere Hand über die in den Kolonien Unterdrückten und Ausgebeuteten zu halten. Ein Vergleich mit den Chinawirren wäre ganz haltlos, denn da handelt es sich um deutsche Soldaten. Einmal handelte sich um das ostasiatische Expeditionskorps, eine Einrichtung, die wir aus heftigste belämpft haben; aber trotzdem wir schließlich alles ablehnten, haben wir doch den Antrag des Centrums, an den Forderungen für Lazarette Abstriche zu machen, durch den Mund von Singer beläpft lassen, und mit Hilfe der Socialdemokratie wurde der Antrag so fröhlich gebracht; es war also ein Eintreten für koloniale Zwecke, die wir aus Humanitätsgründen bewilligten. Wir sagten uns, wenn unsere Soldaten dorthin gehen, müssen wir auch für sie sorgen. Wäre damals Antrag 42 schon angenommen gewesen, so hätten wir nicht so handeln dürfen. Ferner werden Sie aus den Reichstags-Verhandlungen wissen, daß wir den Schutz der Regier in Togo in die Hand genommen und die Wiedererstattung an sie gefordert hatten. Ich habe damals im Namen der Fraktion erklärt, daß wir bereit seien, Gelder zu bewilligen, um aus Reichsmitteln das Land kostenfrei wieder zur Verfügung zu stellen. Eine solche Haltung wäre unmöglich, wenn der Antrag Offen angenommen würde. Er würde die Fraktion binden in einer wichtigen Frage und sie verhindern, ihre Pflicht den zehn Millionen Regern und den weissen Anstieblern gegenüber zu erfüllen. Damit fordern wir nicht das Kolonialwesen, das ist in keiner Hinsicht die Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik.

Nun zu einigen andern Punkten. Ich bedauere, daß der Antrag 48 hier nicht unterstützt worden ist, weil ich ihn nicht mehr belämpfen kann. Manche Anträge sollte man unterstützen, nur damit sie zur Debatte kommen. Wenn vollends ein Provinzial-Parteiing einen Antrag stellt, muß man auch dafür sorgen, daß er zur Verhandlung kommt. Glücklicherweise kann diese Frage trotzdem hier besprochen werden, da Köstlin eine Rede gehalten hat, auf die ich eingehen muß. Köstlin hat die Haltung der Fraktion dem Geseyentwurf über die Kaufmannsgerichte gegenüber kritisiert. Die Fraktion hatte mit großer Mehrheit beschlossen, den Geseyentwurf abzulehnen. Leider hatte Köstlin die Gründe für unsere Haltung nicht mit angeführt. Wir stimmten gegen das Gesey, einmal, weil den Frauen das Stimmrecht verweigert wurde, das bedeutet für die weiblichen Angestellten im Kaufmannsstande einen schweren Schlag. Selbst einige Liberale hatten deshalb gegen den Entwurf gestimmt. Wir hatten keine Veranlassung, den Umfall der bürgerlichen Parteien mitzumachen. Der zweite Grund, gegen das Gesey zu stimmen, bestand in der Verletzung des Wahlrechts für männliche Angestellte des Kaufmannsstandes, eine Maßnahme, die das Gesey für einzelne Orte überhaupt unannehmbar gemacht hätte. Hätten wir dafür gestimmt, so wäre das eine Blamage für die Partei gewesen. (Sehr wahr!) Wir sind der Überzeugung, daß wir uns hier genau so auf dem richtigen Weg befinden, wie bei unserer ablehnenden Stellung gegenüber dem Gesey über die Entschädigung unschuldig Verhafteter. Wir können uns nicht so schematisch an die Vorschriften binden, jedes Gesey anzunehmen, das einen kleinen socialpolitischen Fortschritt enthält. Es kann einen größeren Nachteil enthalten oder durch Gewährung eines kleinen Vorteils die Erbringung eines größeren in nächster Zeit verhindern. Wir müssen immer nach der Situation entscheiden, sonst wird die Fraktion eine Jagemaschine für alle socialpolitischen Reformvorschläge. (Sehr richtig!)

Briefkasten der Redaktion.

G. D. N. 58. Vielen Dank für die Zusendung des Artikels. Wir können jedoch nicht auf alles antworten, was man über uns schreibt.

Zurückföhrer Teil.

Die zweiteilige Zurechnung findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geköhrer: 7 Uhr.

G. D. N. 74. 1. Sie können selbst füllen u. s. 2. und 3. Nein. 4. Keine. — B. 281. 1. Nein. 2. Nein. 3. Sie müssen erscheinen, Widerspruch einlegen und darlegen, daß und wann Sie den Eid früher geleistet haben.

G. D. N. 100. Wenn der Zul. 1. Ihres Vertrages dem nicht entgegensteht: ja. — B. 100. Sie können zum 1. October gehen und darauf sagen, daß Ihr Recht anerkannt wird. — B. N. 107. Sie sind für die Meie der gesamten Zeit haltbar. — B. 2. 16. In der Wilsesvertrag sind die dem Wert gegenüber der volle Reichthum gebunden. Wenn Sie den Betrag nachweisen, so können Sie auf Schadenersatz und Mißtraut gegen den betröglischen Verkäufer kagen. — G. D. 17. 1. Ja. 2. Nein.

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Lebedour (Fortsetzung aus der 1. Beilage):

Nun noch einige Worte über den allgemeinen Angriff gegen die Tätigkeit der Fraktion. So meint Timm in der „Neuen Zeit“, wir hätten uns in der Defensive befinden. Welche aggressive Aktionspläne wir in der Fraktion erörtert haben, brauche ich nicht zu erzählen, aber Timm irt sich in der Hauptsache. Er hält offenbar jede Kritik für defensiv, aber unsere Kritik ist keine defensive, sondern eine aggressive Aktion. Es liegt im Wesen einer Opposition, daß sie aggressiv ist; aber eine Opposition, die in der Minderheit ist, kann sich im Reichstage nicht den Kampfplatz wählen. Die Regierung und die Mehrheitsparteien bestimmen ihn. Unsere Aufgabe ist, bei allen Gelegenheiten zu zeigen, wie schlecht in Deutschland regiert wird, welche Mißbräuche bestehen. Wir folgen dem alten politischen Grundsatz, der schon in der englischen Revolution aufgestellt worden ist, Leichwerden abzujellen. Timm führt auch ein Beispiel an, er meint, wir hätten anlässlich der lex Steugel eine Steuerreform beantragen müssen. Timm macht sich eine ganz falsche Vorstellung, wenn er glaubt, daß man durch eine Steuerreform eine Volksbewegung entfesseln könne. Wir würden doch, bevor wir solche Reformen beantragen, erst dafür sorgen müssen, daß die Ausgaben für Militarismus, Marinismus und andre unproduktive Zwecke verschwinden, und erst dann würden wir sehen, wie die noch übrigbleibenden Ausgaben gedeckt werden können. Weiter weist uns Timm vor, daß wir kein Heimarbeiterschutz-Gesetz eingebracht haben. Den Wunsch, ein solches Gesetz einzubringen, haben wir alle; wir haben es auch versucht, aber der Entwurf befriedigte uns nicht. Dazu kommt der rein äußerliche Grund, daß wir überhaupt in der ganzen Session keinen Gesetzentwurf zur Erörterung bringen konnten. Das ist uns bereitet worden. Soweit es möglich ist, bringen wir Gesetzentwürfe ein; wir haben etwa 16 eingebracht und haben auch ein Heimarbeiterschutz-Gesetz beantragt. Daß unser Einfluß zurückgegangen ist, stimmt nicht. Diese Behauptung von Timm zeugt von einer Verleumdung der Situation. Der Einfluß der Partei beruht doch nicht auf dem Wohlwollen irgend eines Abgeordneten oder Ministers; darauf verzichten wir. Unser Einfluß beruht auch nicht auf den 78 Abgeordneten, sondern darauf, daß wir inländische Fühlung mit der großen Masse der Parteigenossen haben. Wir würden nichts freudiger begrüßen, als wenn diese Fühlung noch enger und dadurch der Einfluß der proletarischen Emancipationsbewegung verstärkt würde, so daß sie den Gegnern schließlich über den Kopf wächst.

Darauf arbeiten wir hin, das suchen wir mit unsren bescheidenen Kräften im Reichstage zu erreichen. Mögen wir hier und da scheitern, ja, ich glaube, es ist keiner unter uns, der sich nicht bei jeder Aktion sagt: eigentlich hätten wir es besser machen können. In dieser Selbstkritik liegt die Bürgschaft dafür, daß nun und nimmer die Zeit eintreten wird, die Timm schon jetzt gekommen glaubt, wo der Einfluß der Fraktion über der Partei schwebel. Wir wollen dafür sorgen, daß unser Einfluß stärker und stärker wird. Wenn aber die Fraktion sich löst, löst sich die Partei, wenn sie sich absondert von der Masse des kassenbewußten Proletariats, dann wird es ihr gehen wie dem Niesen Antäus, der macht- und kraftlos wird, wenn er von dem Mutterboden losgelöst ist, und ich hoffe, daß auch unsere Partei das heimliche Wort trifft, das er im Anschluß an die Sage von dem Niesen Antäus sagt:

„Der Niese hat wieder die Mutter berührt, Und es wachsen ihm wieder die Kräfte.“ (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution Bebel, den Fall Schippel betreffend, wird genehmigt unterführt, steht also mit zur Debatte.

Die Diskussion wird eröffnet.

Dr. Winkels-Marburg: So formgewandt und durchdracht das Referat Lebedours war, in einer Beziehung hat er mich und andre nicht überzeugen können, ich meine die Haltung der Fraktion in der Herero-Frage. Gewiß war das eine schwierige Lage. Wir hatten keine sicheren Nachrichten, denn in den Kolonien haben wir noch keine Vertrauensleute. (Heiterkeit.) Die Hereros, das stand fest, waren zur Revolution geradezu aufgeweicht worden und kämpften für ihr Land, von dem sie die Kapitalisten depossidiert hatten. Das mußte ihnen schon gewisse Sympathien bei uns sichern. Wir teilen den Standpunkt nicht, daß es sich darum gehandelt habe, Menschenleben zu retten. Wie will man Menschenleben retten, indem man Menschenleben preisgibt und Tausende von Soldaten in den Tod schickt? Mit dem Antrage 42 bin ich allerdings nicht einverstanden. Die Enthaltung kann ja verschiedene Bedeutungen: Zustimmung oder Ablehnung. Der Hinweis auf das Verhalten untrer Fraktion im Jahre 1870 hinsichtlich der Kriegserforderungen paßt meines Erachtens nicht. Es handelt sich bei den kolonialen Forderungen um eine Politik, die wir bisher stets belämpft haben. Wenn wir uns da plötzlich der Stimme enthalten, macht das den Eindruck des Schwankens. Bebel hat in einer großen Reichstagsrede erklärt: die Sozialdemokraten würden das Kaiserland mit verteiligen, wenn es angegriffen würde; wir würden keinen Feind Landes preisgeben. Ein organisierter Genosse schrieb mir damals, Bebel sei wohl nationalisch geworden. (Heiterkeit.) Ich erwiderte ihm: „Das glaube ich nicht. Bebel sei eine wunderbare Stradivarigitarie, nur manchmal lege der Bogen falsch an, und dann komme ein Ton heraus, der um einen Ton zu hoch sei.“ (Heiterkeit.) Ich bin allerdings der Meinung, daß der Satz, wir würden jeden Feind des Reiches verteidigen, dem Parteiprogramm widerspricht. (Bebel: Na, na!) Ich meine den Satz unseres Programms über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Denken Sie sich den Fall, die Katalanen trieben die polnische Bevölkerung zum Aufstand; müßte dann nicht unsere Sympathie auf seiten der Polen stehen?

Vors. Oberst stellt zu dem folgenden Antrage Jakobson die Unterstufungsfrage:

„Der Parteitag wolle beschließen, der Reichstagsfraktion dringend zu empfehlen, einen Gesetzentwurf dem Reichstage alljährlich zu unterbreiten, der das Recht auf Arbeit fordert.“

Der Antrag wird nicht unterführt.

Hoch-Ganau bedauert, daß die Fraktion die Beratung der von ihr gestellten sozialpolitischen Resolutionen im Reichstage nicht erreicht hat, und erwartet, daß sie in Zukunft auf eine Beratung dringen wird.

Weiter bedauert er, daß die Fraktion das an sie herangetretene Ersuchen abgelehnt hat, die Vorfälle beim Leipziger Kerzestreit zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Zur Kerzestrage selbst braucht dabei ja gar nicht Stellung genommen zu werden, es handelt sich nur darum, gegen die unerhörten Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Klassen zu protestieren.

Kollwagen-Augsburg begründet den Antrag 44.

„Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages wird beauftragt, die Reichsregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher der schon seit 30 Jahren bestehenden Civische den logischen Abschluß des Civibegründnisses folgen läßt. Die Befreiung dieser Klasse liegt im Interesse des kulturellen Fortschritts.“

Der Schuß der Gewissensfreiheit ist neben den politischen und gesellschaftlichen Kämpfen eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Gewissensfreiheit ist in verschiedenen Stadien des Lebens bedroht, so auch beim Ableben eines Menschen. Der Staat überläßt das Begräbnis seiner Bürger der Kirche und den Hinterbliebenen. Wir wollen nicht einen Kampf mit der Kirche mit unsren Anträgen provozieren, sondern wollen nur, daß der Staat wie bei

der Ehe auch beim Begräbnis die Gewissensfreiheit seiner Angehörigen schült. Es giebt Momente, wo die Kirche, namentlich die katholische, überhaupt verlagert, ein Begräbnis zu geben. Hier muß der Staat unter allen Umständen eingreifen. Es muß die Brutalität beseitigt werden, daß z. B. Selbstmördern kein ehliches Begräbnis gewährt wird. Wir sind überzeugt, daß wir mit der Propagierung des Civibegründnisses in weiten Kreisen der Arbeiterchaft und auch der Bürgerchaft Anklang finden würden.

Lipinski-Leipzig: Dem Genossen Hoch erwidere ich, daß die Fraktion in der Krankenlassen-Angelegenheit nicht untätig gewesen ist. Sie hat eine Kommission gewählt, der auch Krüsdorf angehört, und dieser hat vorgeschlagen, keine Schritte zu ergreifen. Die Fraktion hat sich dem Vorschlage angeschlossen. Der Vorwurf von Krüsten, daß die Fraktion gegen die Kaufmannsgerichte gestimmt hat, ist unbegründet. Der Entwurf enthält neben andren reaktionären Bestimmungen auch solche über das Wahlrecht, denen wir unmöglich unsere Zustimmung geben konnten. Die größte Zahl der Handlungsgehilfen wäre vom Wahlrecht ausgeschlossen gewesen; deshalb setzte die Kommission die Altersgrenze herab und wollte den Frauen das Wahlrecht geben. Es kam dann aber ein Kompromiß zwischen den bürgerlichen Parteien zu stande, das die Kommissionsbeschlüsse wesentlich verschlechterte. Aus unsrer Ablehnung dieses Verschlechterungsgeleges kann uns kein Vorwurf gemacht werden. Die Fraktion konnte gar nicht anders handeln.

Düwcl-Essen: In erster Linie mißbilligen die Dortmunder Genossen die Haltung der Fraktion in der Herero-Frage. Die Fraktion hat sich die Konsequenzen ihrer Haltung nicht klar gemacht. Mit denselben Argumente könnte man sagen, die Franzosen haben ein neues Gesetz eingeführt, infolgedessen müssen die Sozialdemokraten auch für Deutschland neue Kanonen bewilligen zum Schutze der Deutschen. Auf diesen Humanitätsstandpunkt darf man sich nicht stellen. Mit demselben Argumente kann man auch sagen, die und die Industrie ist in Gefahr, wir müssen sie schützen. So kommen wir zu den berühmten Erziehungsstellen. In Wirklichkeit sind diese Pöle, speziell der Robeizoll, keine Erziehungsstellen, sondern Vereicherungsstellen für die Großindustrie zum Schaden der Verarbeitungsbetriebe. Diese Politik der Regierung hat unsere gesamte Volkswirtschaft schwer geschädigt. Wenn Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs vorgelegt werden sollten, würde es sich eventuell wieder empfehlen, Obstruktion dagegen zu treiben. Wir würden es für richtig halten, die theoretischen Diskussionen über die Handelspolitik endlich einzustellen und die Agitation der Partei auf praktisches Handeln zu konzentrieren, nämlich auf eine kräftige Obstruktion gegen die Handelsverträge.

Körken-Berlin: Ich muß einiges auf die Ausführungen Lebedours zu dem Antrag aus Pommern erwidern. Es ist nicht Effekthascherei oder Lust zum Körgeln, die mich zu meiner Rede bestimmt hat, sondern ich empfinden längst das Bedürfnis, zu dieser Frage einmal offen meine Meinung zu sagen. Ich bin überzeugt, daß in Bezug auf die Abstimmung bei den Kaufmannsgerichten so manche Genossen mit mir übereinstimmen, wenn man auch nicht den Mut hat, das hier zum Ausdruck zu bringen. (Lurche.) Durch diese Abstimmung wird uns die Agitation in den einzelnen Landesstellen lauchbar erschwert (Sehr richtig!), besonders auch in Pommern. Es besteht allerdings ein Unterschied zwischen Berlin VI, Leipzig und Hinterpommern, und weil unsere Wähler andre sind als die Wähler in den Industriebezirken, verdienen wir unsren Antrag. Sie sollten einmal unsere Wähler kennen lernen, wenn sie antreten mit sämtlichen Orden und Ehrenzeichen, um alsdann sozialdemokratisch zu wählen. Ich habe es selbst erlebt, daß ein Polkist in das Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmt. (Heiterkeit.) In Pommern hat man in den letzten Wahlen mit kaum etwas andrem agitiert als damit, daß die Sozialdemokratie unschuldig sei an der sozialen Gesetzgebung. Allerdings glauben ja unsere Leute den Gegnern nicht. (Abolf Hoffmann: Na also!) Aber auf der andern Seite stehen die Dinge so, daß die Gegner stets darauf bedacht sind, uns den Boden abzugraben. (Zuruf: Selbstverständlich!) Wir haben aber vielfach gar keine Gelegenheit, die Wähler aufzuklären, weil wir keine Lokale haben. Sollen wir auf die andern Wähler verzichten? Wir müssen sie doch erst allmählich zur Sozialdemokratie erziehen. Wenn wir mit dem Reichstagsantrag in Pommern agitieren wollten, dann wäre es aus mit den Erfolgen; wir müssen zu dieser mittleren Politik greifen, das hat uns die Stimmen gebracht. Man hat mir gesagt: Du darfst das nicht zur Sprache bringen. Ich halte diesen Standpunkt für prinzipiell falsch. Wir wäre es lieber, wenn die Partei für die soziale Gesetzgebung überhaupt stimmen würde. Die Fraktion kann ihren Standpunkt trotzdem mit aller Verbe zum Ausdruck bringen. Wir haben ja für verschiedene Gesetze gestimmt, die auch nicht unsere Wünsche erfüllen; ich erinnere an das Unfall- und Invaliden-Versicherungsgeles, vor allem an das Gewerbegerichts-Gesetz, das nicht einmal das erreicht, was bei den Kaufmannsgerichten durchgesetzt ist, wie die obligatorische Proportionalwahl, die Konkurrenzallauß usw. Nun wird behauptet, wir hätten gegen das Gesetz stimmen müssen, weil den Frauen nicht das Stimmrecht gewährt würde. Die Fraktion selbst aber hatte beschlossen, wenn auch das Frauenstimmrecht fele, doch für das Gesetz zu stimmen, wenn nur die Wahlrechtsgrenze nach unsren Wünschen festgesetzt wurde. Wir sind ja in der angenehmen Lage, daß das Gesetz angenommen ist, aber wie hätten wir dagestanden, wenn das Gesetz gefallen wäre? Wir hatten doch die Zustimmung der organisierten Handlungsgehilfen für dieses Separatgesetz für die Kaufleute auch, ohne für das Frauenstimmrecht zu stimmen. Lipinski hat heute durchaus nicht im Interesse und Sinn der Handlungsgehilfen gesprochen.

Bebel: Genosse Düwcl hat die Frage der Handelsverträge berührt. Keiner von uns ist in der Lage, erklären zu können, wie die Fraktion ihre Taktik bei der Handelsvertragsfrage einrichtet wird. (Sehr richtig!) Eine Obstruktionspolitik allerdings ist deshalb unmöglich, weil bei den Handelsverträgen keine Detailberatung stattfindet. Die Verträge können nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. (Sehr wahr!)

Nun zu den Ausführungen von Krüsten. Ich bedauere, daß mir nicht längere Zeit zur Verfügung steht, denn Krüsten hat hier gewisse Fragen die Prinzipienfrage aufgeworfen. Nach seiner Auffassung hätte die Partei und die Fraktion in ihrer ganzen parlamentarischen und agitatorischen Tätigkeit immer nur auf die rückständigen Wahlkreise Rücksicht zu nehmen. (Sehr gut!) Was da man für angemessen hält, das hätte die Grundlage für unsre Taktik zu sein. Wir haben bisher die gegenseitige Auffassung vertreten. Wir haben die Ansicht vertreten, daß wir die rückständigen Wähler zu erziehen haben (Sehr richtig!) und daß wir das einzig und allein von dem höheren Standpunkt des Princips aus können, und wir sind dabei gut gefahren, wie unsre Erfolge beweisen. Alle die Anklagen, die Krüsten vorgebracht hat, haben im letzten Wahlkampf eine entscheidende Rolle gespielt, und das Resultat war eine Steigerung unsrer Stimmen um fast 50 Prozent und eine entsprechende Steigerung unsrer Mandate. Wie man angesichts solcher Resultate eine rückständige, ich möchte fast sagen reaktionäre, Taktik vertreten kann, ist mir undegreiflich. Sollte das richtig sein, was Krüsten hier gesagt hat, dann wundert mich nur, daß er gewagt ist. (Sehr gut!) Wir wollen Krüsten die Freiheit, sich vor seinen Wählern zu verantworten, nicht nehmen. Er konnte sich auch wegen seiner Haltung in der Fraktion ein Vertrauensvotum von ihnen anstellen lassen. Was wir aber tabeln, ist, daß er es nicht verhindert hat, daß ein solcher Antrag angenommen wurde, der indirekt ein Zedelsvotum gegen die Mehrheit seiner Kollegen in sich schließt. (Zustimmung.) Wir sind alle — das wissen Sie ganz

genau, Kollege Krüsten, auch bei Ihrer kurzen parlamentarischen Tätigkeit — bald der eine, bald der andre in der Minderheit geblieben, und ich in meiner langjährigen parlamentarischen Praxis sehr oft. Wenn wir aber dann hingehen, unsern Wählern die Sache einseitig schildern und mit solchen Anträgen auf den Parteitag kommen, dann würde das ein schäbner Zustand in der Partei werden. Dagegen muß ich mich auf das allerentschiedenste verwahren.

Einige Worte über die Kritik von Timm. Ich freue mich immer über jede Kritik, die geübt wird, und ich freue mich besonders, daß diesmal auch dem Vorstände etwas am Zeuge gefügt wird. Wenn ich nicht Vorstandsmitglied wäre, hätte ich schon längst dem Vorstände ein ansgeiwisft. (Große Heiterkeit.) Also kritisiert, so viel Ihr wollt, aber die Kritik muß gerecht sein, und die Kritik von Timm war zum großen Teil nicht gerecht. Das beruht zum großen Teil darauf, daß Timm den parlamentarischen Mechanismus nicht genau kennt, was mich allerdings bei einem so alten Genossen sehr wundert. Wir haben in den ersten zehn Tagen dieser Session nicht weniger als 14 Initiativanträge eingebracht, darunter den großen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, den Antrag betr. den Achtsundentag, den Antrag betr. den Frauen-Arbeitsstag, den Antrag, die Gewerbe-Inspektion zur Reichs-sache zu machen usw., lauter sozialpolitische Anträge von großer Bedeutung. Wir haben dann später den Bauarbeiter-schutz-Entwurf, den die Maurer ausgearbeitet hatten, in der Fraktion beraten und eingebracht. Der Heimarbeiterschutz-gesetz-Entwurf wurde zu spät fertig, wir überwiefen ihn einer Kommission, aber der Beschluß der Kommission fand nicht die Zustimmung der Mehrheit der Fraktion, und es sollte abermals der Heimarbeiterschutz einer Beratung unterzogen werden. Aber mittlerweile wurde die Session vertagt. Das war jedoch vollständig gleichgültig, weil überhaupt keine Aussicht war, den Entwurf, selbst wenn wir ihn als ersten eingebracht hätten, zu verhandeln. Und wenn nun Timm sagt, die Nachstellung der Fraktion habe im Reichstage abgenommen, so frage ich: ja, wo findet man auch nur den geringsten Beweis dafür? Wir im Reichstage haben von unsrer größeren Schwäche trotz größerer Stärke nicht das mindeste zu spüren bekommen; wir haben das Gegenteil wahrgenommen, daß die Thatsache der drei Millionen Stimmen und der circa 80 Mandate auf unsrer Gegner außerordentlich anfeuert gewirkt hat. Das Centrum hat in seiner Session soviel Initiativanträge eingebracht wie diesmal. Und um uns nun erst recht den Rang abzumessen, hat es, als es ganz klar war, daß an die Beratung der Anträge überhaupt nicht mehr zu denken war, einen besonders schlaun Weg beschritten, seine sämtlichen Initiativanträge als Resolutionen zum Etat zu stellen. Wir fragten uns, ob auch wir diesen Weg betreten sollten. Es war ein illogischer Weg, aber alle übrigen Parteien betreten ihn, und da sagten auch wir uns, so sehr wir diesen Weg verurteilen, bleibt uns doch nichts andres übrig, als ebenso zu verfahren. Nun erlebten wir das wunderbare Schauspiel, 70 bis 80 Initiativanträge in Resolutionen umgewandelt zu sehen. Es war ein solcher Reichtum an Resolutionen, daß der Reichstag buchstäblich daran erstarrt ist, das heißt keine einzige konnte mehr zur Beratung kommen, um so weniger, als diesmal die Specialberatung des Etats einen Umfang annahm wie nie zuvor, so daß der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet wurde. Bis heute noch steht die Beratung dieser Resolutionen aus, und weil es eben infolge der ganz ungewöhnlich langen Etatsberatung nicht möglich war, auch nur eine zu beraten, machte Graf Balleskem den Vorschlag, die Resolutionen nach einzelnen Kapiteln zu teilen und nach Schluß des Etats zu beraten. Aber da stellte es sich heraus, daß durch die Beratung der Nachtrags-Etats für den Hereroanstand es unmöglich war, das durchzuführen. Wir haben im Seniorensenat alles Mögliche angeboten, die Resolutionen zur Beratung zu bringen, aber die Mehrheit war gegen uns. Ich habe schon in Dresden die Warnung ausgesprochen: Wartet Euch nicht ein, daß weil wir jetzt drei Millionen Stimmen und 80 Mandate haben, wir auch einmal im Reichstage herrschen können. Das ist Thorheit bei diesen förmlichen Wettrennen der Parteien um die Stimmen der Arbeiter. Denn das ist in den Resolutionen ausgedrückt, und das ist unsre Stärke, daß wir die Gegner dazu gezwungen haben. (Sehr richtig!) An eine praktische Verwirklichung dieser ganzen Initiativantrags-Wirtschaft, wie ich es einmal nennen will, ist nicht zu denken. Der Reichstag müßte mindestens zwei volle Sessionen zu je sechs Monaten daran wenden, um die Anträge zu erledigen. Das ist aber unmöglich, und so kommen wir auch auf parlamentarischen Gebiete in eine Situation, aus der wir nicht mehr herauskommen können. So liegen die Dinge. Deshalb rat ich Ihnen dringend, die parlamentarische Tätigkeit nicht zu überschätzen, wie ich mich auch dagegen erklären muß, daß man sie unterschätzt. Es konnte garnicht anders gehandelt werden, und wenn wir jetzt eine Kommission, wie sie Timm wünscht, niedersehen würden, die uns in einem Jahre 12 Gesetzentwürfe fertig machte, so würde das im Reichstage uns auch nicht einen Schritt weiter bringen.

Ich möchte nun erst auf einige Wortwürfe eingehen, die bis zu einem gewissen Grade mich persönlich betreffen. Man hat die Haltung der Fraktion bei der ersten Beratung der Herero-Kredite bemängelt, weil wir uns der Abstimmung enthalten. Hätte man die Motivierung, die ich damals namens der Fraktion abgab, mit in Erwägung gezogen, dann hätte zu diesen Bemängelungen kein Anlaß vorgelegen. (Sehr richtig!) Weiläufig bemerkt, war ein Teil der Fraktion gegen die Bewilligung. Man glaube nicht, daß es in der Fraktion immer so friedlich vergeht; wir geraten uns bei jeder Gelegenheit an die Köpfe (Heiterkeit), und das ist sehr gut. Wir hatten sehr scharfe Debatten. Schließlich hat sich die Mehrheit, glaube ich, für die Stimmenthaltung ausgesprochen. Warum? — Weil in der Periode, wo die Sache zur Verhandlung stand, wirklich erwiesene Thatsachen über die Ursachen des Aufstandes noch nicht vorlagen. In Volksversammlungen, wo ich keine Verantwortung habe, kann ich freilich auftreten und sagen: wir dürfen die Forderung unter keinen Umständen bewilligen. Aber als Volksvertreter habe ich zu prüfen, wie das vorhandene Material auf meine Entscheidung einzuwirken hat. Deshalb habe ich namens der Fraktion dem Sinne nach erklärt: Wir haben große Befürchtung, daß durch Eure Politik in Südwest-Afrika der Aufstand hervorgereizt wurde, aber wir haben in diesem Augenblick noch nicht diese Beweise, und weil wir andrerseits auch nicht glauben können, daß die Schuld nur auf der Gegenseite liegt, wie ihr es darstellt, enthalten wir uns vorläufig der Abstimmung, werden aber, falls unsre Befürchtung, daß durch Eure Politik der Aufstand verursacht war, sich rechtfertigt, gegen die Forderung stimmen. Das war eine Erklärung, wie sie korrekter nicht abgegeben werden konnte, und die Mut unsrer Gegner bewies, daß wir recht hatten. Als dann bei der dritten Lesung des Etats das Material vorlag, haben wir die Kredite abgelehnt. Noch ein Wort über meine Erklärung, daß wir im Falle eines Angriffskrieges unter keinen Umständen dulden würden, daß deutsches Land verloren geht. Ich habe mich gewundert, daß diese Erklärung innerhalb und außerhalb der Partei solches Aufsehen erregt hat. Das kommt daher, weil die meisten Menschen ein so kurzes Gedächtnis haben und weil es in der Partei eine Menge junger Leute giebt, die die Parteigeschichte nicht kennen. Die gleiche Erklärung habe ich vor 34 Jahren zum erstenmal im Reichstage abgegeben und im Jahre 1890 hat es zwischen Vollmar und mir sogar zu einer Auseinandersetzung im „Socialdemokrat“ geführt. Vollmar war damals anderer Ansicht, hat sich aber später bekehrt. In den achtziger und neunziger Jahren haben wir bei der Etatsberatung wiederholt dasselbe erklärt. Diese Erklärung steht keineswegs in Widerspruch zu unsrer Taktik, gegen den Militärstat zu stimmen, denn im Militärstat belämpfen wir das

System, das zur Verteidigung des Landes in Betracht kommt. Aber in dem Augenblick, wo wir die Ueberzeugung haben, daß ein Angriffskrieg zwecks Eroberung deutschen Landes vorliegt, haben auch wir uns stets zur Verteidigung des Landes bereit erklärt. (Sehr richtig!) Hätten wir 1870 die Ueberzeugung gehabt, die sich ja nachher bewahrheitet hat, daß Bismarck durch eine raffiniert geschickte Politik die Karten so gemischt hatte, daß Napoleon gezwungen war, den Krieg zu erklären in dem Moment, den Bismarck wollte, dann hätten wir uns damals nicht der Abstimmung enthalten, sondern gegen die Kredite gestimmt. Wir haben uns auch in dieser Frage stets korrekt verhalten. Sie können versichert sein, daß die Fraktion am allerwenigsten bei wichtigen Fragen so Holterdiepolder-Beschlüsse faßt, sondern daß wir stets eingehend beraten und entsprechend dem Beschluß der Mehrheit handeln. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen antwortet auf die Beschwerde Hochs. Darüber waren wir uns einig, daß wir, wenn irgend möglich, den gemeinsamen Eingriff von Ärzten und Verwaltung in das Recht der Krankenkassen gebührend kennzeichnen müßten. Eine Interpellation wäre also im damaligen Augenblick ergebnislos gewesen, man hätte uns gesagt, das Verwaltungsrecht-Verfahren ist ja auf Grund des § 45 möglich, wartet doch erst einmal den ordentlichen Instanzenweg ab. Wüßten wir das Verhalten der Ärzte zweifellos von den bürgerlichen Parteien so verteidigt worden, daß die Behörden nur zu weiteren Eingriffen ermuntert worden wären. Wir stehen ja nicht vor einzelnen Vorkommnissen, sondern vor einem systematischen Vorgehen gegen die Krankenkassen, und diesem Vorgehen müssen wir allgemein gründlich entgegenzutreten. Das haben wir verschoben. Also in der Sache differieren wir mit Hoch nicht. Die ganze Socialgesetzgebung soll immer mehr zu einem Städte-Verwaltungswesen werden. In dieser Beziehung stehen wir vor schweren Kämpfen. Korsten irrt sich, wenn er meint, daß irgend etwas für die Arbeiter gefehlen wäre, was nicht die Socialdemokratie angeregt hätte. Wenn wir aber jeder scheinbaren Reform zustimmen würden, würden wir das Schicksal der Nationalliberalen teilen. Ich würde meine Wähler außerordentlich gering schätzen, wenn sie mir Vorschläge machten, weil ich ein Gesetz abgelehnt habe, dem ich nach meinen Grundsätzen nicht zustimmen konnte. Es ist gesagt worden, die Erwartungen, die man auf die Fraktion gelegt habe, seien nicht erfüllt worden. Das kann nur daran liegen, daß diese Erwartungen unberechtigt waren. Bedenken Sie immer, daß es im Wesen des Klassenkampfes liegt, daß je größer unsere Partei wird, um so energischer auch der Widerstand gegen uns wird. Können Sie doch nicht zu sehr auf die äußeren Erfolge, die man den Wählern gegenüber ins Feld führen kann; lieber weniger Wähler, aber mehr Socialdemokraten, und nicht die geringsten KonzeSSIONen geringwertigen Wählern gegenüber. (Beifall.)

Lipinski-Weipzig: Können hat die Prinzipienfrage aufgetaucht, ob wir für jedes sociale Gesetz stimmen sollen, ganz gleichgültig ob wir den Nutzen hoch oder niedrig bewerten. Das ist eine Politik nach außen, eine Effekthascherei, deren wir uns nicht schuldig machen würden. Stimmen wir für schlechte, in der Praxis nicht durchführbare Gesetze, so tragen wir in Rücksicht mit der Regierung die Verantwortung. Der Standpunkt Korstens ist ganz derselbe, der die Nationalliberalen veranlaßt hat, für das Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte zu stimmen. (Zustimmung.)

Krausmann-Ken-Kappin: Ueber die ländlichen Arbeiter ist noch kein Wort gesprochen worden. Ich empfehle Ihnen als Vertreter eines ländlichen Kreises den Antrag 43 (Nieder-Barnim). Das Elend der Landarbeiter ist unbefreiend; es bestehen geradezu russische Zustände. Bei uns herrschen die Armut und die Eulenburgs. Sieht man ihre Schicksale, so meint man, im Dorado zu sein. Einige Stunden weiter aber trifft man jämmerliche Arbeiterbedingungen. Die Hüften der Steinklopper würden besseren Schutz gegen Witterungs- und Kälte als diese Löcher. Und wie sind die Löhne? Die männlichen Arbeiter verdienen bei 12—13stündiger Arbeitszeit 80 Pf. bis 1,25 M., die Frauen 60—80 Pf. Arbeiterinnen, die morgens um 2 Uhr aufstehen und um 12 Uhr zum Meilen gehen, eine Arbeit, die bis 1/2 Uhr dauert, erhalten dafür 25—30 Pf. (Hört! hört!) Sie sehen, in welchem Elend die Bevölkerung lebt. Und wie sieht es erst mit den Kindern aus! Die Schulen auf dem Lande sind so schlecht, daß wir uns nicht zu wundern brauchen, wenn wir bei den Landarbeitern noch kein Gesch. finden. Kinder von 9—10 Jahren erhalten im Sommer so gut wie gar keinen Schulunterricht, denn nur von 6—8 Uhr ist Schule, dann geht es an die Feldarbeit. Aus eigener Kraft kann sich die Landarbeiterschaft nicht befreien, fehlt ihr doch sogar das Kontraktrecht, und jetzt sucht die preussische Regierung durch das Kontraktgesetz neue Fesseln für sie zu schmieden. Da sollte sich die Fraktion dieser unterdrückten Arbeiterklasse besonders annehmen. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion über diesen Antrag.

In seinem Schlusswort hebt

Lebener hervor, daß die Angriffe gegen die Reichstagsfraktion zum größten Teil durch Fraktionskollegen in der Diskussion zurückgewiesen worden seien. Nur wenige Worte gegenüber Korsten sind notwendig. Wenn wir uns die Politik zu eigen machen wollen, die er uns empfiehlt, dann würden wir aufhören, eine Oppositionspartei zu sein. (Lebhafter Zustimmung.) Von einer revolutionären Partei wäre schon gar keine Rede, wir wären nichts als eine Posaadon'sche Partei, die dazu da wäre, die socialdemokratischen Sentimentalitäten durchzudrücken, die die Regierung zu gewähren die Gnade hat. (Sehr richtig!) Eine weitere Folge dieser Taktik der Rücksicht auf rückständige hinterkommene Wahlweise wäre, daß wir bald die Reformpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien einschlagen würden. (Sehr richtig!) Wie sind sie denn in unsere officielle Socialpolitik hineingeraten? Doch nur aus Angst vor dem kempfenenden Proletariat. (Sehr richtig!) Sie bringen uns doch keine Geschenke aus gutem Willen entgegen. Was sie geben, geben sie nur aus Angst. Es ist erkauflich, daß man einen Genossen daran erinnern soll, daß alle Reformpolitiker in der Putsch vor der revolutionären Kraft und dem Willen der socialdemokratischen Partei ihren Ursprung haben. Mit einer solchen Politik des Entgegenkommens gegen die bürgerlichen Parteien und die Regierung, wie Korsten sie empfiehlt, würde das, was er will, der socialdemokratische Fortschritt, geradezu vereitelt werden. Soweit ich die Partei kenne, ist keine Aussicht vorhanden, daß sie je auf solche hinterkommene Politik herunterkommen wird. (Heiterkeit und Beifall.)

In der Abstimmung wird der Antrag 43 angenommen, die Anträge 44 und 47 abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Anträge

12. Berlin IV und Essen:

Der Parteitag möge Stellung nehmen zu dem Verhalten Schippels in Zoll- und Handelsfragen und event. dessen Ausschluss aus der Partei herbeiführen.

13. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises:

Der Parteitag möge die Haltung des Genossen Schippel in der Schulzoll- und Agrarfrage einer Prüfung unterziehen. Sollte sich dabei ergeben, daß Schippel mit den Anschauungen der Partei nicht mehr übereinstimmt, so ist derselbe aufzufordern, sein Mandat niederzulegen und der Resolution Bebel.

Zu dieser liegt folgendes von Freyhafner-Berlin und 31 Genossen gestellte Amendement vor:

Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Verrückung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedingt bedarf, gegenüber dem Genossen Schippel auf's tiefste erschüttert ist und daß, wenn Schippel fortfährt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen.

Demnach liegt folgende Resolution vor, die von Fritz Paepow-Hamburg und 25 Genossen gestellt ist:

Der Parteitag mißbilligt die Stellungnahme des Genossen Schippel zu den zollpolitischen Fragen und spricht ihm einen

Tadel dafür aus, daß er durch handelspolitische Vorkräge und Artikel den Sägen erweckt hat, als hätten die Agrarier ein Recht auf Lebensmittelschle.

Zentisch-Berlin IV: Ich werde den Antrag meines Kreises begründen. Schippel muß unbedingt erfahren, wie die Masse der Genossen über sein Verhalten denkt. Darüber scheint er sich nämlich in einem großen Irrtum zu befinden.

Nur noch eine Berichtigung: Der Vorstand hat bei der Zusammenstellung der Anträge unsern Antrag mit dem Antrag Essen zusammengeschoben; er unterscheidet sich von diesem aber etwas und lautet wörtlich: Der Parteitag wolle zum Fall Schippel und seiner Haltung in der Zoll- und Handelspolitik Stellung nehmen. Ueber die Taktik denken wir folgendermaßen: Tausend wichtige Fragen für die Partei, wie bei der Zoll- und Handelspolitik, auf, dann haben alle Federn und alle Zungen zu sprechen, da soll das Für und Wider erwogen werden, da herrscht voller Individualismus. Hier kommt Vernunft zu seiner Rechnung, unbefristete Rede- und Preßfreiheit ist vorhanden. Anders ist es, wenn die Partei Stellung genommen und sich festgelegt hat, dann gilt die Entscheidung unbedingt für alle. Vor der Entscheidung volle Freiheit, wenn aber einmal die Marschroute vorgezeichnet ist, muß jeder Genosse soviel demokratisches Gefühl haben, sich nach ihr zu richten. Ich erinnere an die Frage der preussischen Landtagswahlen. Als die Partei in den vier Jahren zunächst nur bedingte Beteiligung an diesen Wahlen beschloß, beteiligten sich die Berliner Genossen nicht. Sobald aber der Parteitag gegen den Willen der Berliner unbefristete Beteiligung beschloß, haben die Berliner mit voller Energie den Parteitagsschluß zur Geltung gebracht. Eine der bedeutendsten Fragen, die uns in den letzten Jahren beschäftigt haben, war die Zollfrage. Auch zu dieser Frage hat die Partei nach eingehender Prüfung Stellung genommen und über ihre Taktik Beschluß gefaßt. Der Beschluß fand im Lande überall freudige Zustimmung, die Fraktion fand im ganzen Lande Unterstützung. Nach meiner Meinung war der Beschluß der Fraktion bindend. Trotzdem fand es Schippel für nötig, die Frage von neuem aufzurollen; dazu hatte er gar kein Recht. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Schypflin-Weipzig: Nach meiner Ansicht ist die Resolution Bebel's nur annehmbar, wenn auch das dazu gestellte Amendement angenommen wird. Ohne dieses Amendement würde ich nicht dafür stimmen können; denn dann wäre es einfach eine Resolution, wie viele andre auch, die nichts befragt, wenigstens nichts, was dem Fall Schippel entspräche. Es wäre weder eine ordentliche Beurteilung noch sonst etwas, und dann wäre es schon besser, man hätte die Frage gar nicht angefaßt. Doch wir endlich einmal ein ernstes Wort mit dem Kollegen Schippel sprechen müssen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Es geht nicht so weiter, daß der Genosse Schippel in der Art, wie er es macht, die Partei in Atem hält und die ganzen Federn beschäftigt. Wenn man drängen agitieren und sich besonders in ländlichen Bezirken abgeben muß, so ist es stets Schippel, der einem die Arbeit erschwert. Wären im vorigen Jahre unser Gegner etwas fleißiger und mitunter geschickter gewesen, so hätten auf dem Lande Schippel's Aeußerungen noch viel schlimmer ausgebeutet werden können, als es geschehen ist. Was für mich vor allem in Frage kommt, ist, daß Schippel niemals zu seinen Worten steht. Wie oft haben wir es jetzt schon angesehen, daß, wenn man an Schippel die Frage richtet: wie steht Du nun eigentlich? er dann mit allerlei interessanten und uninteressanten Redensarten sich aus der Affaire zu ziehen sucht. Ein solcher Mann gehört einfach nicht mehr an die Stelle, an der er steht. Es kann jeder einmal eine Meinung vertreten, die meinetwegen mit den Traditionen der Partei vollkommen in Widerspruch steht, aber wir verlangen, daß er dann wenigstens zu seinen Worten steht und nicht nachträglich immer derjenige ist, der es nicht gewesen sein will. Im letzten Falle war es ja einfach traurig, wie Schypflin versuchte, zunächst den Bericht für unwahr zu erklären, wie er schließlich die Mächtigsten zugehen mußte und sich herauszureden suchte, wie er zu einer Antwort gezwungen wurde, und dann 17 Spalten mit Ausführungen füllte, aus denen die meisten Leser gar nicht Ang wurden. Das kann nicht weiter geduldet werden. Das spricht das Amendement klar aus. Ob Schippel dann die Konsequenzen zieht, ist seine Sache. Aber die Ueberzeugung habe ich, er ist dann erledigt. Ueber Schippel sich von seinen Wählern das Vertrauensvotum ausstellen ließ, hätte er wenigstens einmal die Haupteinwände, die gegen ihn erhoben worden waren, in unserm Chemnitzer Organ zum Ausdruck bringen sollen, so aber hatten die Chemnitzer von allen diesen Einwendungen gar nichts gehört. (Hört, hört!) Sie hatten nur die 47 Spalten Schippel's vor sich. Dann kam dann die alte Liebe und Verehrung Schippel's, denn Schippel ist persönlich ein sehr liebenswürdiger Mann, und so haben sie ihm das Vertrauensvotum ausgeteilt. Dann erst ist langsam der Abdruck der Einwendungen losgegangen. Es thut mir außerordentlich leid, aber ich habe Schippel im Verbaute, daß er diesen Gedanken selbst hatte, aber sich hütete, ihn auszuführen, weil er ein Vertrauensvotum wollte, um dann erklären zu können, die Sache wird ausgehen, wie das Homburger Schicksal. Gegen ein solches Verhalten verfahren wir uns, vor allem haben wir es seit, immer und immer wieder uns mit einem Fall Schippel zu beschäftigen und verantwortlich gemacht zu werden für alle die Unruhen, Gräueltaten und Spintisereien, die Schippel beinahe Woche für Woche auszuheulen beliebt. (Lebhafter Beifall.)

Hoch-Danau: Ich will nicht auch noch einen Stein auf Schippel werfen, es sind genug Steine geworden, und mit vollem Recht, ganz nach Verdienst. In dieser Beziehung ist die Sache geklärt. Ich werde für die Resolution Bebel mit dem Amendement stimmen, weil ich überzeugt bin, daß es so nicht weitergehen kann. Ich hätte mich aus Gewandtheit zurückhalten außerordentlich gekränkt, zu diesem Parteitag zu kommen, und habe mich nur auf ausdrücklichen Wunsch der Genossen meines Kreises delegieren lassen, um in ihrem Auftrage zu erklären, daß ihre Geduld zu Ende ist angesichts der fortwährenden Taktlosigkeit, die keinem Arbeiter verziehen werden würden. (Sehr richtig!) Würde ein Arbeiter sich so etwas erlauben, so wäre er längst unmöglich. (Sehr wahr!) Es thut mir außerordentlich leid, daß ich genötigt bin, in dieser Weise gegen Schippel aufzutreten, denn ich gestehe offen, ich habe aus seinen „Grundsätzen“ sehr viel gelernt; ich halte das Buch für eine sehr verdienstvolle Leistung und hätte nur erwartet, daß er es vollendet und das Fehle, nämlich die notwendige Ergänzung des zweiten Teils, geschrieben hätte. Statt dessen hat er die Partei fortwährend in der Agitation gekemmt. Soweit ist alles gut. Was Schippel geschieht, muß geschehen. Aber in einem Punkte hat er allerdings recht, sich zu beklagen, nicht darüber, daß ihm etwas geschieht, sondern darüber, daß es ihm geschieht, daß er allein es ist, der gepöbel wird. Schippel ist es nicht allein, der Taktlosigkeit begangen hat. Sehr viele andre Parteigenossen haben sich dasselbe zu schulden kommen lassen. Wie oft haben wir es schon erlebt, daß wir solche Katastrophe bekommen. Der Genosse kommt aber dann womöglich nicht einmal zum Parteitag. Es wuchs Gras über die Gesichte, und nach einiger Zeit kam derselbe Schandab von neuem. Das bedauere ich, daß nicht summarisch verfahren werden kann, und ich hoffe nur, daß das Beispiel, das jetzt an Bebel (Große Heiterkeit) — Barbon — an Schippel hatuiert wird, nicht aufgeföhrt wird als allein an die Adresse von Schippel gerichtet; so lassen es auch die Arbeiter nicht auf, die Arbeiter beurteilen das Verhalten Schippel's so wie auch das der andern Genossen, die Unruhen und Katastrophe in unsere Reihen bringen; in den weiteren Kreisen der Genossen wird es nicht verstanden werden, daß solche ganz ungläubliche Ungehörigkeiten einfach durchgehen. Die betreffenden Genossen brauchen nur in ihre Wahlkreise zu gehen und sich Vertrauensvotum ausstellen zu lassen. Die bekommen sie ja immer. (Aha-Rufe.) Wenn ein Genosse aber ein Mandat weggegeben hat, finden sich sogar andre Genossen, die ihm ein neues Mandat auf dem Thronisch entgegenbringen. (Zustimmung.) Das ist ebenso zu beurteilen, wie das Verhalten Schippel's. Schippel ist es nicht allein, der Taktlosigkeit begeht. Die Disziplin und den

Takt, die wir von den Arbeitern verlangen, müssen wir in einem höheren Maße von den andern Genossen beanspruchen. (Beifall.)

Der nächste Redner ist Schippel.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Es fehlen nur 5 Minuten an 7. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir Schippel nur die übliche Redezeit von 10 Minuten gewähren. (Zustimmung.) Da er doch sozusagen Angeklagter ist, muß er selbstverständlich Gelegenheit haben, alles vorzubringen, was er zu sagen hat. Ich schlage deshalb vor, ihm eine einstündige Redezeit (Zuruf: Unbefristete Redezeit!) meinetwegen auch eine unbefristete zu gewähren, und uns jetzt zu vertagen, damit Schippel morgen beginnen kann.

Vorsitzender Ebert: Das Bureau hat sich bereits mit Schippel dahin verständigt, daß ihm eine Redezeit von einer halben Stunde gegeben werden soll. Wenn sich gegen den Antrag Bebel kein Widerspruch erhebt — (Rufe: Nein!) so ist das Bureau auch damit einverstanden. (Zustimmung.) Schippel wird also unbefristete Redezeit haben.

Persönlich bemerkt Ullenaum-Eberfeld: Meine Ausführungen von gestern sind von einigen Blättern entstellt wieder gegeben worden, sodas sie eine gefäßliche Spitze gegen den Abg. Adolf Hoffmann enthielten. So hat z. B. der hier anwesende Reichstagsabgeordnete v. Verlaa in der „Berliner Zeitung“ geschrieben, ich hätte dem berühmten „Jehngede-Hoffmann“ einen Hieb versetzen wollen. Demgegenüber betone ich, daß ich nicht den Genossen Adolf Hoffmann enthielten, sondern den Genossen Karl Hoffmann-Bielefeld gemeint habe, und auch diesem habe ich keinen Hieb versetzen wollen. Im Gegenteil, ich bin sehr dankbar für seine Bemerkungen und habe nur ausgeführt, daß es den alten Parteigenossen ganz gleich ist, welcher Redner kommt, daß es aber bei den Agitationstreifen für die großen Massen etwas ausmacht, daß ein Abgeordneter kommt. Ich hoffe, daß die anwesenden Berichterstatter der bürgerlichen Presse so anständig sein werden, ihre Berichte richtig zu stellen.

Vorsitzender Ebert teilt mit, daß folgendes Telegramm eingelaufen ist: Herzlich danke ich für brüderliche Teilnahme und Wünsche. Besserung schreitet fort. (Beifall.) Viele Grüße allen Genossen und Wünsche für gutes, erfolgreiches Resultat des Parteitages. Paul Singer. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 7 Uhr.

Am Montagabend fand im überfüllten Saale der Tonhalle ein Vollsversammlung statt. 3000 Personen drängten sich Kopf an Kopf.

Ansprachen hielten Bebel, Jettin, Winarski, Frau Popp, Askew, Kemeo, Schumeier.

Bebel sprach über die Entwicklungsaussichten des deutschen Socialismus, Frau Jettin über die russischen Zustände und die revolutionäre Bewegung gegen den Absolutismus; Winarski und Frau Popp schilderten die österreichischen Verhältnisse, Genossin Popp insbesondere die österreichische Volkschulfrage und die Arbeiterinnenbewegung. Askew wies auf den Fortschritt des Socialismus hin, der nun auch England ergreife. Kemeo stellte mit viel Humor die politische Lage in Dänemark dar. Schumeier-Wien bildete den Schluß.

Die Ansprachen erweckten große Begeisterung.

Die von Wilt. Dittmann-Frankfurt a. M. durch Circular angeregte Zusammenkunft, in der eine Aussprache über Detailfragen der Organisationspraxis herbeigeführt werden soll, findet am Mittwoch, den 21. September, abends im obern Saale des „Casino“ statt.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Burgstädt in Sachsen betrauern die Parteigenossen den Tod des Schriftsetzers Max Schumann, der schon unter der Herrschaft des Socialistenregimes mit Hingebung und Aufopferung der eigenen Persönlichkeit für die Partei, besonders in kleinerem Kreise arbeitete. Obgleich seit Jahren körperlich leidend, beteiligte sich der Verstorbenen noch bis in die jüngste Zeit an den Parteiarbeiten und beliedete noch bis zuletzt das Amt des Kassierers im Wahlverein und der Kasseninspektion der Burgstädter Parteigenossen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Die behärdliche Auslegung des harrischen Vereins- und Versammlungsgesetzes führt zu mancherlei Ungeheuerlichkeiten. So wurde vom Stadtmagistrat Amberg das dortige Gewerkschaftsamt als ein politischer Verein erklärt, dessen Versammlungen polizeilich anzumelden sind. Auf die hiergegen erhobene Beschwerde förderte die oberpfälzische Kreisregierung folgende weise Entschlieung zu Lage: „Eidgültig laun die Frage, ob das Gewerkschaftsamt ein politischer Verein zuzuzählen sei, gegebenenfalls nur durch gerichtliches Urteil oder durch verwaltungsrechtliches Erkenntnis entschieden werden!“ — Döher laun die Weisheit einer hohen Regierung nimmer geben. Man vermeidet sorgfältig, den eignen Standpunkt in dieser Frage zu kennzeichnen, wie die Beschwerdeführer von der Regierung als der vorgesetzten Verwaltungsbehörde des Stadtmagistrats verlangt haben, und überläßt es den Amberger Gewerkschaften, die magistratische Verfügung zu übertreten, damit der Richter den Arbeitern sagen kann, ob ihr Kartell ein politischer Verein ist oder nicht!

Soziales.

Der Fortbildungsschulunterricht gehört in die Arbeitszeit. Der Handelsminister hat in einer an die Regierungs-Präsidenten gerichteten Verfügung die von ihm vertretene Ansicht, daß der Unterricht an den obligatorischen Fortbildungsschulen während der Tagesstunden der Werktage stattfinden und nicht nach 8 Uhr abends stattfinden soll, näher begründet. Der Minister geht von der Ansicht aus, daß der Unterricht in der Fortbildungsschule eine Ergänzung der praktischen Handwerbslehre darstelle. Sollte diese Aufgabe erfüllt werden, so müßte die Fortbildungsschule ein um so größeres Maß geistiger Früchte von ihren Schülern verlangen, als die Unterrichtszeit nur beschränkt sei, und auf häuslichen Fleiß der Schüler nicht gerechnet werden könne. Der Unterricht nach angestrebter Tagesarbeit könne aber diesen Ansprüchen nicht genügen, die dafür aufgewandten Geldmittel würden somit vergebens ausgegeben. Wo betrübliche Verhältnisse besonders das Fehlen gut beleuchteter Zeichenräume das Verlegen des gesamten Unterrichts in die Tagesstunden der Werktage unmöglich machen, soll die Abhaltung des Zeichenunterrichts zunächst noch am Sonntagvormittag zulässig sein. Schließlich ersucht der Minister die Regierungspräsidenten, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Gewerbe und möglichst im Zusammenwirken mit Handels- und Handwerkskammern, Innungen, Kaufmännischen und gewerblichen Vereinen bei passender Gelegenheit energisch auf Abstellung des pflichtmäßigen Abend- und Sonntagunterrichts an den Fortbildungsschulen ihres Bezirks hinzuwirken. Neuen Schulen ist nur dann ein Staatszuschuß in Aussicht zu stellen, wenn den Anforderungen des Ministers entsprochen wird.

Der Achtstundentag in der Schweiz. Die Generalversammlung der Arbeiter-Genossenschafts-Organisation in Wetzikon (Kanton Aargau) hat die Einführung des Achtstundentages für ihre Arbeiterinnen beschlossen. Schade, daß sich der Beschluß nicht auch auf die männlichen Arbeiter erstreckt. Unseres Wissens besteht in keinem andern Betriebe in der Schweiz der Achtstundentag, nur in einigen Kasanstellen besteht die Achtstundentagsarbeit. Die Buchdrucker des schweizerischen Genossenschaftsvereins in Zürich und des Typographenbundes in Basel haben die 8stündige tägliche Arbeitszeit.

Gewerkschaftliches.

Wie die Hünereien vom Terrorismus der Gewerkschaften entstehen.

In dem mittelfränkischen Städtchen Herzogenaurach waltet seit einiger Zeit der fassiam bekannte Benefiziat Würzberger, ein politischer Kampfhahn ersten Ranges, der wegen seines öffentlichen Auftretens von seinen geistlichen Vorgesetzten gemahnt und strafverurteilt wurde seines Amtes. In dem genannten Städtchen ist eine große Schuhfabrik, und ein Teil der dort beschäftigten Arbeiter ist seit einem halben Jahre in einer Zahlstelle des Vereins deutscher Schuhmacher organisiert. Der geistliche Herr Würzberger und sein Anhang sehen natürlich diese junge Organisation mit scheelen Augen an und sind bemüht, ihr den Garau zu machen, aber alle in dieser Richtung bisher gemachten Anstrengungen sind gescheitert. Kürzlich erhielt nun der Vorsitzende der Zahlstelle folgenden Brief:

Herzogenaurach, den 9. September 1904.

An die Vorstandschaft des Vereins deutscher Schuhmacher.
Die Fälle von Rohheiten und Flegeln gewerkschaftlich organisierter „Genossen“ gegen Andersdenkende mehren sich in einer Weise, daß man von einer Verwilderung der Sitten und aller Begriffe der Gerechtigkeit und des Anstandes sprechen muß. Ein neuerlicher Fall vom Feiertag „Maria Geburt“ veranlaßt mich zu einer Mahnung an die Vorstandschaft genannter Vereinigung. Ich ging mit den Herren Vorarbeiter Maier, Wellein und Drebingler nach Hause, als wir von einem sicheren Schauler mit einem sonst nur dießig Betrunkenen eigenem Gelächter empfangen wurden, verbunden mit den Worten: „Alles löshilfswar! alles löshilfswar!...“ dem wieder das Gelächter der Hölle folgte. Da der saubere Herr am Nachmittag an einem häuslichen Streit beteiligt war, bei dem die Streitparteien mit Messern aufeinander losgingen, entgegnete ihm der davon unterrichtete Herr Wellein treffend: „Sei nur froh, daß sie dich heute nicht rot gefärbt haben!“ Daraufhin drehte der verlogene Purche den Stiel um und schlug einen furchtbaren Bahöl auf, als ob wir („Schwarze“) ruhig des Weges gehende Leute angerepelt hätten, usw.

Ich frage daher: „Ist das die freigewerkschaftliche Erziehung und Bildung? Was gedenkt der „Verein deutscher Schuhmacher“ gegen das überhandnehmende Rowdytum in seinen Reihen zu thun, wenn anders er nicht den Anschein erwecken will, ein Verein von Lausbuben statt von Männern zu sein?“ Warum können einheimische Arbeiter nicht den Anstand gegen politische Gegner wahren, wie man manchmal von auswärtigen, wie z. B. Herrn Lippold, nachrühmen kann? Müßen denn politische und religiöse Gegensätze gerade auf dem Wege der Unanständigkeit, Gemeinheit und Niedertracht nach Art von Gassenjungen ausgetragen werden? Falls die Gewerkschaft hier nicht selber Abhilfe schafft, bin ich gezwungen, jeden Fall sozialistisch-gewerkschaftlichen Terrorismus auf der Kanzel und in der Presse mit Namensnennung des Vereins und des Rohlings öffentlich zu brandmarken.

Ergebnis

Würzberger, Benefiziat.

Die Anmahnung und Dreistigkeit, die aus diesen Zeilen spricht, wird am besten erfaßt durch die Thatfache, daß der von Herrn Würzberger namhaft gemachte Uebelthäter Schauler gar nicht Mitglied der Zahlstelle noch irgend einer andern Organisation gewerkschaftlicher oder politischer Art ist! Herr Würzberger hätte es leicht gehabt, sich vor Abfendung seines dreisten Briefes hierüber zu überzeugen. Das hat er aber jedenfalls auch gar nicht beabsichtigt. Auf die ihm brieflich übermittelte Feststellung des Vorsitzenden hat er bis heute geschwiegen. Es scheint also bei ihm an „Erziehung“ zu mangeln, sonst hätte er wegen der erhobenen schweren Beleidigungen, deren Grundlosigkeit ihm sofort dargethan wurde, sich entschuldigen müßen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei Siemens und Halske.

Am Sonnabendnachmittag hat sich die Firma bereit erklärt, über die Beilegung des Streiks im Mühlampfenwerk zu verhandeln, und noch am selben Tage fand eine Vorberatung zwischen den Vertretern des Werkes und dem Arbeiterausschuß statt. Die Verhandlungen wurden am Montag und Dienstag fortgesetzt. In den mehrstündigen Verhandlungen ist noch kein Resultat erzielt worden; es wird auch noch am Mittwoch weiter verhandelt werden. In einer Besprechung der Streikenden wurde gestern vormittag über das bis dahin erzielte Ergebnis der Verhandlungen berichtet. Den Forderungen der Streikenden gegenüber hatte die Direktion Einigungsvorschläge gemacht, die aber in den Hauptpunkten auf eine Ablehnung hinausliefen. Hinsichtlich des geforderten Mindestverdienstes von 25 Pf. pro Stunde hatte die Direktion erklärt, daß dies für gelernte Arbeiterinnen gegenstandslos sei, da die bei weitem meisten dieser Arbeiterinnen mehr als 25 Pf. verdienen und im Durchschnitt, einschließlic der lernenden Arbeiterinnen, sogar 27,4 Pf. pro Stunde verdient werde. — In der Besprechung der Streikenden wurde hierauf bemerkt, daß bei dieser Durchschnittsberechnung die Löhne der Vorarbeiterinnen und Kontrollleurinnen mitgezählt seien und daß im allgemeinen bei der Firma so verfahren werde, daß man einzelne Arbeitskräfte anständig bezahle, die große Masse der Arbeiterinnen sich jedoch mit allzu geringen Löhnen zufriedengeben solle. Lebrigens sei es ja der Firma um so leichter, jene bescheidene Forderung anzuerkennen, wenn die Löhne schon jetzt dementsprechend bemessen wären. — Ferner erklärte sich die Direktion bereit, eine Erhöhung der Löhne der lernenden Arbeiterinnen in Erwägung zu ziehen. Die Forderung, die alten Accordpreise bestehen zu lassen, und wenn Preisveränderungen nötig sein sollten, vorher mit dem Arbeiterausschuß zu verhandeln, meinte die Direktion, sei erledigt durch die Fabrikordnung, wonach der Arbeiterausschuß berufen ist, Lohnstreitigkeiten der Firma vorzutragen. Hinsichtlich der übrigen Forderungen zeigte die Direktion teils ein gewisses Entgegenkommen, teils erklärte sie sie für selbstverständlich, wie z. B. die Forderungen von Schutzkleidung für Säurearbeiterinnen, von Wascheinrichtungen usw. — In der Besprechung der Streikenden wurden die Vorschläge der Direktion einstimmig abgelehnt, jedoch Gegenworschläge gemacht, die, was die Hauptpunkte anbetrifft, darauf hinausgingen, daß der Mindestverdienst von 25 Pf. für alle Arbeiterinnen, einschließlic der lernenden, verlangt wurde; Lehrlinginnen in der ersten Woche 20 Pf., in der zweiten 22 Pf., und in der dritten Woche 25 Pf. pro Stunde erhalten sollten. Der Punkt, die Accordpreise betreffend, wurde wie folgt abgeändert: „Für das Normieren der Stellen wird der alte Accordpreis von 9 Pf. pro 100 Stück anerkannt; die Direktion gedenkt jedoch noch Aufnahme der Arbeit über Verabreichung dieses Accordpreises mit dem Arbeiterausschuß in Verhandlungen zu treten. Dies wird auch bei allen zukünftigen Accordreduzierungen geschehen, sobald die einzelnen Arbeiterinnen sich nicht mit dem Meister einigen.“ Auch in einigen andern Punkten kamen die Streikenden der Direktion entgegen. Die für selbstverständlich erklärten Forderungen wurden natürlich aufrechterhalten.

Dem Beschluß der großen Versammlung vom Freitag entsprechend hatten die Arbeiter von 4 Abteilungen der Firma gestern morgen die Arbeit eingestellt, wodurch die Zahl der Streikenden um 144 erhöht wurde.

Maurer, welche aus Königsberg in Berlin zur Zeit noch in Arbeit stehen, mögen vorläufig noch nicht nach Königsberg zurückkehren, da trotz Aufhebung des Streiks noch verschiedene Schwierigkeiten beseitigt werden müßen.

Die Hausdiener, Bader und Lagerarbeiter der Firma Herb. Aschem sind in den Streik getreten. Schon seit Jahren herrscht in diesem Betriebe ein Wirrwarr in der Lohnregulierung. Die Löhne wurden ganz willkürlich festgesetzt, so daß Hausdiener, welche bereits 7 Jahre im Betriebe beschäftigt waren, denselben Lohn erhielten

wie solche, die erst 4 und 6 Monate thätig waren. Diesem unfairen Zustand abzuhelfen, versuchten die Arbeiter dadurch, daß sie vor 8 Tagen der Firma eine Lohnskala vorlegten, welche die Löhne für alle in Betracht kommenden Arbeiter grundfährlich regelte. Die Firma beschloß, diesen Wünschen eine wohlwollende Untersuchung angedeihen zu lassen und dann der Kommission Nachricht zu geben. Da jedoch am Donnerstag noch kein Bescheid gegeben war, versuchten die Kommissionsmitglieder, durch Vorstellwerden einen endgültigen Bescheid zu erzielen. Diesen Plan vereitelte jedoch die Firma; dafür wurden am Sonnabend 7 Mann als entlassen erklärt. Wegen dieses provokatorischen Vorgehens beschloßen sämtliche Hausdiener, Bader und Lagerarbeiter, am Montag die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, bevor die Entlassenen nicht wieder eingestellt werden und eine einheitliche Lohnregulierung nach Maßgabe der eingereichten Forderung anerkannt wird. Die Kommission, welche am Montag früh nochmals durch eine Verhandlung mit der Firma eine Einigung herbeizuführen versuchte, wurde von dem Betriebsleiter Herrn Taute abgelehnt und von Herrn Paul Aschem zur Fabrik hinausgewiesen. Es ist der Firma bis heute noch nicht gelungen, mehr denn 5 Streifbrecher heranzuschaffen. Die Herren Vorgesetzten waren vollzählig auf den Beinen, um in Herbergen, Arbeitsnachweisen jeder Art, sowie auch auf der Strafe Arbeitswillige zu suchen. In ganzen Trupps wurden dieselben den Herren bei der Ankunft vor der Fabrik wieder abgenommen. Die Situation ist günstig für die Streikenden. Selbst Hausdiener, welche bereits dreimal von der Firma entlassen worden sind, werden gebeten, Arbeit anzunehmen. Die Ausständigen sind bis auf einige junge Arbeitsburischen im Handels- und Transportarbeiter-Verband organisiert.

Zu dem Streit der Mehlkutscher ist zu berichten, daß am Montagabend eine Verhandlung der Mehlkutscher mit der Kommission der Kutscher einestseits und der Mehlhändler und Fuhrherren andererseits stattgefunden hat. Die Kutscher haben ihre Forderung hinsichtlich der Abtragegebühr zurückgezogen und fordern nunmehr einen Wochenlohn von 36 M. Da die Bewilligung seitens der Fuhrherren von den Zugeständnissen der Kaufleute (Mehlhändler) abhängig ist, erklärten die Fuhrherren auf Grund der bisherigen Zugeständnisse seitens der Kaufleute, nur 33 M. pro Woche an die Kutscher zahlen zu können. In einer Versammlung der ausländischen Kutscher, welche am Dienstagmorgen im Englischen Garten tagte, wurde einstimmig beschloßen, an der Forderung von 36 M. Wochenlohn festzuhalten und die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis dieser Lohn bewilligt ist. Die Situation ist für die Streikenden günstig, da sich mit Rücksicht auf die schwere und verantwortungsvolle Arbeit Streifbrecher bis jetzt nicht gefunden haben.

Achtung! Lagerspapierbranche. In folgenden Verklüben befinden sich unsere Kollegen und Kolleginnen im Streit: Bernhard u. Co., Wilhelmstr. 29; Schwerdtfeger u. Co., Reinoldenroderstr. 54b; Finkenroth, Schleifstraße; Stange, Weiststr. 3; Wöhme, Reichensbergerstr. 158 und Hochstein u. Weinberg, Wasserthorstr. 50. — Zugang ist streng fernzuhalten!

Die Lohnkommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter. Auf der Zusammenkunft der Verstattdelégirten des Ostens in den Andreas-Festsälen waren 30 Pianofabrikanten vertreten, und wurden laut Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung die Forderungen in den einzelnen Betrieben festgelegt. Am Montag, den 28. September, findet in Kellers großem Saale in der Koppenstraße die entscheidende öffentliche Versammlung statt.

Die Lohnbewegung der Gärtler und Dräcker hat bereits den Erfolg gehabt, daß drei Firmen, die mehr als 100 Gärtler beschäftigen, sowie zwei Firmen mit 11 Dräckern den Tarif unterzeichnet haben. Es handelt sich ausschließlich um solche Fabrikanten, die den Arbeiterforderungen im Streit des vorigen Jahres entschiedenem Widerstand entgegensetzten. — Die Versammlung erneuerte den Beschluß vom Sonntag, indem sie aufs neue erklärte, daß in allen Betrieben, wo der Tarif nicht unterschrieben ist, am Mittwoch (heute) früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. — Ferner machte Cohen darauf aufmerksam, daß es von dem Beschluß, den der Unternehmerverband in dieser Angelegenheit fassen wird, abhängt, ob der Bewegung seitens der Arbeiter aus tatsächlichen Gründen eine weitere Ausdehnung gegeben wird, wie bisher beabsichtigt war.

Spandau. Wegen fortgesetzter Maßregelung der organisierten Kollegen in der Lichtfabrik Montard u. Co. legten gestern die Bader die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Der Kampf in Königsberg beendet. Die Maurer haben, wie schon telegraphisch gemeldet, in einer überaus stark besuchten Versammlung den Streik für beendet erklärt. 24 Wochen hat dieser vom Arbeitgeberverbande angezettelte Kampf gedauert. Noch nie hat die Provinz Ostpreußen einen derartigen Streik gesehen. Es war kein Lohnkampf mehr, es war eine Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit. Und das Facit dieses Kampfes ist, daß der Lohn von 50 Pfennig pro Stunde, wie er vor dem Streik festgesetzt war, bis zum 31. März 1905 bestehen bleibt. Vom 1. April 1905 wird der Lohn um 5 Pf. erhöht. Die Nebenforderungen konnten nicht durchgesetzt werden. Belamlich hatten die Unternehmer beschloßen, mit den Maurern nicht eher zu verhandeln, als bis diese die Arbeit bedingungslos aufgenommen hätten. Das haben sie nicht durchsetzen können. Sie haben sich zum Verhandeln herbeilassen müßen, und den Maurern ist auch durch die Vermittlung des Reichstags-Abgeordneten Genossen Haase der Stundenlohn von 55 Pfennig garantiert worden. Mitbestimmend für die Beendigung des Streiks war, daß der Zugang nach Königsberg immer größer wurde. In jedem Jahre kommen viele Maurer aus der Provinz nach der Stadt und erhalten auch Arbeit. Es war noch stets möglich gewesen während des Streiks, diesen Zugang möglichst abzuhängen. Doch das wurde von Tag zu Tag schwerer. Ferner waren die Streikenden auf sich ganz allein angewiesen, während den Unternehmern von allen Seiten bereitwillig Hilfe geleistet wurde. Die Bauten blieben liegen. Ja, selbst die Stadt wartete mit den wichtigsten Arbeiten zwölf Wochen. Die Polizei ging in bekannter Weise vor, und der Polizeipräsident erhielt jene Verfügung, nach der Streikpostenstellen nicht gebildet werden sollte. Und warum das alles? Warum dieser Miesenkampf? Weil das Unternehmertum die Organisation zertümmern wollte. Das ist nicht gelungen. Die Organisation ist unverfehrt aus diesem Kampf hervorgegangen, wenn er auch Miesensummen veräußert hat. Noch sind auch viele Strafmandate zu erledigen durch die Gerichte, obwohl diese seit Monaten fast unangesehen mit den Streikführern beschäftigt sind. Hunderte Mark an Kosten und Strafen sind zu bezahlen. Viele Wochen Gefängnis sind noch zu verbüßen. Ja, selbst in Untersuchungshaft sitzen noch einige Leute, die angeblich an einem Anwalt teilgenommen haben sollen. Das ist die Lage des Arbeitgeberverbandes.

Werden wir einen Rückblick auf den Lohnkampf. Schon im frühen Frühjahr traten die Bauhilfsarbeiter in eine Lohnbewegung. Es war zwar eine starke, aber noch recht junge Organisation vorhanden. Sie forderten 40 Pf. Stundenlohn für Rast- und Ziegelträger und 35 Pf. für gewöhnliche Arbeiter. Ferner wollten sie die Accordarbeit abgekanft wissen. Gewiß recht bescheidene Forderungen. Selbst der genügend bekannte Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes hatte ihre schlechte Lage anerkannt, und zwei Jahre vorher zu dem Gauleiter der Maurer gesagt: „Sorgen Sie dafür, daß sich die Bauhilfsarbeiter organisieren, damit deren entsetzliche Lage aufgebessert werden kann!“ Die Hilfsarbeiter haben diesen Rat befolgt, aber sie wurden lächerlich abgewiesen ja die hochmütigen Bauherren ließen sich nicht einmal in Verhandlungen mit ihnen ein. Am 25. März dieses Jahres traten sie in einen partiellen Streik. Die Unternehmer setzten nun den Stundenlohn auf 40 Pf. fest und sperrten am 31. März alle diejenigen aus, die nicht unter diesen

Bedingungen arbeiten wollten. Durch diesen Akt wurden 400 Maurer arbeitslos.

Deren Lohnbewegung hatte inzwischen auch begonnen. Die Maurer, deren Vertrag am 1. April abließ, hatten schon viele Wochen vorher mit dem Arbeitgeberverband Verhandlungen gepflogen, die aber von dem Vorsitzenden dieses Verbandes sehr geschäftlich verschleppt wurden. Die Maurer verlangten 55 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Die Arbeitgeber verlangten, daß die Maurer im Jahre 1904 noch zu den alten Bedingungen arbeiten sollten. Es sollte ein Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen werden, der aber erst am 1. April in Kraft treten sollte. Darauf gingen die Maurer aber nicht ein, und am 14. April traten auch sie in einen partiellen Streik. Anfänglich drohten die Arbeitgeber auch den Maurern mit einer Aussperrung, ließen es aber doch bleiben. Bald darauf waren auch die Italiener da. Die ersten führten aber auf Ersuchen der Maurer wieder ab; aber gleich darauf kamen neue. Die Unternehmer hatten sich gut vorgeesehen. Sie waren aber jetzt schlauer geworden und riefen die Polizei um Hilfe. Diese ging denn auch in der genügend erörterten Weise gegen die Streikenden vor. Tag und Nacht wurden die Italiener bewacht, ja sogar eine Strafe wurde zu ihrem Schutze mit Weiterem verhängt. Anfänglich war die Lohnbewegung für die Maurer sehr glänzig. 55 Unternehmern hatten nach und nach bewilligt. Doch dabei blieb es. Hiernach hat der Vorsitzende des Gewerbegerichts versucht, eine Einigung herbeizuführen. Alles umsonst! Alles vrallte an dem Starrsinn der Unternehmer ab. Diese wollten den Kampf bis zum bitteren Ende. Das ist nicht eingetroffen. Moralisch ist der Sieg, den die Maurer erfochten haben, glänzend. Und sie haben auch materielle Vorteile für sich errungen und eine Lohnerhöhung durchgesetzt.

Die städtischen Gasarbeiter in Barmen sind in eine Bewegung zu Gunsten der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten. Ihre Forderungen sind: Abschaffung der 24stündigen Wechselsschicht und dafür Einführung des Achtstundentages und der 12stündigen Wechselsschicht für Betriebsleute. Einführung der achtstündigen Lohnzahlung, Bezahlung der Leberzeit- und Feiertagsarbeit mit 25 Proz. und der Leer-, sonstigen Schmutz- und gesundheitschädlichen Arbeit mit 50 Proz. Zuschlag, Einführung der 1 1/2 stündigen Mittagspause, Verlegung der Frühstückspause und Herabsetzung der Sonntagsarbeit um eine Stunde für die regelrechten Tage-Arbeiter. Errichtung eines Arbeiterauschusses. Schaffung bestimmter Mindestlöhne und Lohnskalen in folgender Weise: Feuerleute Anfangslohn 4,00 M. pro Tag, alljährlich steigend um 10 Pf., bis zum Höchstbetrage von 4,60 M. nach sechs Jahren (bisher 3,70—4,20 M.). Erste Feuerleute 20 Pf. Zulage. Wasserstoffgas-Arbeiter 3,60 bis 4,00 M. (3,30—3,60). Maurer 4,30—4,80 M. (4,00—4,30). Schloffer, Schmiede und Maschinisten 4,00—4,80 M. (3,70—4,30). Dülsarbeiter 3,40—3,80 M. (3,20—3,60). Mit der Vertretung dieser Wünsche wurde eine 13gliedrige Kommission betraut. Die nebenstehenden Forderungen sind früher zum großen Teil schon durchgesetzt gewesen, auch die Abschaffung der 24stündigen Wechselsschicht ist von den Stadtverordneten schon 1902 beschloßen gewesen, von der Verwaltung jedoch nicht eingeführt worden, weil angeblich die Arbeiter die Wechselsschicht nicht geändert haben wollten. Seit Jahresfrist haben sich die Beteiligten fester um das Rammer ihrer Organisation, den Gemeinde-Arbeiterverband, geschart und steht daher wohl zu hoffen, daß zur Erfüllung dieser Wünsche ein größerer Nachdruck geübt wird.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schüler Wahlkreis. Die Genossen der Schönhauser Vorstadt feiern Sonnabendabend 8 1/2 Uhr im Lokale der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11, ihr diesjähriges Herbstfest mit reichhaltigem Programm. (Siehe näheres Inserat am Sonnabend.) Zum zahlreichen Besuch ladet ein Das Komitee.

Adlershof. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lauschen Lokale, Dismarsstr. 10, eine öffentliche Solföverammlung statt. Schriftsteller M. H. Baegge spricht über: Christliche Lehren und die christliche Kirche. Die Geistlichen und Lehrer unseres Ortes sind hierzu eingeladen. Mit Eintritt der Polizeistunde für die Arbeiterlokale (11 Uhr) muß die Versammlung beendigt sein, die Genossinnen und Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Köpenick. Bei Rochlitz hält Genosse Hilbig heute über das Thema „Religion ist Privatfache“ einen Vortrag.

Central-Wahlverein für Kalau-Ludau (Ortsverein Berlin.) Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei G. Wehnacht, Grünstr. 21. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Lokales.

Zum Gottesdienst antreten, marsch, marsch!

Für die Fortbildungsschulen der Stadt Berlin werden belamlich an den Sonntagen eigne Frühgottesdienste abgehalten. Die Sache kam zuerst im Herbst 1895 auf und ist seitdem auf eine immer wachsende Zahl dieser Anstalten ausgedehnt worden. Gegenwärtig betreffen für etwa ein Duzend Anstalten Frühgottesdienste, die der Stadtgemeinde, da der Pastor ja nicht um Gotteslohn predigt, jährlich 6000 M. Kosten verursachen. Die städtische Verwaltung wurde zur Einrichtung dieser besonderen Gottesdienste genötigt durch den § 129 der durch Gesetz vom 1. Juni 1891 abgeänderten Gewerbe-Ordnung bzw. durch den Erlaß des Handelsministers vom 7. September 1894. Andernfalls hätte sie auf den Sonntagunterricht verzichten müßen, wenigstens zwischen 10 und 12 Uhr. Denn der heranwachsenden Jugend soll die Möglichkeit der Teilnahme am Gottesdienst gewahrt werden.

Die heranwachsende Jugend will sich nun aber für diese Gottesdienste, die ihr in der Schulaula oder auch in einer benachbarten Kirche geboten werden, sehr wenig begeistern. Trotz aller Hinweise und Ermahnungen, die die Dirigenten und Lehrer der Fortbildungsschulen usw. an die Schüler richten, sprechen die aus dem Stadtsaal honorierten Frühprediger vor fast leeren Bänken. Wenn doch die städtische Verwaltung einmal eine ausführliche Statistik über den Besuch der Gottesdienste aufstellen und veröffentlichen wollte! Man würde staunen wie gering die Beteiligung ist. Nur bezüglich des Gottesdienstes, der für die Zweite Handwerkerchule am Stralauer Floß in der Andreaskirche veranstaltet wird, wurde in den ersten Jahren von der Gewerbe-Deputation etwas über die Beteiligung mitgeteilt. Im Jahre 1898/99, aus dem die letzte Statistik veröffentlicht ist, wurden pro Sonntag durchschnittlich 88 Besucher des Frühgottesdienstes gezählt. Diese 88 setzten sich aber nicht aus Schülern allein zusammen, sondern mitgezählt sind, wie die Gewerbe-Deputation angab, auch die Lehrer, die natürlich mit gutem Beispiel vorzugehen und möglichst vollständig dabei sein müßen, ferner noch Angehörige der Schüler, auch Konfirmanden und endlich noch sonstige Mitglieder der Andreaskirche. Wie groß oder vielmehr wie klein mag da die Zahl der teilnehmenden Fortbildungs- und Fachschüler gewesen sein? Aus den folgenden Jahren sind keine Angaben mehr gemacht worden. Es wurde in den Berichten der Gewerbe-Deputation nur noch von einer „ähnlichen Frequenz wie früher“ gesprochen. Mehr dürften es hiernach nicht geworden sein, eher noch weniger.

Die Dirigenten und Lehrer fühlen sich verpflichtet, regelmäßig an die Frühgottesdienste zu erinnern und zum Besuch aufzufordern, aber sie haben, wie gesagt, wenig Erfolg damit. Die Form, in der diese Hinweise gegeben werden, ist nicht immer ganz einwandfrei. Aus der 10. Fortbildungsschule, Reichensbergerstr. 44, wird uns mitgeteilt, daß der Dirigent, Herr Kandler, kürzlich ein eigenartiges Ermahnungsverfahren angewandt hat. Aus einer Klasse waren dem auffordernden Lehrer nur ein paar Schüler zum Gottesdienst nach der Aula gefolgt; die meisten waren wie gewöhnlich, in dem Klassenzimmer zurückgeblieben. Als bald erschien Herr Kandler in der Thür und wiederholte die Auf-

forderung. Doch niemand erhob sich, um hinaufzugehen. Da trat Herr Kandler in die Mitte des Saalens und rief erregt, er werde denen die Mittel zur Verfügung stellen, die nicht freiwillig gingen. Hierauf zogen es die meisten vor, „freiwillig“ zu gehen — mit Ausnahme der ältesten Schüler. Später scheint es Herr Kandler ratlos gehalten zu haben, gegenüber den älteren Teilnehmern am Fortbildungskurs einen Rückzug anzutreten. Am nächsten Sonntag kam er wieder und erklärte, bezüglich des Gottesdienstes wolle er keinen Zwang ausüben, namentlich nicht gegen die älteren Herren. Aber von den jüngeren Leuten erwarte er Beteiligung. Bei ihnen müsse es geben, wie beim Soldaten: Zum Gottesdienst antreten, marsch, marsch!

Der militärische, gottesdienstliche Fortbildungskurs-Direktor wird natürlich den Beifall der gesamten Minderpresse aller Konfessionen finden. Daß der „Vorwärts“ dieses Verfahren tadelt, wird dieser Presse ein neuer Anlaß sein, über angebliche Verletzung des Programms „Religion ist Privatfache“ zu zern. Wenn diese Exzesse nicht so über alle Maßen einseitig wären, so müßten sie eigentlich sogar noch dafür danken, daß sie gegen das Ermahnungsverfahren des Herrn Kandler Einspruch erheben. Die Art, in der dieser Herr zur Teilnahme am Gottesdienst nötigt, entspricht nicht dem Wesen der Religionsübung, und er erreicht dadurch auch nur das Gegenteil von dem, was die Freunde der Kirche wünschen werden. Die Wuh-Teilnehmer nehmen tatsächlich nicht am Gottesdienst teil, wenn sie auch dabei sind. Sie treiben während des Gottesdienstes allerlei Unfug, was hat uns darüber böse Dinge erzählt. Widerstrebt es nicht den Dienern und Helfern der Kirche, neben ein paar ehelich Andächtigen eine Schar von Heuchlern um sich zu sammeln?

Die Direktion der „Großen“ wehrt sich!

Zu den Vorwürfen, die in der Presse wegen der Verteuerung der Straßen-Abonnements gegen die Direktion der „Großen Berliner Straßenbahn“ erhoben worden sind, hatte diese zunächst geschwiegen. Nachdem aber inzwischen die Gemeindevertretung eines Vorortes, das benachbarte Neu-Weihensee, gegen die Verteuerung Protest beschloßen hat, hält es die Direktion für ratsam, sich endlich zu äußern. Sie hat der Gemeindevertretung am 20. September ein Rechtfertigungsschreiben überreicht, in dem es unter anderem heißt:

Bis zum 1. Januar 1901 betrug der Preis des billigsten Monatsabonnements 8,50 M. (Benutzung zweier Strecken); dasjenige für Benutzung aller Linien 25 M. In der Erwartung, daß durch den damals erst auf der Mehrzahl der Betriebslinien zur Einführung gelangenden 10 Pf.-Einheitsarif bei der fortschreitenden Ausdehnung des elektrischen Betriebes einerseits ein starkes Anwachsen der Einnahmen, andererseits ein Rückgang der Betriebsausgaben stattfinden werde, schritten wir zur Ermäßigung der Abonnementsätze bis zur jetzigen Höhe von 6 M. bzw. 15 M. pro Monat. Die Folge dieser weitgehenden Verbilligungen in Verbindung mit dem Umstande, daß allmählich zahlreiche Betriebslinien durch Zusammenlegung früher getrennter Linien häufig in ihrer Länge mehr als verdoppelt wurden und dadurch für das Abonnement sich erheblich vorteilhafter gestalteten, zeigte sich bald dahin, daß die Zahl der Abonnenten (insbesondere für eine und für alle Linien) außerordentlich zunahm. In dem Zeitraum vom 1. Januar 1900 bis dahin 1901 erhöhte sich der Fahrzeilverkehr um nur 14 Proz., die Zahl der Abonnementsfahrten um 260 Proz. Die Betriebsleistungen mußten fortgesetzt stark erhöht werden, die erhofften Ersparnisse im elektrischen Betriebe traten, wie auch bei allen anderen Straßenbahnen, nicht nur nicht ein, sondern es waren zum Teil wesentliche Mehrkosten zu verzeichnen. J. B. stiegen in den letzten 5 Jahren die Kosten der Revision und Unterhaltung der Wagen, sowie diejenigen der Unterhaltung und Erneuerung des Oberbaues um fast das Fünffache.

Die laufend angestellten genauen Beobachtungen des Abonnementsverkehrs und die wiederholt jährlich vorgenommenen Zählungen ließen sich klar erkennen, daß seitens der Abonnenten von der ihnen eingeräumten Umsteigerberechtigung bei den langen Betriebslinien ein fortgesetzt steigender Gebrauch gemacht wurde, und zwar oft zum Nachteil der den vollen Tarif zahlenden Fahrgäste. Die vorerwähnten Zählungen ergaben auch das Resultat, daß der Erlös für die Einzelfahrt, insbesondere bei den Abonnements auf sämtlichen Linien des Netzes vielfach bis auf 2½ Pf. herabgesunken war. Die wiederholt nach verschiedenen Grundrissen angestellten Berechnungen der Selbstkosten der Abonnentenbeförderung führten zu dem ziemlich übereinstimmenden Endergebnis, daß die Ausgaben dieser Beförderung (ohne jegliche Verzinsung des Umlagekapitals) die Einnahmen um jährlich 150—500 000 M. überschritten.

Wäre das wahr, so könnte man der „Großen“ die Preiserhöhung nicht verdenken. Bis auf weiteres gestatten wir uns aber, es stark zu bezweifeln, daß diese Berechnung der Wahrheit entspricht. Sie stützt sich auf die gelegentlich vorgenommenen Zählungen der Zeitkartenfahrten, bei denen aber sind sämtliche Fälle, in denen ein Zeitkarteninhaber irgendwo auf einem Straßenbahnwagen „betroffen“ wurde, als Vollfahrten gezählt worden, auch wenn er zum Zweck schnelleren Vorwärtskommens nur aus einem Wagen in den andern gestiegen war. Danach hat auch die weitere Berechnung, die die Zuschrift einem in der bürgerlichen Presse aufgemachten Rechenexempel über die Unkosten pro Fahrt entgegensteht, wenig Wert. Die Direktion hat in ihrem eignen Geschäftsbericht pro 1903 erklärt: „In einem dem Verkehrsehrer entsprechenden Verhältnis stiegen auch die Verkehrsleistungen, während die Betriebsleistungen diesen gegenüber ein etwas geringeres Anwachsen aufwiesen.“ Da wird es schwer halten, die Berliner jetzt vom Gegenteil zu überzeugen.

Zum letzten Teil ihres Schreibens sucht die Direktion die Befürchtung zu entkräften, daß die Verteuerung die Vororte und besonders Neu-Weihensee schädigen werde. Neu-Weihensee habe in den letzten Jahren eine starke Vermehrung des Straßenbahnbetriebes, eine Verlängerung der Linien und eine dichtere Wagenfolge erhalten. Durch diese Ausbesserungen dürften sich die Neu-Weihensee'er schwerlich beschweren lassen — und die Berliner auch nicht.

Die Nr. 20 des „Wahren Jabs“, die gestern fällig war, ist ausgeblieben. Ueber die Ursache giebt folgende Mitteilung unseres Speditours Auskunft:

„Nach dem fast vollständigen Uebergang des Wasserverkehrs auf die Eisenbahn sind die Strecken auch der Anhalter Bahn derart überlastet, daß eine regelmäßige Beförderung der Güterzüge nicht mehr stattfindet. Auch Eilzüge, selbst Waggons der Reichspost, erleiden bedeutende Verzögerungen. Unsere Bemühungen bei der Behörde um Abstellung dieser Uebelstände sind im Gange, bis zu einer Besserung der Verhältnisse, die indessen sobald noch nicht in Aussicht steht, bitten wir unsere werthe Kundschaft um freundliche Nachsicht.“

Es spricht nicht sehr für die preussische Staatsbahnverwaltung, daß sie sich aus diesen Ursachen außer Stande zeigt, dem Verkehrsbedürfnis zu genügen. Man muß sich damit trösten, daß sie in anderen Dingen, so in der Bevornumdung der in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter, leistungsfähiger ist.

Dr. Christen geisteskrank. Von einem traurigen Geschehnis ist Wisnards früherer Privatsekretär, Dr. Christen, betroffen worden. Nach dem Tode des Fürsten Otto von Bismarck entschloß sich Dr. Christen, der am 3. Oktober 1865 in Lauenburg als Sohn des Kreisrichters Christen geboren wurde, sich seinem ärztlichen Berufe zu widmen. Am 1. Januar 1901 übernahm er die Stelle des leitenden Arztes am Sanatorium der Frau Meyer in der Kolonie Grunewald, Hagenstraße 48-47. Im Oktober desselben Jahres starb sein Vater und hinterließ ihm ein Haus in Bergedorf bei Hamburg. Daraufhin gab Dr. Christen am 30. Januar 1902 seine ärztliche Stellung in Grunewald auf und siedelte nach Bergedorf über, um dort in seinem eignen Hause ein Sanatorium zu errichten. Jetzt kommt aus Hamburg die Nachricht, daß Dr. Christen sich als Geisteskranker in der Irrenanstalt Friedrichsberg bei Hamburg befindet. Die ersten Zeichen der Geisteskrankheit machten sich bereits im Frühjahr bei dem Bedauernswerten

berartig bemerkbar, daß seine Unterbringung in eine Pflegeanstalt zur Notwendigkeit wurde.

Das Polizeipräsidium teilt uns mit: Am zahlreichen Besuch aus Interessentenkreisen entgegenzukommen, und da die im § 4 der Polizeiverordnung über das Meldewesen vom 8. September dieses Jahres vorgeschriebenen Meldeformulare bis zum 1. Oktober dieses Jahres, dem Tage des Inkrafttretens der Verordnung, in der erforderlichen Anzahl vorrätig sind bei der gegenwärtigen Lage der Papierindustrie nicht fertiggestellt werden können, ist nachgelassen worden, daß bis Ende Dezember dieses Jahres auch die bisherigen Formulare für An- und Abmeldungen noch Verwendung finden dürfen.

Der falsche Kriminalwachtmeister, von dessen Schwindel wir berichtet, ist gestern festgenommen worden. Der Mann kam nach Moabit, erzählte einem Gastwirt, er sei der neue Wachtmeister des Reviers, fragte ihn, wie es mit seinen Kadikongressen stehe, und deutete an, daß er beauftragt sei, wegen Verlängerung der Schaufenster-Erlaubnisse über seinen Geschäftsbetrieb einzugehen. Zufällig kam er an einen Wirt, der gar keine Verlängerung wünscht, sondern mit dem, was er hat, zufrieden ist. Der Wachtmeister ließ aber nicht nach, erzählte nun auch wieder seine Leidensgeschichte mit den kranken Kindern und bat endlich um ein kleines Darlehen. Unterdessen ließ der Wirt einen Schuttmann holen und den Wachtmeister festnehmen. Der Schwindler nennt sich Willy Reigner aus Fürstenberg a. O., will ein gutes Stück der Erde, u. a. auch Algier und die Türkei bereits haben und zuletzt beim „Hamburger Fremdenblatt“ angestellt gewesen sein. Wer er eigentlich ist, weiß man noch nicht so recht.

Aus dem Leben des alten Thomas werden bei seinem so unerwartet erfolgten Tode noch manche zum Teil recht scherzhaften Einzelheiten erzählt. So sollte Thomas einmal am königlichen Schauspielhaus engagiert werden, aber sein Lebermut machte diesen Plänen ein schnelles Ende. Bei Gelegenheit einer Probe trat er auf den berühmten Heldenpieler R. zu, klopfte ihm liebenswürdig auf die Schulter und sagte mit stark erhöhter Stimme zu ihm: „Nun, mein lieber Kollege, sind Sie auch an dieser Schmiere engagiert?“ Die hierauf folgende Situation kann man sich wohl ausmalen. Ein andres Mal wurde er in einer Gesellschaft gefragt, wie er über Regenfontänen denke? Er entgegnete: „Meine Ansichten über die Theaterkritik möchte ich Ihnen gern mitteilen, aber der Siderheit wegen möchte ich damit doch so lange warten, bis ich einmal Mitglied des Selbstmörderklubs geworden bin!“

Zur Warnung für Schlächtermeister teilt das Polizeipräsidium mit: Eine Frauenderson, welche bei Schlächtermeistern als Verkäuferin eintritt, schädigt diese auf folgende Art und Weise: Die Person operiert mit einem jungen Manne im Alter von ca. 20 Jahren. Dieser schickt kleine Anaben von der Straße nach dem Geschäft und läßt der Verkäuferin ein Portemonnaie überbringen, zugleich fordert der Anabe etwas Wurst, die Frauenderson entnimmt darauf der Ledertasche Geld, füllt damit das Portemonnaie und giebt dieses und die geforderte Wurst dem Anaben zurück, welcher es dem Manne zurückbringt. Dieser Teufel wird täglich mehrere Male wiederholt. Die Frauenderson verfährt nach einigen Tagen heimlich wieder. Sie legt beim Antritt falsche Papiere vor und giebt verschiedene Namen an. Sie ist ca. 22 Jahre alt, 1,45 Meter groß, hat blaues rundes Gesicht und spricht hannoverschen Dialekt. Vor beiden Personen wird gewarnt und ersucht, dieselben eventuell zur Tagelohnnummer 86/5 IV/27. 04. festnehmen zu lassen.

Im Polizeigewahrsam verstorben ist in der vergangenen Nacht gegen 3½ Uhr ein 45-jähriger, von seiner Frau getrennt lebender Mann, der vor einem Hause der Prenzlauer Allee von Schuppenleuten bestunungslos aufgefunden und nach der Infalligkeit in der Weibestraße gebracht worden war. Man hielt dort der Zustand anscheinend nicht für bedenklich, worauf der Kranke dem Gewahrsam zugeführt wurde, wo er jedoch bald verstarb.

Plumpe Erpressungsversuche machte ein Kaufmann Herrmann Wüttner gegen hiesige Regimentskommandeure. Er schrieb den Herren Obersten, er sei Redaktionsbote des „Vorwärts“, in welchem in der nächsten Zeit ein Artikel über das ausschweifende Leben ihrer Offizierskorps und überhaupt ihrer ganzen Regimenter erscheinen solle. Wenn ihnen aber daran liege, so könne er, der Redaktionsbote, das Erscheinen des Artikels verhindern. Dafür müsse ihm der Herr Oberst jedoch so und soviel nach einem bezeichneten Postamt senden. Einen so dummen Erpresser zu fangen, war natürlich nicht schwer. Man schrieb ihm unter dem verlangten Zeichen, und als er kam, um den Brief abzuholen, standen Kriminalbeamte bereit, ihn in Empfang zu nehmen. Auf einen Augenblick entschloß er sich noch und rannte von der Invaliden- nach der Aderstraße. Dort wurde er aber eingeholt und ergriffen. Wüttner ist nie in einer Redaktion beschäftigt gewesen, auch nicht als Bote. Bei einem ähnlichen Schwindel wurde kürzlich erst in Kottbus ein Berliner Kaufmann festgenommen.

Angesetzt wurde gestern ein kleines Mädchen von etwa 14 Tagen auf dem Flur des Hauses Kopenstraße 3. Es war mit einem weichen Hemdchen und Röckchen bekleidet, in grünem Plüsch eingewickelt und dann noch in gelblichem Padpapier eingehüllt. Der Findling wurde nach dem städtischen Waisenhaus in der Alten Jakobstraße gebracht, die Nachforschungen nach seiner Mutter hatten noch keinen Erfolg.

Der in Arbeiterkreisen rühmlich bekannte Gesangsverein „Typographie“ veranstaltet aus Anlaß seines fünfundsingzigjährigen Bestehens am Sonntag, den 25. d. M., im Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide, ein Festkonzert mit einem besonders gewählten Programm. Außer der gutbesetzten Sängerschar, unter Leitung des Chormeisters Herrn Alexander Weinbaum, wirken bei dem Konzert mit die Herren Leo Gollanin (Tenor) und Alexander Geineman (Bariton), sowie das 50 Mann starke Berliner Tonkünstler-Orchester unter Leitung des Herrn Baumann. Zur Aufführung kommen u. a. eine mittelalterliche Bauhymne für Chor, Tenorsolo und Orchester, sowie das Oratorium „Columbus“ von Brambach. Da ein Massenverkauf der Billets nicht stattfindet, verweisen wir auf die im heutigen Inserat bekannt gegebenen Verkaufsstellen, in denen Billets zum Preise von 75 Pf. zu haben sind. Da während des Konzerts im Saale nichts serviert wird, ebenso das Rauchen verboten ist, sind die Voraussetzungen zu einem gemüthlichen Abend gegeben.

Die Urania versendet gegenwärtig das Programm der im kommenden Quartal stattfindenden gemeinverständlichen naturwissenschaftlichen Vorträge. Die Lehrkurse umfassen: 9 Vorträge über „Einführung in die Elektrotechnik“ (Dr. V. Donath); 10 einstündige Experimentalvorträge über „Punktelegraphie und drahtlose Telephonie“ (Dr. V. Donath); 4 Vorträge mit Lichtbildern über „Einführung in die Erdkunde“ (Dr. F. Schwahn); 10 Experimentalvorträge über „Anorganische Experimentalchemie“ (Dr. R. v. Unruh); 4 Vorträge mit Lichtbildern über „Das Sonnensystem“ (Dr. F. Riffenpart) und 4 Vorträge mit Lichtbildern über „Die Fixsternwelt“ (Dr. F. Riffenpart). Ausführliche Prospekte sind an der Kasse der Urania erhältlich oder werden an Interessenten auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Aus den Nachbarorten.

Die Gemeindevertretung von Wilmsdorf hat am Montag ihre erste Sitzung nach den Ferien abgehalten. Am Reform-Realgymnasium sollen zu Ostern nächsten Jahres die Stellen zweier Oberlehrer und eines Vorschullehrers neu besetzt werden. Die Summe von 288 M. wurde ferner für die weitere Ausgestaltung des Feuerlöschwesens bewilligt. Im Zuge der Ringbahn- und Varginerstraße soll ein Reitweg geschaffen werden; auch soll die Varginerstraße sowie die Laubacherstraße reguliert werden. Die Vertretung lehnte es aber ab, die vom Eisenbahnsiskus für die Herstellung eines zweiten Zuganges zum Ringbahnhof geforderte Summe von 85 000 M. zu bewilligen. Ferner wurde grundsätzlich beschlossen, die Bau- und Polizeibeamten gegen Unfälle aus außerordentlichen Anlässen zu versichern. Weiter wurden bewilligt 335 M. für Lehrmittel in der Fortbildungsschule und 10 000 M. für Anlagen auf dem Wiesen-

berge (Platz D) in der Nähe des künftigen Rathauses. Der Platz umfaßt 16 000 Quadratmeter, ist also dreimal so groß wie der Kaiserplatz; im Ganzen erfordert die Ausgestaltung 80 000 M.

Die Verführung in Steglitz. Man schreibt uns aus Steglitz: Seit Sonnabend schwärzten allerlei Gerüchte umher über die Entdeckung einer geheimen Verbindung mit Gott weiß welchen hochbeträgerischen Zielen. Mittlerweile sind nun folgende Thatsachen bekannt geworden, aus denen hervorgeht, in welcher Gefahr unser Dorf geschwebt hat. Am Schluß der vorigen Woche sollte die Prüfung an den höheren Schulen stattfinden. Da lief am Morgen des Prüfungstages bei der Schulaufsichtsbehörde ein anonymes Schreiben ein, durch welches „gepöfist“ wurde, daß eine Anzahl Oberrealschüler einer geheimen Verbindung angehörte. Die Folge dieser, wie angenommen wird, von einem „Ausgesprochenen“ aus Rache verübten Denunziation war zunächst, daß die angelegte Prüfung verschoben wurde und die namhaft gemachten Staatsverbrecher, die ahnungslos und festiglich gelistet das Schulhaus betreten, auf einige Stunden in den Marjer wanderten, wo sie Zeit hatten, darüber nachzudenken, daß es nicht immer geraten ist, einen „Geheimbündler“ desbald auszusprechen, weil er sich weigert, auch fernherhin nur die sühnungsgemäß zugelassenen „Elefanten-Cigaretten“ zu rauchen. — Der „Präsident“ des „Geheimbundes“ (der den edlen Zweck verfolgte, die Mitglieder im Rauchen und lommmentmäßigen Trinken auszubilden, damit sie später als Corpsstudenten würdig die „Wüste der Nation“ darstellen können) hat nach einer Strafpredigt des Herrn Direktors coram publico vorgezogen, freiwillig den Staub des Stubenrauchplatzes von den Füßen zu schütteln. Ob die Primaner-Mitglieder ihrem Sekundar-Präsidenten folgen, ob sie „gegangen“ werden“ oder ob man Gnade für Recht ergehen läßt, was wir den „Anstärkern“ wünschen möchten, ist noch nicht entschieden. Einwilen ist nur die verschobene Prüfung auf Mittwoch festgesetzt worden.

Wie schlimm es um die Diefelheizung bei Unglücksfällen in den meisten Berliner Vororten bestellt ist, zeigt folgender trasse Fall, der hiesigen Mättern mitgeteilt wird: Acht Radfahrer, die am Sonntagabend in der ersten Stunde von Velinhof kamen, fanden auf der Chaussee nach Hundeshöhe einen Mann bewußtlos neben seinem Zweirade auf der Erde liegen. Sie versuchten zunächst, ihn zu erwecken, doch wurde dort nicht nur die Aufnahme des Verletzten, sondern auch die lauthweise Ueberlastung irgend welcher Erfrischung verweigert, weil man davon nur Schererei habe. Mehrere Herren fuhren nun weiter nach dem in der Bernerstraße belegenen Polizeibureau der Kolonie Grunewald, um dort Hilfe für den Verunglückten, einen Schlächter Richard Weise, zu erbitten. Es wurde ihnen indes eröffnet, daß „diesseits nicht veranlaßt werden könne, weil die Unglücksstelle auf Schmargendorfer Gebiet liege“. Vergeblich war der Hinweis auf die dringende Not des Verunglückten und die Unmöglichkeit, zur Nachtzeit nach Schmargendorf zu fahren. Der Beamte erklärte sich für nicht zuständig und konnte auch nicht telefonieren, weil er, wie er sagte, keinen Radfahrerschlüssel habe. Auf seinen Rat jagten nun die menschenfreundlichen Radler nach Halensee, um auf dem Polizeibureau, Kurfürstendamm 133, Hilfe zu erbitten. Dort wurde zunächst wieder die Anzuständigkeit ins Feld geführt, dann aber setzte der Beamte — es war inzwischen gegen 12 Uhr geworden — das Nachttelefon in Tätigkeit, um nach langem Warten den Bescheid zu erhalten, daß auf dem Schmargendorfer Polizei-Poste nach 11 Uhr niemand mehr zu erreichen sei. Betrübt wollten die Helfer von dannen ziehen, da klingelte das Telefon von neuem und der Beamte erklärte den erstauft Aufstehenden, daß sie das Lokal nur nach Erlangung von 20 Pf. Gebühr für ein Nachtgespräch verlassen dürften. Kein Protest half, die 20 Pf. mußten bezahlt werden. Empört lernten die Radler zu der Unfallstelle zurück, wo sich inzwischen die Situation noch dadurch verschimmert hatte, daß der Verunglückte von Krämpfen befallen wurde. Die Mitleidigen konnten sich nicht anders helfen, als daß sie mehrere Räder zusammenbanden, auf denen der noch immer Bewußtlose mit unendlicher Mühe und Schweißarbeiten in das Krankenhaus gebracht wurde, wo er schwer verletzt daniederliegt.

Lichtenberger Scherze. Ein Gastwirt fand sich dieser Tage bemüht, aus dem Hause in der Friedrichstraße zu Lichtenberg, wo er bisher gewohnt hatte, mit Rüst auszuziehen und durch eckige simbole Melodien seinen Handwirt ob der Trennung zur Wehmut zu stimmen. Dieser rächte sich nun dadurch, daß er im Ortsblatt folgende Annonce losließ: „Ein Arbeitswagen zum Aufkaden von 20 Centner verdorbener Wurstwaren wird gesucht; erwünscht ist der Wagen ohne Rüst.“ Die Polizei hatte nämlich bei dem wegen seiner billigen Wurstwaren zur Berühmtheit gelangten Gastwirt die 20 Centner konfisziert.

Infolge einer Messerfehde, die sich in der Nacht zum Montag zu Potsdam in der Kaiser Wilhelmstraße zutrug, haben die Mannschaften des 1. Garde-Infanterie-Regiments den Befehl erhalten, außerdienstlich nur mit ungeschlachtetem Säbel auszugehen. Ueber die Ursache dieser Verordnung bringt eine Korrespondenz folgende unkontrollierbare Meldung: Von einem Tanzlokal heimkehrend wurden nach Mitternacht zwei Mann von fünf Civilpersonen überfallen und mit Messern gestochen. Auf die Hilfe rufe der Mann eilten zwei Schulleute herbei und verhafteten einen Maurergesellen, der auf einem Mann nierte und mit seinem Messer blindlings auf ihn einschlug; die andern hatten eiligst die Flucht ergriffen. Auf der Polizeiwache wurde der Maurer, der bei seinen Eltern wohnte, wieder entlassen, nachdem man seine Personals feststellen konnte. Leider sind die Verletzungen des Mannen Exner so schwer, daß sein Leben jetzt in höchstem Grade gefährdet erscheint. Er hat verschiedene Stiche in Unterleib und Kopf erhalten, sowie einen in die Lunge. Er liegt im Garnison-Lazarett. Sein Kamerad hat zwei Messerstücke im Kopf. Als man Montagvormittag den Maurergesellen in der Wohnung seiner Eltern wieder verhaften wollte, stellte es sich heraus, daß er gar nicht nach Hause gekommen war. Er konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Vermischtes.

Eisenbahn-Unglück in Frankfurt a. M. Dienstmittwoch 4½ Uhr rannte die Maschine des Schnellzuges Basel-Frankfurt auf dem Frankfurter Bahnhof gegen einen Vrellbod und zertrümmerte diesen. Die Maschine entgleiste und wurde beschädigt, infolge des starken Stoßes wurden acht Passagiere leicht verletzt; der Materialschaden ist gering, der Verkehr in keiner Weise gestört. Das Stationspersonal nahm sich der Verletzten sofort an; sie erhielten, wo es notwendig war, einen Notverband. Wie sofort festgestellt wurde, ist der Führer des Zuges mit nur 22 Kilometer Geschwindigkeit in den Hauptbahnhof eingefahren; wahrscheinlich hat er die Bremse zu spät in Tätigkeit gesetzt.

Ein schweres Eisenbahnunglück meldet der Draht aus Ferrara. In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr lief eine nur von einem Heizer bediente Rangierlokomotive mit einem Wagen in der Richtung auf Voggiato Renato davon. Die Lokomotive, deren Führer kein Signal beachtete, stieß 4 Kilometer von hier mit einem Schnellzug von Bologna nach Venedig zusammen. Nach dem Zusammenstoß brach in dem Schnellzuge Feuer aus, wodurch der Gepäckwagen und der Postwagen vernichtet wurden. Fünf Wagen blieben unbeschädigt. Die beiden Maschinen wurden beschädigt. Ein an die Unfallstelle entsandter Hiffzug brachte die Reisenden nach Ferrara, von denen 17 Verletzungen davongetragen haben. Sechs Personen, darunter der Heizer der Lokomotive, die mit dem Schnellzug zusammengestoßen war, der Führer des Schnellzuges und ein Reisender wurden getötet. Die Arbeiten, um die Linien wieder frei zu machen, sind im Gange.

Der Zusammenstoß ist dadurch herbeigeführt, daß der Lokomotivführer eines auf dem Bahnhof Ferrara rangierenden Güterzuges den Zug dem Heizer übergab, welcher die Maschine nicht anhalten konnte. Diese lief mit dem Güterzuge auf die Linie Bologna und stieß mit dem Schnellzuge, der 2 Uhr morgens von Bologna abgeht, zusammen. Unter den Verwundeten haben sechs Personen schwere Verletzungen erlitten; unter letzteren befindet sich Dr. Otto Ritter, Mitglied der österreichischen Handelsvertrags-Kommission.

Dritte Konferenz der sozialistischen Frauen.

1. Verhandlungstag. (Schluß der Nachmittags-Sitzung.) Diskussion über den Kinderschutz.

Frau Jungwirth-Dresden: Wir haben den Antrag eingebracht: „Kinder unter vierzehn Jahren dürfen als Auszubereitete an Parteizeitungen nicht verwendet werden.“ Sie dürften sich vielleicht über diesen Antrag wundern. Es liegt uns auch fern zu behaupten, daß unsere „Sächsischen Arbeiterzeitung“ etwa Kinder zum Ausstragen verwendet. Aber trotzdem schaden die Kolportage oft mit sechs- bis achtjährigen Kindern die Zeitung ins Haus oder lassen durch diese lastieren. Die Mednerin kritisiert dann eingehend die Kinderbeschäftigungs-Anstalten der Kommune Dresden. Von Schluß bis spät in den Abend werden die Kinder selbst mit Holzhacken und Schiffsziehen beschäftigt, für die kleinsten Unarten giebt es Schläge oder Entziehung des Verdienstes für den nächsten Tag, ein Schuh gegen Unfall ist nicht immer vorhanden. Zur Förderung der Frömmigkeit werde natürlich bei Beginn und Schluß der Arbeit ein Kirchenlied gesungen. Mednerin empfiehlt daher folgende Resolution, die wie die obige von den Genossinnen Dresdens gestellt ist: Die Konferenz möge folgenden Antrag dem Parteivorstand zur Erörterung überweisen: Die städtischen Kinderbeschäftigungs-Anstalten, welche bisher dem Kinderschutzgesetz nicht unterstellt sind, sollen ihm unterstellt werden.

Frau Göderitz-Weichenbach begründet folgenden Antrag des fünften sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die Frauenkonferenz möge Vorschläge zur Verbesserung des jetzt in Kraft getretenen Kinderschutzgesetzes machen und zwar dahingehend, daß die Handhabung des Gesetzes zu einem wirklichen Schutze wird und daß man zweitens dieses Gesetz auch auf die heimarbeitenden Kinder ausdehnt.

Diese Vorschläge sollen in einer Resolution festgelegt und diese unserer Reichstagsfraktion übergeben werden. Es liegt ferner ein Antrag der Berliner Genossinnen vor: Die Vertrauenspersonen mögen in ihren Orten Ermittlungen darüber anstellen, wieviele Kinder und in welchem Alter tagsüber ohne Aufsicht sind, weil die Eltern der Erwerbsarbeit nachgehen müssen.

Frau Baunacke-Berlin begründet ihn mit dem Hinweis auf die zahlreichen Unfälle und schließt mit den Worten, daß wer wie sie in der Jugend selbst die Armut kennen gelernt habe, den Kampf gegen sie und die durch sie verursachten Qualen voll zu schätzen wissen werde.

Frau Lub-Wein teilt ihre eigenen Erfahrungen aus der Jugend mit. Sie habe am eignen Leibe erfahren, was es heiße, übermäßig arbeiten zu müssen. Der Berliner Wasserverwaltung werde mehr als die Finger gesehen werden müssen. Sie gebe Waisenkindern, besonders Mädchen, aufs Land, die dort übermäßig ausbeutet würden. Ein zehnjähriges Mädchen müsse fünf Rühr täglich melken, eine Arbeit, die gar nicht ordentlich geleistet werden könne. Es ist überall darauf zu achten, wohin die Waisenverwaltungen die Kinder in Pflege geben.

Frau Plum-Essen berichtet von der Ausbeutung der Arbeitskraft kleiner Kinder beim Ausstragen von Zeitungen und Weißbrot in ihrem Bezirke. Diesen Kindern ist es nicht möglich, ein ordentliches Frühstück zu sich zu nehmen, bevor sie in die Schule kommen. Durch die Anträge eines Lehrers wurde festgestellt, daß 25 Kinder nächsten auf der Schulbank saßen. Im Landkreis Aachen werden drei- bis vierjährige Kinder mit dem Aufhaken von Knöpfen, Galen und Oesen beschäftigt. Für das Aufhaken von drei Dutzend wird 1 Pfennig bezahlt; die Kinder verdienen 8 bis 10 Pf. täglich. (Hört! hört!) Der Jovim muß von den Eltern gelieft werden. Von der Ausbeutung dieser Kinderarbeit kann sich nur der eine vorstellen machen, der das schwarze Interneurium kennt. Für diese Leute existiert kein Kinderschutzgesetz. (Lebhafte Beifall.)

Frau Bartenberg-Ottensen schildert die Ausbeutung der Kinder in der Heimarbeit der Tabakindustrie; Schandlöhne werden auch für das Ausspülen der Strabben bezahlt.

Frau Wichmann-Lichtenberg wünscht, daß den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Accordarbeit verboten wird, weil gerade die Accordarbeit zu Lohndrückereien benutzt wird.

Frau Baumann-Altona: Während früher zum Ausstragen von Zeitungen nur Frauen verwendet wurden, die auf eigenes Konto Kinder verwandten, werden jetzt direkt Kinder, die über 12 Jahre alt sind, angestellt für die Stunden, wo ihre Beschäftigung zulässig ist. Die Wirkung des Kinderschutzgesetzes auf die Kolportage ist gleich Null. Es wird nach Kräften umgangen und niemand kümmert sich darum. Bei der Parteikolportage des „Hamburger Echo“ ist die Beschäftigung von Kindern streng verboten. Damit schließt die Diskussion.

In ihrem Schlußwort hebt Frau Ziegler hervor, daß die Resolution des 6. sächsischen Wahlkreises teils durch die Resolution der Referentin erledigt, teils bereits Gesetz ist. Die von Genossin Wichmann beantragte Veränderung der Resolution (Verbot der Accordarbeit für jugendliche Arbeiter statt Herabsetzung der Arbeitszeit für diese Arbeiter auf sechs Stunden) empfiehlt sie nicht. Es muß vielmehr dafür gefordert werden, daß in den Gewerkschaften für die Vereinfachung der Accordarbeit agitiert wird. Der Antrag 1 der Genossinnen des 4. und 6. sächsischen Wahlkreises (Dresden) und der Antrag Berlin sollten angenommen werden.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Ziegler unter Ablehnung des Amendements Wichmann einstimmig angenommen. Gleichfalls angenommen wird der Antrag Berlin und der Antrag 1 Dresden.

Um 1/2 8 Uhr werden die Verhandlungen auf Sonntag 9 Uhr vertagt.

An der Konferenz nehmen teil: Ottilie Baader-Berlin, M. Karstens-Neumünster, Adolf Scherf-Langensdorf, Heinrich Schulz-Bremen, für Erfurt, Marie Wadwig-Wittenberge, August Widy-Wilshausen, Pauline Göderitz-Weichenbach, U. Maria Böhm-Leipzig, Wilhelmine Kähler-Dromberg, Wilhelmine Kähler-Magdeburg, Linchen Baumann-Altona, Henriette Wirus-Frankfurt a. M., Vertha Jungwirth-Dresden, Frau Agnes Plum-Essen, Margarete Jesse-Köln, Marie Thiel-Zeltow-Weeslöv, Minna Jung-Kieder-Varnim, Bertha Niemann-Gemminy, Auguste Voss-Bremen, Meyer-Bremen, Minna Schäfer-Bremen, Marie Hof-Hamburg, Luise Ziegler-Hamburg, Agnes Fabrenwald-Hamburg, Anna Baunacke-Berlin, Bertha Lub-Berlin, August Herzig-Hamburg, Remigott-Gamstadt, Joseph-Hahn-Hamburg, Handlungsgeschäft, Marie Greifenberg-Kugoburg, Bartenberg-Ottensen, Anna Niemann-Stralsund, Maria Jettin-Wittenberg, Minna Vollmann-Halberstadt, Genossin Adelheid Popp-Wien, Vertretung der österreichischen Genossinnen, Genossin Nollendörfer in Vertretung des Parteivorstandes, Als Gast Genossin Wichmann, Kreis Nieder-Varnim.

2. Verhandlungstag.

Die Vorsitzende Frau Jettin eröffnet die Sonntagsitzung um 9 1/2 Uhr und gibt zunächst Frau Fabrenwald-Hamburg das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 83 Mandate für 32 Delegierte ausgestellt worden, Frau Kähler vertritt Magdeburg und Dromberg. Unter den Delegierten sind auch 6 Genossen. Als Gäste sind anwesend für den Parteivorstand Genossin Kollendörfer, für die österreichischen Frauen Genossin Popp, für den Wahlkreis Nieder-Varnim Genossin Wichmann. Hossen wir, so schließt die Berichterstatterin, daß die Konferenz das nächste Mal doppelt so stark besucht ist. (Beifall.)

Dann wird in der Tagesordnung fortgefahren. Zum Referat über den

Sonntagsabend

wird das Wort erteilt an Fräulein Baader: Mehr als 12 Jahre ist es her, seit wir den gesetzlichen Achtstundentag für die in Fabriken

arbeitenden Frauen haben. Was hat man nicht alles seiner Einführung entgegengesetzt. Man hat behauptet, die Frauen würden dadurch völlig aus der gewerblichen Arbeit herausgedrängt werden. Aber die Unternehmer wissen, daß sie nach wie vor an den Frauen billige und willige Arbeitskräfte haben. Deshalb ist nicht nur die Frauenarbeit im selben Umfange erhalten geblieben, sondern zwischen den letzten beiden Gewerbeverordnungen von 1882 bis 1892 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen noch um 35 Prozent zugenommen. Welche Fülle von Familienglück wird dadurch erzielt! Aber den Missethätigen der Frauenarbeit wird nicht dadurch abgeholfen werden, daß man die Frauen aus der Fabrik herausdrängt. Im Gegenteil wollen wir die Frauenarbeit schützen, die die Frau auf eine höhere soziale Stufe hinaufhebt und ihre Tätigkeit dem Wirken des Mannes gleichberechtigt macht. Die Nachteile der Frauenarbeit zeigen sich nur in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und doch würde gerade in ihr das Verbot der Frauenfabrikarbeit die Frauen nur größerer Ausbeutung in der Heimarbeit in die Arme treiben. Dann hätte sie noch weniger Zeit, Mutter und Frau zu sein. Nur die Verkürzung der Arbeitszeit kann der Familie die Frau, den Kindern die Mutter, dem Manne die Gattin wiedergeben. Wir verlangen die Verkürzung des Arbeitstages für alle Arbeiter; aber die Frauen leiden doch am schwersten unter seiner Länge. Unsere Parteigenossin Frau Dr. Adams-Wehmann hat statistisch nachgewiesen, wie wenig Frauen gesunde Kinder zur Welt bringen. Eine sehr große Zahl von Frauen stirbt alljährlich im Kindbett, ein Zeichen für die Verhinderung des Organismus durch die lang andauernde Arbeitszeit. In gleicher Weise leidet die Pflege der Kinder. In den Fabriken von Sachsen sterben 88-45 Prozent der Kinder im ersten Lebensjahre. Welch eine Menschenverwüftung, welche ein Raubbau an der menschlichen Kraft. Wir verlangen Schutz nicht nur für die verheirateten Frauen, sondern auch für den weniger gefestigten Organismus der jungen Mädchen. Weiterhin nimmt die Arbeit ständig an Intensität zu. Als die Grimmitzhauer Textilarbeiter ihre minimale Forderung nach dem Neunstundentag erhoben, wiesen sie nach, daß die Weibstraße, die früher 45 1/2 Stunden in der Woche machte, jetzt deren 75-80 macht. Diesem Gang der Maschine muß sich die Arbeiterin anpassen. Und mit Recht hat hierauf Karl Marx in seinem „Kapital“ gesagt, daß, wenn man den Arbeiter zwänge, um ein Viertel mehr Atemzüge zu machen, Schritte zu gehen und Arbeit zu leisten, er statt 50 nur 37 Jahre leben werde. (Sehr richtig!) Wir aber wollen das Mehr an Arbeitskraft, das wir in der Arbeitszeit ausgeben, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit unserer Körper erhalten. Ein konservativer Parteiführer sagte einmal, daß man durch eine Verkürzung der Arbeitszeit geradezu das Kapital konfiszieren würde. Wenn man dem Arbeiter die Arbeitskraft, sein Kapital, erhält, so konfiszieren man es nicht. Aber wahrheitsgemäß hat der Herr an alles andere eher als an das Kapital des Arbeiters gedacht.

Seit die Arbeiterschaft Vertreter im Parlament hat, sind diese unablässig bemüht gewesen, Anträge im Sinne der Arbeitszeitverkürzung einzubringen. Ein Gesetz, das 1867 v. Schweizer „zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital“ vorschlug, kam nicht zur Verhandlung. Der Präsident forderte entgegen der Gewohnheit die schriftliche Unterstützung, und alle Fraktionen lehnten es ab, ihre Unterstützung zu dem Antrag zu geben.

Bei der Gewerbeordnung traten 1869 wieder im Norddeutschen Bundestag Schweizer, Frische, Hafencleber, Vebel und Liebnecht für die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit ein, insbesondere auch für Beschränkung der Frauenarbeitszeit und das Verbot der Kinderarbeit.

Am 11. April 1877, also ein Jahr vor dem Attentatrummel, kam ein derartiger Antrag infolge der Unterstützung der Konservativen zum erstenmal im Reichstag zur Verhandlung. Es war ein ausgearbeitetes Gesetz, das alle unsere wichtigsten Forderungen enthielt. Es wurden von Frische begründet und von Vebel verteidigt, blieb aber unerledigt. Immerhin veranlaßten die Arbeitervertreter als unzureichend die Regierung zu Erhebungen, die für das nächste Jahr wenigstens zu einigen bescheidenen gesetzlichen Maßnahmen führten. In der nächsten Zeit spielte sich das Centrum wiederholt als Partei der Arbeiterfreundschaft auf. Sie wußte, daß der damals noch allmächtige Bismarck alle Beschlüsse des Reichstages im Bundesrat würde abweisen lassen. Seit das Centrum so mächtig ist, ist es in diesem Punkte viel zurückhaltender geworden.

Witten in der Wahlbewegung der neunziger Jahre fielen die lafferlichen Erlasse. Da glaubten manche noch nicht so gefestigte Genossen, jetzt werde das goldene Zeitalter für die Arbeit anbrechen. War doch versprochen, daß die Regierung die Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter schützen, ihnen Gleichberechtigung gewähren werde. Den Arbeiterinnen wurde der — eifständige Arbeitstag gegeben, das war alles. Und durch die geringen Strafen für seine Übertretung reizt man noch heute stillschweigend zu seiner Übertretung an. Es folgten 1896 einige Schlußbestimmungen für die Konfektion, die in neuerer Zeit auf die Werkstätten der Pulverindustrie und Wäschefabrikation ausgedehnt worden sind. Jetzt verlangen wir als Etappe auf dem Wege die Herabsetzung des Arbeitstages für alle weiblichen Arbeiter, nicht nur wie das Centrum, das stets durch seine Anträge dem Fortschritt hemmend im Wege steht, nur für die verheirateten Frauen.

Am 4. Februar 1897 wurde im Reichstag der sozialdemokratische Achtstundentag verhandelt und nach dreitägiger Debatte abgelehnt. Die Regierung schweig, wohl um es weder mit den Arbeitern noch mit den Unternehmern zu verderben. Unter den wunderlichsten Gründen lehnten die Parteien unsern Antrag ab. So begründete die freiinnige Partei ihr Nein mit der Behauptung, daß die Folge des Achtstundentages Arbeitslosigkeit und Vermehrung der Frauenarbeit sein würde. Die Konservativen ließen durch den Junker v. Buttamer erklären, solche Anträge bedeuteten eine Förderung der Revolution, und jeder gesetzliche Eingriff in die Freiheit des Arbeitsvertrages sei eine Konfiszierung des Eigentums. (Hört! hört!) Freiherr v. Hegl verwies für die Nationalliberalen auf die „kolossale“ Belastung der Industrie durch die sozialpolitischen Gesetze und behauptete, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur eine Vermehrung der Völlerei in den Arbeiterkreisen bedeuten würde. Dumm und brutal wie immer meinte Freiherr v. Stumm, daß ein höherer Verdienst der Männer bloß die Arbeiterinnen zu größerer Falschheit verführen würde. (Heiterkeit.) Er meinte weiter, die Arbeiter äßen nur aus Bosheit kein Fleisch, damit ihre Lage recht traurig erschiene. (Heiterkeit.) Das zweideutige Verhalten des Centrum mit Herrn Hise an der Spitze brachte es schließlich dahin, daß die Achtstundentagsfrage auf dem Wege einer Enquete auf die lange Bank geschoben wurde. Auch in den folgenden Sesssionen kam nichts heraus: Die Herrr handelten nach dem Worte: Verehret Euch! (Sehr richtig!) Schließlich, als durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Arbeitszeit in 90 Prozent der Betriebe auf 10 Stunden herabgedrückt war, schloß sich die Regierung doch veranlaßt, durch die Gewerbe-Inspektoren eine Enquete veranstalten zu lassen, ob die Durchführung der gesetzlichen zehnstündigen Arbeitszeit und der zeitigere Sonnabendabstufung für die Arbeiterinnen sich ermöglichen lasse. Auch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion lag vor, der die Einführung des Neunstundentages und dann des Achtstundentages forderte. Nach meiner Auffassung ist diese Forderung viel zu gemäßig. So viel Mühsal brachte man auf das Unternehmertum nicht zu nehmen. Die Erörterung dieses Antrages wurde auf den Herbst verschoben.

Für uns ist die Forderung des Neunstundentages ja nur eine Etappe. Die starke Vermehrung unserer Fraktion bei den letzten Wahlen hat die andern Fraktionen veranlaßt, ihrerseits in Arbeiterfreundschaft zu machen. Warten wir ab, ob es ihnen ernst damit ist, oder ob nur die Anträge unserer Fraktion durchkreuzt werden sollen. So fordert das Centrum den Neunstundentag für verheiratete Arbeiterinnen, die Nationalliberalen das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause. Auch die Thronrede enthielt diesmal wieder sozialpolitische Versprechungen. Von der Sorge für die Bedürftigen

ist die Rede darin. Da erinnern wir uns an das schöne Wort: Die Existenz des Arbeiters ist bis ins späte Alter gesichert und gesichert.

Wir wissen alle, daß wir uns nicht zu verlassen haben auf Versprechungen, mögen sie von der höchsten Stelle, mögen sie von den gegnerischen Parteien kommen. Verlassen kann die Arbeiterschaft sich nur auf sich selbst. Nur soweit sie Furcht einschüßt, werden ihre Forderungen bewilligt. Es muß unsere Aufgabe sein, für die Verkürzung der Arbeitszeit eine öffentliche intensive laute Agitation zu entfalten, viel kräftiger als bisher. Die Parteizeitungen müssen noch ganz anders, als bisher, diese Forderung in den Vordergrund schieben. Jede Verkürzung der Arbeitszeit bringt uns unmittelbaren Nutzen. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß auf alle Arbeiterkategorien ausgedehnt werden, seien sie in der Groß- oder in der Kleinindustrie tätig. Wenn die Kleinindustrie dabei nicht bestehen, so mag sie zu Grunde gehen. Am höchsten steht das Leben und die Gesundheit der Arbeiterklasse. (Lebhafte Beifall.)

Frau Anna Niemann-Stralsund

tritt für die Einführung des Neunstundentages in der Hausindustrie ein und berichtet von den schlechten Löhnen, die die Arbeiterinnen der Stralsunder Spielkartenfabrik erhalten. 20jährige Arbeiterinnen erhalten einen Wochenlohn von 4 M. bis 4,50 M. Der Höchstlohn beträgt 10-12 M. Trotzdem ist es sehr schwer, diese Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Trotzdem werde ich, gestützt auf das, was ich auf dieser Konferenz gelernt habe, mit frischer Kraft an die Arbeit gehen. (Bravo!)

Auf Vorschlag von Frau Kähler-Dresden wird von einer weiteren Diskussion über das Referat mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit Abstand genommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: Die Schulfrage.

Referentin ist

Frau Maria Jettin: Wenn die Genossinnen beschlossen haben, die Schulfrage auf die Tagesordnung dieser Konferenz zu stellen, so waren sie sich wohl bewußt, daß es in der kurzen Zeit, die hier zur Verfügung steht, unmöglich ist, die Schulfrage ihrer Bedeutung gemäß eingehend zu behandeln. Wenn wir trotzdem ihre Behandlung beschlossen haben, so war dafür ein Grund bestimmend. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Schulfrage, die Bildungsfrage, von höchster Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung ist, daß die Schulfrage im Leben der Millionen von Arbeiterinnen, an die unsere Agitation sich wendet, eine hervorragende Rolle spielt. Das ist in ergeizender Weise auch hier zum Ausdruck gekommen in dem Schrei nach höherer Bildung, den fast alle Rednerinnen hier erhoben haben. Sie alle sind aufs schmerzlichste davon berührt, daß die Volksschulbildung ihnen nicht erlaubt hat, reichere Schätze des Wissens in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes zu stellen. Es giebt wohl keine proletarische Mutter, die nicht damit rechnet, daß sie ihre Kinder derselben mangelhaften und unvollkommenen Volksschule anvertrauen muß, unter deren Gebrechen sie selbst gelitten hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Frage der Volksschule ist also ein wichtiger Punkt, wo unsere aufklärerische Agitation einsetzen kann. Hier können wir, gestützt auf Thatsachen, dem weidlichen Proletariat die Verbrechen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vor Augen führen. Es handelt sich nicht nur um Sünden, die im kapitalistischen System liegen, nein, um spezielle That- und Unterlassungsünden, mit denen die bürgerliche Gesellschaft die Grundübel noch verschärft und verschlimmert. Gerade dieses Gebiet eignet sich ausgezeichnet dazu, um die ganze kulturelle Ueberlegenheit der sozialistischen Weltanschauung aufzuweisen und jedem klar zu machen, daß das sozialistische Proletariat die Weltbühne betreten hat, nicht nur um die Wagenfrage, sondern um eine Kulturfrage in ihrem tiefsten Kern zu Gunsten der Allgemeinheit zu lösen. (Lebhafte Beifall.)

Wir sind ferner der Ansicht, daß ein künftiger Parteitag, nicht dieser überlastete, nach eingehender Erörterung der Schulfrage in Presse und Versammlungen, nicht nur von den Forderungen unseres Minimalprogramms ausgehend, sondern auf Grund unserer gesamten Weltanschauung zur Schulfrage Stellung nehmen muß. Durch unsere heutige Erörterung wollen wir die Genossinnen befähigen, an den vorbereitenden Debatten teilzunehmen.

Die Volksschulfrage ist die nationale Erziehungsfrage. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist einmal begründet in der Entwicklung der Pädagogik als Wissenschaft. Je mehr sie sich in den ganzen Komplex der Probleme der Schulfrage vertieft, um so mehr sieht sie ein, daß es sich in der Schule nicht bloß um Geistesdrill, sondern um einen Erziehungsunterricht handelt, der den ganzen Menschen umfaßt und alle Seiten seines Wesens zur Entfaltung bringen soll. Die Volksschulfrage ist die Frage der Erziehung der gesamten Nation oder sollte sie wenigstens sein. Wir als Sozialdemokraten müssen erst recht diese Frage so auffassen, die wir auf dem Boden der materialistischen Gesichtsauffassung und der Darwinischen Entwicklungsideen stehen. Auch die einzelne Persönlichkeit betrachten wir im Fluße der Entwicklung, nicht als etwas Festes und Gegebenes, sondern als ein bildames und entwicklungsfähiges Wesen. Das gesamte Milieu schafft bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten für jedes Lebewesen. Wir fassen die Schulfrage im Sinne jenes Wortes des großen Pädagogen Amos Comenius auf: „Die Bildung soll alle, die da Menschen sind, zu allem befähigen, was menschlich ist.“ Die Schulfrage ist uns ein Teil des großen Erziehungsproblems, daß alle Umstände des materiellen und des gesamten sittlichen Milieus bewußt so zu gestalten sind, daß sie die vorteilhafteste Entwicklung des Kindes in körperlicher, sittlicher und geistiger Beziehung verbürgen; es gilt, wie Richard Wagner sagt, die Kinder zu schönen Menschen, zu starken Menschen zu erziehen, wie sie Schiller in seinem Gedicht „Der Künstler“ verkörpert hat:

Wie schön, o Mensch, mit deinem Palmenzweig
Stehst du an des Jahrhunderts Reize
In edler, stolzer Männlichkeit,
Mit aufgeschlossenem Sinn, in Geistesfülle,
Voll mildem Ernst, in thaterreicher Stille
Der keltische Sohn der Zeit.

Wenn wir an diesem Ideal messen, was die bürgerliche Gesellschaft zur Bildung der großen Masse des Volkes thut, dann muß unser Urteil lauten: Genossen und zu leicht bedenklich (Lebh. Beifall.) Betrachten wir, was die bürgerliche Gesellschaft für die Volksschule thut, das wichtigste Bildungs- und Erziehungswesen für die wertvollsten Rassen.

Die ganze wirtschaftliche Entwicklung setzt die Eltern immer mehr außer Stande, einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Erziehung der Kinder auszuüben. Das gilt nicht nur für die arbeitenden Klassen. Im Proletariat erscheinen alle Gebrechen der kapitalistischen Ordnung auf die Spitze getrieben. Aber die Entbehrung der Eltern von der Erziehungsdarbeit geht in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt vor sich. Gleichviel ob man heut Hammer oder Ambos ist, der Anteil an der Erziehung geht zurück, weil auch in den besser situierten Klassen der Kampf ums Dasein, rücksichts- und schonungslos entfeuert, den besten Teil der Kräfte der Eltern aufsaugt, so daß für die Erziehung nur die Prosamen übrig bleiben, die vom Tisch fallen. So ist die Volksschulfrage mehr und mehr Erziehungsfrage geworden.

Wie liegen nun die Verhältnisse? In unsern Tagen ist die Volksschule Armeeleute-Schule. Auch hier kauft der tiefe Gegensatz der Auffassung, der uns von dem bürgerlichen Volk trennt. Wir sind der Auffassung, daß die Bildung von der niedrigsten bis zur höchsten Allgemeinheit, Kulturgut ist, daß jedes Glied der Gemeinschaft unbeschränkter Anteil an diesem Gute hat, daß andererseits der Gesellschaft die Pflicht obliegt, alle Bildungsmöglichkeiten, die in ihr vorhanden sind, die nur möglich sind dank der Arbeit der ausbeuteten Millionen, unbeschränkt allen Mitgliedern der Gesellschaft zu gute kommen zu lassen. Aber die bürgerliche Gesellschaft würdigt die Bildungsmöglichkeiten zu einer Ware herab, die verkauft

und gekauft werden können, wie jede andre Ware. Sie hat die Männer der Wissenschaft aus reinen Forschern in betriebsame Händler mit wissenschaftlichen Worten oder Talmentwerten herabgewürdigt, herabgewürdigt die Künstler aus frei schaffenden zu Sklaven der Mode und der Launen der Reichen, genau wie sie die Kultur herabwürdigt zur Ware, die nur kaufen kann, wer Geld hat. (Sehr gut!) Genau wie einst zur Zeit der indischen Kasten ist heut die Bildung Monopol, das nicht Begabung oder Neigung, sondern nur das Geld erschließt. Nicht durch göttliches Gebot hält man die aufstrebenden Massen heut von der höheren Bildung fern, durch etwas Schlimmeres, was noch schwerer zu zertrümmern ist, wie ein göttliches Gebot, durch die hohen Kosten. Den Kindern wird nicht nach Talent und Neigung die höhere Bildung zu teil, sondern nach der Reichthum der Väter ihrer Eltern. Darum haben wir auch kein einheitliches, kein organisch zusammenhängendes Volksschulwesen im Deutschen Reich. Wir haben Bildungsanstalten der verschiedensten Art, gehen sie geteilt in schlechte und billige für die Kinder des werthvollen Volkes und solche, die teuer sind und deshalb den werthvollen Klassen verschlossen sind. Im Deutschen Reich gab es nach der Schulfachstatistik von 1899 593 000 Schulen und 8 660 000 Schüler und Schülerinnen. Für diese wurden im ganzen 141 700 000 Mark aufgewendet, davon 243 Millionen von den Gemeinden und Unterhaltspflichtigen der Kinder. Die Bundesstaaten steuern nur 99 Millionen bei. Vergleichen Sie das mit den 1018 Millionen, die wir alljährlich für Heer und Marine ausgeben, so haben wir die ganze Barbarei und Schmach unseres heutigen Volksschulwesens vor Augen. (Sehr richtig!) Ja, wir sind sehr arm bei den Ausgaben, die wir für die Ausbildung der höchsten Fähigkeiten des Menschen machen. Aber wir sind sehr reich; wir können jährlich über eine Milliarde verpulvern und ins Wasser werfen; wir sind sehr reich, wenn es sich darum handelt, die Kunst der Menschenvernichtung zu lernen. Einige Beispiele machen und den Arme-Leute-Charakter der Volksschule noch deutlicher. Für die Ausbildung des einzelnen Volksschülers werden in Bayern 40 M. aufgewendet, dagegen für „höhere“ Töchter und „bessere“ Anaben 248 M. Im letzten Jahre gab es 8 924 779 Volksschüler, die von einem Lehrkörper von 124 027 Lehrern und 22 513 Lehrerinnen unterrichtet wurden. Auf einen Lehrer kamen durchschnittlich 61 Schüler. Vergleichen wir das mit den „Lehrern“ in der Armee. Einem Offizierskörper von 24 374 und einem Unteroffizierspersonal von 81 938 Mann, insgesamt 106 312 Menschen stehen 495 500 Gemeine gegenüber. Schon auf je 4 1/2 Gemeine kommt einer dieser militärischen „Lehrer“. (Weiterkeit.) Zuruf: Wenn es wenigstens Lehrer wären! — Erneute Weiterkeit.) Ja, es sind auch Lehrer mit ee, weil sie die Töchter der Steuerzahler lehren. Dasselbe Verhältnis von Arme-Leute- und besserer Schule finden wir in den einzelnen Bundesstaaten. In Baden beträgt die Leistung des Staates für Gymnasien, Mittelschulen und höhere Töchterschulen pro Kopf 7,27 M. für Volksschulen pro Kopf 1,60 M. (Hört! hört!) Dasselbe Bild zeigt die Verteilung der Lehrkräfte. Ich gebe die Zahlen ebenfalls aus Baden: An 16 Gymnasien mit 4969 Schülern unterrichten 354 Lehrkräfte, auf 14 Schüler kommt eine Lehrkraft. An 39 Mittelschulen mit 9675 Schülern unterrichten 652 Lehrkräfte, auf 17,32 Schüler kommt ein Lehrer. An 7 höheren Mädchenschulen mit 2908 Schülerinnen unterrichten 178 Lehrkräfte, 15 höhere Töchter brauchen also einen Lehrer. 30 Bürger- und Mittelmädchenschulen (höhere Volksschulen) haben 6462 Schüler, 206 Lehrer, 31,36 Schüler pro Lehrer. 11 gehobene Volksschulen, wie wir sie in größeren Städten haben, haben 35 113 Schüler, 696 Lehrer und 50,95 Schüler für jeden Lehrer. Und nun die 1570 Volksschulen der andern Gemeinden. Die haben 288 895 Schüler und 3250 Lehrkräfte; es kommen 73,49 Schüler auf jeden einzelnen Lehrer.

Preußen ist der reinste Typus bürgerlicher Kultur, das zeigt sich auch in seinen Schulverhältnissen. In den östlichen Provinzen wird pro Kopf des Schülers 6 M. aufgewendet, in den westlichen 9 M., in Berlin mehr als 10 M., in Koblenz sogar mehr als 12 M. Aber seine Zuschüsse leistet der Staat Preußen nicht denen, deren Leistungen am größten sind, sondern da, wo die Großgrundbesitzer einen Teil der Schullasten tragen oder tragen sollten. So entziehen sich die „Besen und Edelstein“ ihrer Verpflichtung, zu den Schullasten beizutragen, vollständig. Im Osten trägt der Staat fast die Hälfte der Schullasten, reichlich 46,71 Proz., im Westen viel weniger. Das Minimum des staatlichen Zuschusses im Westen beträgt in Berlin 3 Proz., in den östlichen Provinzen 20 Proz. und steigt bis auf über 58 Proz., nicht zur Förderung des Volksschulwesens, sondern zur Entlastung der Großgrundbesitzer. Selbst ein harmloses bürgerliches Blatt, die „Soziale Praxis“, hat diese Zustände an den Pranger genagelt: Da wird ausgeführt, daß in den östlichen Provinzen die staatlichen Zuschüsse heute schon vielfach höher sind als die Aufwendungen für Lehrerbesoldungen und oft mehr betragen als die angeblich von den Patronen geleisteten Subventionen. Der Staat würde noch Ersparnisse machen, wenn er in den eigentlichen Großgrundbesitzgehenden die Schulen auf eigene Rechnung übernehme. (Vielfaches Hört! hört!)

Aber nicht nur in der Dotierung ist die Volksschule das Äschelbrett der Schulen, die herrschenden und regierenden Klassen mißbrauchen sie auch, um durch religiösen Dogmenunterricht und gefälschten Geschichtsunterricht des Volkes Kinder zu vergiften. An die Spitze stellen wir die Forderung nach Unentgeltlichkeit und Einheitlichkeit des Schulwesens. Grundlage des Bildungswesens muß die einheitliche Elementarschule sein, die allen Kindern ohne Unterschied der Klassen und des Geldbesitzes der Eltern offen stehen soll. Dort sollen die Kinder so reich mit Wissen ausgestattet werden, eine so gründliche allgemeine Bildung erhalten, daß sie ins Leben, in die Berufsarbeit wohl vorbereitet eintreten können, daß sie später zu ihrer Ausbildung nur noch die allgemeine Fortbildungsschule besuchen brauchen. An diese allgemeine Stufe schließt sich die Mittelstufe, welche bereits die Vorbereitung bildet zu den höchsten Bildungsanstalten, in die der einzelne Schüler nach Anlage und Neigung eintreten kann. Je nach dieser Wahl bestimmt sich die Art des Unterrichtsstoffes, vermitteln sie höhere technische, wissenschaftliche oder künstlerische Hochschulbildung. Natürlich müssen alle diese Bildungsanstalten unentgeltlich sein. Wenn jedes Kind nur dort, nur in der Volksschule sich Bildung holen kann, gewinnen auch die herrschenden Klassen Interesse an der Volksschule, für die fortschrittlichsten Methoden einzutreten und den Unterricht nicht mehr zu verfälschen. Wo das Kind des arbeitenden Mannes neben dem des reichen Fabrikanten in der Einheitschule sitzt, wo die Bourgeoisie ihr Fleisch und Blut in die Volksschule schiden muß, wird sie auch für Reformen der miserablen, lächerlichen Volksschule zu haben sein. (Sehr richtig!) Allzu viel verspreche ich mir auch von der Einheitschule übrigens nicht; so lange die jetzige Wirtschaftsordnung bestehen bleibt, können die Reichen den Elementarschulunterricht durch Privatunterricht ergänzen lassen. Damit will ich nur vor der Ueberführung der Einheitschule durch die bürgerlichen Sozialreformer und Pädagogen warnen.

Die Unentgeltlichkeit soll, wie die Gegner sagen, ein Eingriff in die heiligsten Elternrechte sein, die sittlichen Grundlagen des Familienlebens zerstören. Nichts davon; sie ist einfach eine primitive, sittliche Pflicht der Gesellschaft, die auf dem robusten Unterbau der werthvollen Bevölkerung ruht, den Kindern des Volkes die Gelegenheit zur Aneignung der Kultur zu geben. Der Sohn des Volkes, den der blühende Bildungsdrang vorwärts treibt auf dem himmlischen Pfad zum Bildungsparadies, vor das die besitzenden Klassen den Cherubim mit dem flammenden Schwerte gestellt haben, soll nicht auf dem noch so dornigen und heißen Wege des Stipendienwesens und Almosenbittels aufsteigen müssen. Denn das Almosen nehmen tödtet viele Fähigkeiten, verdirbt den Charakter, schafft feile Anedkte, Schlangengeißel hat freier Denker, dient nur dem Zweck, gehorsame geistige Schuldträger und Schuldknappen der Bourgeoisie heranzubilden. (Sehr wahr!)

Ebenso unentgeltlich wie der Unterricht müssen die Lehrmittel sein. Nicht auf dem Gnadenwege, auf besonders Nachsuden aus spärlichen Fonds sollen sie geschenkt werden, sondern jeder Schüler soll sie ohne weiteres erhalten, wie der Soldat das Gewehr und sogar die Uniform erhält. Ferner müssen diejenigen Eltern, die nicht über genügend Mittel verfügen, während der Zeit der Ausbildung ihrer Kinder unterstützt werden, müssen ihnen von Rechts wegen aus öffentlichen Mitteln Reihisen gewährt werden. Sonst

ist es unmöglich, die erschlossenen Bildungsmittel völlig auszunutzen. Der proletarischen Familie ist es in der Mehrzahl der Fälle unmöglich, die Kinder bis zum 20. oder 24. Lebensjahre zu erhalten. Daraus zur Gewerksarbeit, heißt es bei vielen unserer Kinder schon vor dem Ende der heutigen Volksschule.

In zahlreichen Großstädten des Auslandes, in London, Stockholm, in ganz Frankreich und Norwegen, im Kantons Zürich vor allem, und selbst in Deutschland in Braunschweig und Zürich giebt man den Kindern zum Brote des Geistes auch das Brote des Leibes. Anfälle dazu sind die Schulkantinen, die nicht mit den Mitteln des Kirchengeldes, nicht auf Grund mildthätiger Stiftungen oder von Wohlthätigkeitsvereinen ins Leben gerufen worden sind, sondern aus öffentlichen Mitteln errichtet sind.

Eine andre grundlegende Forderung ist die der vollen Weltlichkeit der Schule. Hinaus mit der Religion aus der Schule (Waboi!) sie hat in der Schule nichts zu suchen, nichts aus ethischen, nichts aus pädagogischen Gründen. Dem ganzen Religionsunterricht ist das Brandmal aufgedrückt, daß er nicht die Aufgabe hat, religiöses Empfinden zu fördern oder zu schämen, sondern die Religion ausnützt, um die wirtschaftliche Sklaverei der arbeitenden Klassen aufrecht zu erhalten. (Sehr richtig!) Er dient nicht der Pflege religiösen Empfindens, sondern dem mechanischen Einbläuen von Dogmenformeln, die im schreiendsten Widerspruch zu den Ergebnissen der Wissenschaft und zur Wirklichkeit stehen, und damit ist er unethisch. Der Religionsunterricht in der Volksschule ist nicht ethisch, sondern dogmatisch; deshalb vergiftet er unsre Volksschule. (Sehr richtig!) Wo ein Unterricht, statt den Kindern die Wahrheit zu zeigen und sie auf den Weg wissenschaftlicher Erkenntnis zu weisen, den Kindern toten Formelraum einbläut, der in längst vergangenen Zeiten geschmiedet worden ist als Kette für den menschlichen Geist, von diesem Augenblick an ist der Unterricht als unethisch gebrauchbar. Zu dem steht der religiöse Unterricht in der Volksschule im Banne der enghen Konfessionalität und erzieht nicht zur Lösung anderer Ueberzeugungen und zur Toleranz, sondern reizt dazu an, in jedem Andersgläubigen den Aeger, sei es im Gefächelten oder im Gefächelten, zu erkennen und zu verachten. Auch vom pädagogischen Standpunkte aus verlangen wir Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule. Kein Gegenstand steht so sehr im Widerspruch mit den elementaren Forderungen der Pädagogik. Der Religionsunterricht fördert das Denken nicht und regt es nicht an, sondern erzieht es, weil an Stelle des Suchens und Forschens der Glaube an das Wort gestellt wird, weil das Gedächtnis mit totem Ballast beschwert und die Lust am Lernen dadurch verflümmert wird. Die alten Regulative verlangen 180 Bibelsprüche. Man hat sich jetzt dahin geeinigt, „nur“ 110 Sprüche aus dem neuen und 20—40 aus dem alten Testament nebst 20 Gesangbuchliedern lernen zu lassen. In Sachsen ist man selbstverständlich frömmere. (Große Weiterkeit.) Da verlangt man auswendig die 5 Hauptstücke nach Luthers Katechismus, 168 Gesangbuchverse, 150 Bibelsprüche und 35 Choralmelodien sowie den wesentlichen Inhalt von 140 biblischen Geschichten. Darum rechtfertigt sich schon vom pädagogischen Gesichtspunkte die Forderung: Heraus mit der Religion aus der Volksschule!

Ethischer Unterricht ist auch ohne Verquickung mit dem Religionsunterricht möglich. Haben wir doch auch in der Geschichte sehr viel Religion ohne Ethik gehabt und haben sie noch. Mit dem Moralunterricht kann der in Gesellschafte und Bürgerkunde verknüpft werden. Aber der Religionsunterricht soll Privatangelegenheit jedes Elternpaares bleiben. Die Gesellschaft ist nur verpflichtet, die Kinder tüchtig zu machen in dem, was sie für das diesseitige Leben gebrauchen. Für das Jenseits zu sorgen soll Privataufgabe der Eltern sein. Charakteristisch ist die Haltung der bürgerlichen Liberalen in der Frage der Verfassung der Volksschule. Die Linke des Vertrages ist kaum trocken, mit dem sich die Nationalliberalen mit den Konservativen über die weitere Verfassung der Schule geeinigt haben. Und dazu die Thatsache, die mir fast noch schärflicher erscheint: Die Jung-Nationalliberalen haben auf ihrer Tagung in Leipzig in den Richtlinienplan zu dieser Frage beschlossen: daß dem Religionsunterricht im Lehrplan der gebührende Raum gewährt werden muß. (Weiterkeit.) Schon daraus sehen Sie, daß die Jung-Nationalen die geborenen alten Ruinensprei sind. (Große Weiterkeit und Weisheit.) Die Liberalen wagen es nirgends mehr, die Forderung zu erheben, von der auch sie einst geträumt haben: hinweg mit der Religion aus der Volksschule. Aus Furcht vor dem Sozialismus suchen sie das Proletariat mit Verdröpfung auf das Jenseits vom Befreiungskampfe in Diesseits abzuhalten. Dazu kommt noch ein andres. Die Liberalen sind in Weltuntergangsstimmung, und aus diesem Stagnationsstadium flüchten sie in den religiösen Nihilismus. Daher der überzeugende Einfluß, den er in der modernen Kunst und Literatur gewinnt.

Neben der völligen Weltlichkeit der Schule fordern wir eine vollständige Reform des Unterrichts in der Geschichte, im Deutschen und in der Naturwissenschaft. Diese Forderungen müssen die gebührende Bedeutung im Unterrichtsplan gewinnen, damit die Ausbildung unserer Kinder sie genügend für den Lebenskampf ausrüstet.

Eine andre grundlegende Forderung ist die Einführung eines Arbeitsunterrichts in den Schulplan. Das ist bedeutsam, weil wir uns mit äußerster Energie gegen die ausgedeutete Kinderarbeit auflehnen. Aber wir verkünden, daß die freie Arbeit von hohem sittlichen und pädagogischen Wert ist. Wir wollen die verhängnisvolle Spaltung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aufheben; und gerade weil wir die Gesellschaft umwandeln wollen in eine Ordnung von freien Arbeitern bei materiellem und geistigem Schaffen und weil wir allen Kindern alle Bildungsmöglichkeiten der Gesellschaft erschließen wollen, darum soll auch der Arbeitsunterricht in reformierten Schulplan den ihm gebührenden Platz bekommen. Er knüpft an an den Anschauungsunterricht, vollendet, verinnerlicht ihn, führt in die innere Natur der Dinge und Gegenstände ein, entwickelt den Sinn für Handfertigkeit, häßt die Muskel, macht den Körper gewandt, regt das ständige Denken an, konzentriert den Willen auf eine Leistung und befähigt den schöpferischen Trieb, der in jedem Kinde schlummert. Der Arbeitsunterricht wird zu technischen Erfindungen und Verbesserungen anregen, die Arbeiter auf irgend einem Gebiet der Handarbeit zu schöpferisch arbeitenden Menschen heranziehen. Von ganz besonderem Einfluß wird er darauf sein, daß die selbstfabrikmäßig hergestellten Gegenstände viel mehr ein künstlerisches Gepräge tragen als dies bisher der Fall war. So regt der Arbeitsunterricht zur Freude an schöpferischer Arbeit an, lehrt Ehre und Würde der Arbeit. Durch ihn wird verhindert, daß die Kinder in die Stimmung von Staatspensionären hineinwachsen, sondern die Verpflichtung fühlen, daß, was sie an Bildung und Kultur empfangen haben, als freischaffende Menschen mit Zins und Zinseszins zurückzustatten.

Wir fordern ferner den gemeinsamen Unterricht und die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. Am Unterricht sollen Männer und Frauen beteiligt sein nach der persönlichen Fähigkeit und nach dieser bis zu den höchsten Stellen der Schulverwaltung aufwärts. Das ist eine bedeutsame Notwendigkeit, die durchgeführt werden muß, damit der ungesunde Zustand der Beziehung der Geschlechter zu einander, der sich bei den jungen Leuten beider Geschlechter am meisten in der Zeit der Pubertät geltend macht, damit die künstliche kraushafte Ueberreizung schwindet. Sehr viel davon ist auf die Abhinderung der Geschlechter von einander zurückzuführen, auf die Weibemännlichkeit und Unwissenheit, in der sie aufwachsen. Je mehr die Frau in das Leben hinandritt und Gelegenheit hat, ihre Persönlichkeit zu entfalten, wird sie eine Entwicklung nehmen, die nicht zu dem Resultat gelangen wird, das schreckhafte alte Männer der bürgerlichen Frauenbewegung vorausgesetzt haben. Nicht zu einer grotesken Kopie des Mannes, nicht zum Affen des Mannes wird sich die von allen Schranken befreite Frau entwickeln, sondern ihre Eigenart entfalten. Je weiter die Entwicklungslinien auseinanderlaufen, um so wichtiger wird der gemeinsame Unterricht für das harmonische Zusammenwirken der Geschlechter. Er wird einer der festesten Schutzwälle gegen die mancherlei Gefahren und Verirrungen sein, die an den jungen Mann infolge der alten Ueberlieferung einer zweifachen Moral heranreizen. Es giebt keine bessere Schutzwehr gegen diese Gefahren, als wenn der junge Mann, der als Anabe im Mädchen seinen Spielkameraden sah, die heranwachsende Jungfrau als Mitarbeiterin schätzte und achtete. Und wenn

er sich einer berechneten Lehrerin erinnert, die ihm auf manchen Pfaden des Wissens als treue Gefährtin zur Seite gestanden hat.

Ich will nur noch kurz auf die Notwendigkeit einiger Reformen hinweisen. Wir bedürfen ganz anderer Schulgebäude als jetzt. Das Elend der Verhältnisse auf dem Lande ist gekennzeichnet durch den Prozeß in Traakheim, wo 120 000 M. für den Gefährtschall ausgegeben worden sind, die 62 Schulkinder dagegen im Schulzimmer keinen Platz fanden und zur Hälfte mit ihren Büchern am Fenster stehen mußten. Ueber eine Million Kinder wird in Deutschland in überfüllten Klassen unterrichtet. (Hört! hört!) Auch in Sachsen, Württemberg und Baden sind die Volksschulklassen überfüllt. Diese Ueberfüllung aber steht im Gegensatz zu der Forderung, daß die körperliche Gesundheit der Kinder in der Schule geschützt sein soll. Die Schulhäuser sollen schöne, gesunde Gebäude sein. In den großen Städten liegen die Verhältnisse ja besser, als auf dem Lande, aber zu wünschen bleibt auch noch genug übrig. In den großen Klassenzimmern herrscht häufig eine verpestete Luft, und unter der zusammengepferchten Schülerzahl ist die Verbreitung ansteckender Krankheiten leicht möglich. Auch der Forderung wird nur äußerst selten entsprochen, daß die Schulgebäude inmitten großer Gärten liegen sollen. Schulsportplatz und Schulgärten sollen dazu verwandt werden, daß auch die ästhetische und künstlerische Erziehung gefördert und praktischer Arbeitsunterricht erteilt wird. Dieser Forderung schließt sich die auf Errichtung von Brausebädern und auf Anstellung von Schulfürsorgern an. Erst 239 deutsche Schulverwaltungen haben Schulfürsorge, im ganzen noch nicht 700, ange stellt. Im kleinen Norwegen aber hat jede Schule einen Schulfürsorge, jede Mädchenchule eine Ärztin. Wir verlangen weiter, daß die Lehrmittel den Forderungen der Hygiene entsprechen und daß die schlecht gedruckten Schulbücher, die Ursachen der Kurzsichtigkeit, verboten werden.

Eine Hauptforderung aber ist, wenn wir eine Lösung der Schulfrage anbahnen wollen, daß die Stellung der Lehrer in jeder Hinsicht einer durchgreifenden Verbesserung unterworfen wird. Die Schulfrage ist zum großen Teil eine Lehrerfrage. Für die Volksschullehrer soll an Stelle der vielfach unzulänglichen Bildung in den Seminaren, auf denen die inöcherne Hand der Orthodogrie lastet, die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu harmonisch gebildeten, starken Persönlichkeiten zu entwickeln, mild nach unten, jeifnadig nach oben! (Lebh. Beifall.)

Wir fordern weiter, daß eine größere Zahl von Lehrern angestellt wird. In Deutschland kommen im Durchschnitt 61, in Preußen 70, in Sachsen 66 Schüler auf einen Lehrer. Das ist großer Unfug. In Schlesien sind für 14 507 Klassen nur 10 828 Lehrer vorhanden; in den 1116 katholischen Schulen Schlesiens kommen in 590 Klassen mehr als 80 Schüler auf einen Lehrer, in 282 Klassen mehr als 100 und in 7 Klassen sogar 170—200 Schüler. (Hört! hört!) Diese große Ueberfüllung der Klassen aber bedeutet für den Lehrer die totale Unmöglichkeit, der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung des einzelnen Schülers die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Trotz des besten Willens kann er die individuelle Eigenart des Schülers nicht beachten. Für den Lehrer aber bedeutet diese Ueberfüllung einen Raubbau an seiner Kraft, eine Ueberlastung, der kein Mensch auf die Dauer gewachsen ist, am allerwenigsten der Volksschullehrer mit seinem täglichen Gehalt. (Lebh. Zustimmung.) 1894 teilte Minister Boffe mit, daß unter den 350 Lehrern Westpreußens 200 nur 451—500 M. jährlich bezögen. (Pfuui!) 1897 trat eine Gehaltsaufbesserung von 22 Proz. ein. Aber für die ständigen Lehrer Preußens beträgt das Grundgehalt noch immer nur 600 M., für die nicht ständigen Lehrer sogar nur 720 M. In Ostpreußen aber beziehen 98 Proz. der Lehrer nur das Minimalgehalt. In Bayern, Württemberg, Sachsen und Braunschweig erhalten die Lehrer 1200 M. Grundgehalt, immer noch wenig genug. Dieses niedrige Gehalt für die Lehrer bedingt eine niedrige Lebenshaltung, die nicht im entferntesten im Stande ist, ein Äquivalent für die vorausgehenden Kräfte zu liefern. Die Folge ist für den Lehrer eine Minderung seiner geistigen und sittlichen Kraft, seiner Frische und Leistungsfähigkeit. Dieses niedrige Gehalt peicht aber auch den Lehrer auf, sich Nebenverdienst zu suchen. (Lebh. Zustimmung.) In den großen Städten leisten sie Comptoir- und Schreibarbeiten, oder sie quaden sich in Privatstunden die Seele aus dem Leibe heraus. (Lebh. Zustimmung.) So haben wir sorgengequälte, abgehegte Lehrer, die nicht die nötige Kraft und Fruchbarkeit für den höchsten Beruf des Erziehers haben, die Kinder des Volkes zu harmonisch entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen. (Waboi!) Wollen wir also eine bessere Volksschule, so müssen wir die Befestigung der Lehrer fordern. Wie gering wertet doch die bürgerliche Gesellschaft die höchste aller menschlichen Thätigkeit, die Veredlung und Erziehung des Menschengeschlechtes. Vergleichen Sie nur einmal den Courswert eines Volksschullehrers und eines Hauptmannes auf der bürgerlichen Heiratsbörse. (Große Weiterkeit.)

Vorbereitet auf die Volksschule wird durch die Kindergärten und ergänzt wird sie durch Einrichtungen aller Art, wo die Kinder vor und nach dem Unterricht liebevolle und verständige Aufsicht und Pflege finden, wo die Erziehung der Kinder in der schulfreien Zeit und in den Ferien in methodischer und verständiger Weise gefördert werden kann. Die Einrichtung dieser Anstalten würde ein hervorragendes Gebiet für die Betätigung bisher mißbrauchter oder zu Unthätigkeit verurteilter weiblicher Arbeitskraft schaffen. Alle die vielen Frauen könnten ihre mütterlichen Instinkte hier betätigen, denen die Ehe oder der Kinderlegen ver sagt ist. Alle ihre mütterliche Liebe, Wärme und Einsicht könnten sie da an den Kindern anderer betätigen. (Lebh. Beifall.) Es ist eine sittliche Pflicht der Gesellschaft, für die Betätigung der im Weibe ruhenden Kräfte Raum zu schaffen. (Sehr richtig!)

Ich will hier abbrechen. (Auf vom Tisch der bürgerlichen Presse: Sehr gut!) Wir brechen ab, wenn wir es für gut finden, nicht wenn die Vertreter der bürgerlichen Presse sich gelangweilt fühlen. (Lebh. wiederholter Beifall.)

Wir Frauen haben die Pflicht, im Kampf um die Reform der Schule voranzugehen, die die Erziehung in der Familie nicht überflüssig machen, sondern ergänzen soll. Wir brauchen für das heranwachsende Geschlecht die volle Wahrung des elterlichen Einflusses. Elterliche Erziehung und öffentliche Erziehung lösen sich nicht ab, sondern ergänzen sich. Wir Frauen sind vor allem dazu berufen, im Kampfe voranzugehen, weil wir Mütter sind und Mütter werden sollen. Wenn das Ziel der Erziehung sein soll, jeden Menschen zum Lebenskünstler zu erziehen, der das Leben in seinem reichen Inhalt, seinem gewaltigen Umfange zu erfassen vermag, zu einer Persönlichkeit, durch welche, um mit Nietzsche zu reden, die Menschheit herausgeplangt wird, dann müssen wir unsre Kraft für diese hohe Aufgabe einsetzen. Wir, die wir das heranwachsende Geschlecht in unserm Schoß tragen, es mit unsern Sösten nähren, auf das wir die Gestaltung unsers Weltbildes, den stolzen freien Schlag unsers Herzens übertragen, wir müssen in der ersten Reihe stehen, wenn es sich darum handelt, die Kinder zu Lebenskünstlern im ersten Sinne des Wortes zu erziehen. An uns ist das Wort Schillers gerichtet: Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben, Bewahrt sie; sie sinkt mit Euch, Mit Euch wird sie sich heben.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzende Frau Bieg: Frau Jettin hat dem Herrn von der bürgerlichen Presse schon das nötige gesagt. Ich konstatiere nur, daß die Herren den ganzen Morgen über das Gastrecht dadurch gemißbraucht haben, daß sie sich in laute und rüchsigstosester Weise unterhalten haben. (Pfuui!) Es ist nicht unsre Absicht, mit der Behandlung der Schulffrage unter Parteigeist verzugreifen. Deshalb hat Frau Jettin auch unterlassen, uns eine Resolution zu unterbreiten. Nur die Richtlinien unserer Anschauungen sollten hier vorgetragen werden, um den Genoffinnen die fruchtbarste Teilnahme an der Parteidiskussion über die Schulffrage zu ermöglichen. Aus diesen Gründen schlägt das Bureau vor, daß die Konferenz von einer Diskussion Abstand nimmt. So wird beschlossen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist das Vereins- und Versammlungsrecht. Referentin ist Frau Bieg-Hamburg: Zum drittenmal müssen wir uns mit dieser Frage auf unsern Konferenzen beschäftigen. Aber die

reaktionäre Gestaltung und Handhabung des Vereins- und Versammlungswesens macht die Frage immer aufs neue aktuell. Unsere Lösung ist die alte: Hinweg mit allen Ausnahmebestimmungen gegen die Frau. Sie ist ein realer Faktor im Wirtschaftsleben geworden und hat Anspruch auf die gleichen Rechte wie der Mann. Bekanntlich dürfen die Frauen in der Mehrzahl der deutschen Staaten nicht an politischen Vereinen teilnehmen. Die Polizeibehörden entwickeln nun vielfach eine merkwürdige Auslegung des Begriffs „Politik“. Das hat zur Auflösung von Zahlreichen der Gewerkschaften geführt, die Frauen als Mitglieder aufnehmen. So sind dem Fabrikarbeiterverband eine ganze Reihe von Zahlreichen aufgelöst worden mit der Begründung, es sei Politik getrieben worden, weil in Vereinsversammlungen darauf hingewiesen wurde, man müsse darauf dringen, daß der Vort organisierte Arbeiter beschäfige. Eine Zahlreiche des Schuhmacher-Verbandes wurde mit der Begründung aufgelöst, es werde Politik getrieben, da das Statut einen Passus enthalte, wonach die Accordarbeit abgeschafft werden solle. Der „polizeitechnische“ Begriff „Politik“ ist außerordentlich eng gefaßt. Nicht nur die Mitgliedschaft an politischen Vereinen bleibt den Frauen verweigert, nein dies Verbot wird auch ungesetzmäßig ausgedehnt auf die Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen. Wir sehen, wie die Damen der bürgerlichen Gesellschaft ungehindert an politischen Vereinsversammlungen teilnehmen dürfen und sich rednerisch betätigen, was die Polizei ruhig geschehen läßt. Diese doppelte Handhabung des Gesetzes muß öffentlich gebannt werden. (Sehe richtig!) Die von Herrn v. Hammerstein besetzte Segmentsfreiheit (Heiterkeit) hat in unterschiedlichen Polizeigebieten so große Verwirrung angerichtet, daß in der Praxis unter Versammlungswort noch verächtelt wird. Bei der letzten Reichstagswahl sprach ich in Annen im Kreise Dortmund. Die Frauen hatten sich zusammen ruhig an einen Tisch rechts im Saale gesetzt. Der überwiegende Beamte aber verlangte, daß sie sich links placieren sollten. Dort, wo die Tische etwas abgedockt standen, sei das Segment, wie es Herr v. Hammerstein gemeint habe. (Heiterkeit.) Ich suchte dem Beamten klar zu machen, daß es sich hier um eine Volksversammlung, nicht um die Versammlung eines politischen Vereins handele, aber das nützte nichts; der Beamte erklärte: Wenn Sie meinen Anordnungen nicht Folge leisten, mache ich von meinem Rechte Gebrauch und löse auf. Recht hatte er zwar nicht, aber Gewalt geht vor Recht, und so wurde der Anordnung Folge geleistet. Ich sagte nun: „Ich habe immer die Erfahrung gemacht, daß, wenn die Frauen den Sozialismus kennen lernen, sie viel begeisterter, viel radikaler, als die Männer sind. Und die Radikalen geben ja auch nach links.“ (Heiterkeit.) Vor kurzem hielt ich Versammlungen im Wahlkreis Bochum ab. In Gelsenkirchen, Herne, Bismarck usw. konnte ich ungehindert sprechen. Wie ich aber nach dem kürzlich Großstadt gewordenen Bochum komme, heißt es: Es ist verboten, daß Frauen an der Versammlung teilnehmen, unter keinen Umständen darf aber eine Frau sprechen. Der Vertrauensmann nahm mit dem Bürgermeister Rücksprache und erzielte, daß die Versammlung stattfinden konnte.

Kaum aber hatte ich zwei Worte gesagt, so hieß es: Im Namen des Gesetzes ist die Versammlung aufgelöst! Im Namen welches Gesetzes weiß ich heute noch nicht, denn es besteht kein solches Gesetz (lebhaft Zustimmung.) Am nächsten Tage redete ich in Harpen. Das Wort wurde mir erteilt und nun erst kommt das Herabwürdigende, daß man einem Beamten, auch wenn er offenbar Unrecht hat, Folge leisten muß. Der Beamte sprach mit dem Vorsitzenden und dieser hat mich im Reden einzuhalten. Der Beamte stellte sich neben mich und sprach die Auflösung der Versammlung aus. Der Beamte hatte den Auftrag, wenn eine Frau rede, so solle er auflösen und er nahm den Auftrag so wörtlich, daß er mich erst eine Weile reden ließ. (Heiterkeit.) Auf meine Frage nach dem Grund der Auflösung antwortete er nicht, sondern erwiderte mich, nicht auf ihn einzureden. Ich sagte ihm, wir würden es ihm schon beibringen, die Gesetze zu achten und er meinte, ich solle ihn nicht bedrohen. Es ist charakteristisch für den Beamten, daß er sich bedroht fühlt, wenn man ihn um Beachtung der gesetzlichen Vorschriften erudiert. (Sehr gut!) Die Versammlungsbesucher waren empört und diese Empörung war das beste Agitationsmittel für uns. Von diesem Standpunkte konnten wir dem Beamten dankbar sein, aber aus Rechtsgründen protestieren wir gegen die ungesetzliche Handhabung. In einer andern Versammlung passierte es mir, daß der Beamte sagte: „Weisen Sie die Frauenperson hinaus.“ Das ist keine Beleidigung, das ist der Amtsjargon. Im Gesetze ist von Kindern, Lehrlingen und Frauenpersonen die Rede. Sie sehen am Ausdruck und der Zusammenstellung wie wir offiziell gewertet werden. (Heiterkeit.) Die Rednerin geht bei weiteren auf die reaktionären Bestimmungen der Vereinsgesetze in Westfalen, Braunschweig und Mecklenburg ein und sagt, die Folge der Beschränkung der Agitation, die Behinderung, in den Kreisen der Arbeiterinnen Aufklärung zu verbreiten, sei, daß die Arbeiterinnen in ihren Erwerbsverhältnissen gedrückt und der Prostitution in die Arme getrieben werden. In Hamburg haben die Frauen das Recht, an politischen Versammlungen teilzunehmen, aber dort existieren andre Fesseln. Da muß die Tagesordnung angemeldet werden und wenn die der Behörde nicht paßt, verbietet sie die Abhaltung der Versammlung. So durfte Stadthagen nicht über den Wilsdruffer reden: Wer dem Arbeiter seinen Lohn vorenthält, ist ein Bluthund. Den bürgerlichen Frauen wurde verboten, über die Prostitution zu reden. Die Angelegenheit ist ja aus den Erörterungen im Reichstag bekannt, wo der Syndikus, Herr Schäfer, das Verhalten der Behörde zu rechtfertigen suchte. Indem er mittelste, daß ein Theologe bei Erörterung des Theismus bei Mädchen die sexuelle Morte im Gesicht aufweisen sah. (Heiterkeit.) Der Mann muß ja viel davon verstehen. (Stürmische Heiterkeit.) Wegen die Neugierigen des Herrn Schäfer ist nicht von bürgerlicher Seite, sondern von uns protestiert worden. In unserer Versammlung hat keine bürgerliche Frau das Wort zu nehmen gewagt, um uns Worte noch zu unterstellen.

Die schlimmsten Verletzungen aber bereitet uns die verschiedene Auslegung des Begriffes „Politik“, zu der sehr oft rein gewerkschaftliche Dinge gezählt werden. Rednerin wendet sich gegen die politische Redewendung der Versammlungen, die als Demütigung und Bevormundung empfunden werde und schlägt schließlich folgende

Resolution

zur Annahme vor:

Die Konferenz der sozialistischen Frauen erhebt nachdrücklich Protest gegen die vereinzelten Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung anweisen.

Es brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels lächerlicher Interpretationskünste das bürgerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechts für die proletarischen Frauen aufs äußerste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werktätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen ungleichen Wirtswort der Begriffe über gesetzlich zulässiges und verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohnegleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das Deutsche Reich ein einheitliches und freigeistliches Vereins- und Versammlungsrecht, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, im Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen, daß die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechts und der Tagesordnung energig zurückgewiesen und bekämpft wird. Dergleichen fordert die Befestigung des Zustimmens der politischen Polizei.

In der Diskussion nimmt das Wort

Frau Thiel-Tellow-Beeskow

und berichtet über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes in ihrem Heimatort. So wurde den Frauen während der Zeit der Reichstagswahlen die Gründung eines Frauen-Wahlvereins verboten und alle Versammlungen haben nichts genutzt. Wegen einer

Besprechung, die ich abhielt, wurde ich angezeigt. Es fanden fünf Termine statt, erst wurde ich zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, in den höheren Instanzen aber freigesprochen. Gerade das Verbot des Vereins hat die Agitation gekräftigt, die beste Agitation hat aber für uns die Polizei geleistet. Mit der Resolution der Genossinnen bin ich voll und ganz einverstanden.

Frau Ruben

wendet sich gegen die Behauptung der Frau Zieg, daß die bürgerlichen Frauen nicht gegen die Neugierigen des Syndikus Schäfer im Reichstag protestiert haben. Wir haben verurteilt, eine Protestversammlung einzuberufen. Es ist uns aber mißlungen. Ich möchte auch Frau Zieg berichten. Es ist keine bürgerliche Frau eingetreten, gegen August Debel aufzutreten. Debel wird von uns Frauen in Hamburg ebenso geachtet und geliebt wie von Ihnen. (Beifall.)

Frau Zieg

erwidert, die bürgerlichen Frauen in Hamburg sind offiziell für die Kandidaten des Freisinnigen eingetreten, also gegen die socialdemokratischen Kandidaten. Es bleibt also bei dem, was ich gesagt habe. Was Frau Ruben über die Protestversammlung gegen den Syndikus Schäfer gesagt hat, war uns neu. Wenn ihnen eine Protestversammlung unmöglich gemacht worden ist, so hätten die bürgerlichen Frauen erst recht protestieren sollen. Warum sind sie nicht nach Altona gegangen. Dort haben wir ja immer sprechen dürfen und was uns recht ist, das ist doch noch stets den bürgerlichen Frauen billig gewesen. In unserer Versammlung waren bürgerliche Frauen anwesend und keine hat geredet und unsre Ausführungen unterstrichen. Auch hier bleibt es bei dem, was ich gesagt habe. Es ist kein bürgerlicher Protest zu stande gekommen in Hamburg. (Allgemeine Zustimmung.)

Jasper-Braunschweig schildert das reaktionäre braunschweigische Vereinsgesetz, das schlechter sei als in Mecklenburg und bei den Hereros und andern wilden Völkern.

Frau Kähler-Dresden erzählt persönliche Erlebnisse auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens und wendet sich dann gegen den Versuch der Frau Ruben, bürgerliche und proletarische Frauenbewegung als etwas ziemlich gleichartiges hinzustellen.

Heulein Baumann-Altona teilt mit, daß in einer Versammlung in Altona verurteilt worden sei, gegen die Neugierigen Schäfers zu protestieren, daß aber eine Protestresolution abgelehnt worden sei. (Hört! hört!) Man habe dann beim Nachhausegehen gesagt, an einer so hohen Persönlichkeit wie Herrn Schäfer dürfe man nicht Kritik üben. (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird die Resolution Zieg einstimmig angenommen.

Frau Kähler-Dresden referiert über die Presse.

Die Presse ist ein Hauptmittel im proletarischen Klassenkampf, wird aber noch nicht genügend gewürdigt. Die „Gleichheit“ hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Unsere Abonnentenzahl von 12000 ist ganz erfreulich, aber sie ist noch lange nicht groß genug. Besonders gut ist für die „Gleichheit“ in Essen gearbeitet worden. Neben der „Gleichheit“, müssen wir den örtlichen Parteizeitungen unser Augenmerk schenken. Wir müssen unsere Frauen für unsere Parteipresse interessieren. Aber auch die Parteizeitungen müssen mehr auf Frauenfragen eingehen. Die Presse ist das beste Mittel Aufklärung zu verbreiten, daneben müssen leicht faßliche Broschüren und Flugblätter für Aufklärung sorgen. Eine Unterhaltungsbeilage der „Gleichheit“ wäre wünschenswert aber wo eben das Defizit geschwunden ist, darf man wohl nicht gleich ein neues Defizit schaffen, und eine Preiserhöhung würde den Abonnentenstand verringern. Flugblätter dürfen nicht zu häufig herausgegeben werden, sonst werden sie nicht gelesen. Notwendig ist es, wichtige Fragen in Flugblättern zu behandeln. Diese Blätter werden dann Interesse finden. Bei unsren Kindern müssen wir mit untrer Litteratur werben. Das wird das Lesebedürfnis in den Frauenkreisen weiten. Ein gutes Mittel dafür ist Debels Buch „Die Frau“, das heute noch mehr in bürgerlichen als in unfreren Kreisen gelesen wird. Auch die Gewerkschaftspresse muß den Frauen entgegenkommen. Man muß ihnen die Fragen, die sie als Mutter und Weib berühren, zuerst klar machen. Dann wird allmählich auch das politische Verständnis geweckt werden. Wird so verfahren, dann werden wir auf der nächsten Konferenz weitere Erfolge zu verzeichnen haben. (Beifall.)

Frau Zetkin

geht auf die gestellten Anträge ein. Mehrere Anträge verlangen, daß die „Gleichheit“ allwöchentlich erscheine. Zwei Anträge aus Bromberg und Ebersfeld wünschen, daß die „Gleichheit“ leichter verständlich und volkstümlicher geschrieben werde und mehr Unterhaltungsstoff bringe. Rednerin betont, daß die Redaktion auch viele Zuschriften erhalten habe, die den Charakter und das Niveau der „Gleichheit“ nicht verändert wissen wollen. Auch am Erscheinen der „Gleichheit“ und ihrem Preise könne nichts geändert werden. Aber man wolle versuchen, vom 1. Januar ab der „Gleichheit“ allmonatlich eine vierseitige Beilage beizulegen, deren Inhalt der Erziehung und Belehrung der Frau als Hausfrau und Mutter dienen soll. (Freudige Zustimmung.)

Nach kurzer Diskussion erklärt sich die Konferenz mit dem von Frau Zetkin gemachten Vorschlag über Erweiterung der „Gleichheit“ einverstanden und die Anträge werden zurückgezogen bis auf den Antrag Ebersfeld, die „Gleichheit“ möge leichter verständlich und volkstümlicher geschrieben werden und mehr Unterhaltungsstoff bringen. Dieser Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Unter allseitiger Zustimmung wird hierauf Fr. Vaader-Verlin als Central-Vertrauensperson wiedergewählt.

Frau Zetkin: Es hieße Gelder in den Kirchenbaufonds des Herrn v. Nothack schütten, wenn ich ein Wort zum Lobe unsrer Genossin Vaader sagen wollte. (Heiterkeit und Beifall.)

Frau Bösch-Leipzig ruft den Genossinnen in einem poetischen Abschiedsgruß, der mit großem Beifall aufgenommen wird, ein: „Auf Wiedersehen!“ zu.

Frau Zetkin erklärt hierauf die Tagesordnung für erschöpft und hält die

Schluß-Ansprache:

„Ehe wir auseinandergehen will ich den Dreier Genossen für das große Interesse, die Sympathie und die Hilfsbereitschaft danken, die sie uns entgegengebracht haben. (Bravo!) Auch meiner großen Befriedigung will ich Ausdruck verleihen über den schönen einheitlichen und harmonischen Verlauf unsrer Konferenz und meiner Freude, daß Genossinnen, die erst seit kurzer Zeit in der Bewegung stehen, mit solchem Erfolg und solchem Verständnis an unsern Arbeiten teilgenommen haben. Ich bin überzeugt davon, daß die vielfachen Anregungen, die hier von verschiedenen Seiten gekommen sind, ihre Früchte tragen werden. So unscheinbar die Arbeit auch sein mag, die wir hier geleistet haben, es pulsierte hier jenes Leben, von dem Leopold Jacoby sagt:

„Es weht ein gewaltiger Geisteshauch“

Ueber der Erden,

Dergleichen auf Erden noch nie ist gespürt worden.

Er wühlt die Wellen auf vom Grunde.

Dem Ambos hat es einer gesagt,

Daß er aus demselben Stoff gemacht sei wie der Hammer,

Und siehe, er will nicht länger Ambos sein!“

Ja, ein gewaltiger Geisteshauch hat die Wellen aufgewühlt von dem Meer der Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch von dem Meer der Sehnsucht nach Freiheit und Kultur, da, wo es am tiefsten ist. Aus Nacht und Not der Fabrikten, aus der Enge und Beschränkung des proletarischen Haushaltes sehen wir — eine Erscheinung, die die Geschichte noch nie gesehen hat — die proletarischen Frauenmassen sich als Kämpferinnen nicht nur um Brot, sondern für die höchsten Ziele sich zusammenschließen. Das ist die feste Bürgschaft dafür, daß der Sache des Proletariats, die die Sache der Menschheit ist, die Zukunft gehört. Wenn wir wieder zur Arbeit zurückkehren, mag sie nach außen

geräuschvoll sein oder still und unscheinbar, von der großen Masse der Ungenanten und Unbekannten aber mit der gleichen Seelengröße und dem gleichen Opfermut verrichtet werden, so erfüllt uns das Gefühl, daß wir Kämpferinnen sind. Im Hinblick auf den Feind, der uns gegenübersteht, im Hinblick auf den Unverstand der Massen, den Widerstand der reaktionären Macht, die Unsumme von Ungerechtigkeiten in der bürgerlichen Welt, im Hinblick auf all diese Gegner, mit denen wir den Kampf aufnehmen und siegreich bestehen werden, muß unser tägliches Morgen- und Abendgebet der Beten von Konrad Ferdinand Meyer sein:

Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug,
Mich reut die Stunde, die nicht Wunden schlug,
Mich reut, ich sag' es mit zerklüftem Sinn,
Daß ich nicht dreifach läßt gehen bin.

(Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Die Frauenkonferenz ist geschlossen.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Rußlands Getreide-Export. Beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges tauchte in der Presse die Befürchtung auf, daß die Getreideausfuhr Russlands infolge des Mehrbedarfs im russischen Inlande beträchtlich abnehmen werde; mehrfach wurde sogar auf die Möglichkeit eines russischen Getreideausfuhrverbotes hingewiesen. Wir haben demgegenüber bereits damals hervorgehoben, daß allein schon die Notwendigkeit, neue Geldmittel ins Land zu ziehen, die russische Regierung davon abhalten werde, dem Getreideexport irgend welche Schwierigkeiten in den Weg zu legen; und tatsächlich ist die russische Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer, Gerste und Mais im vergangenen landwirtschaftlichen Wirtschaftsjahr 1903/04 die dritthöchste während der letzten zehn Jahre gewesen. Nur die Ausfuhr in den Jahren 1897/98 und 1902/03 war noch etwas größer. Es wurden nämlich ausgeführt im:

Wirtschaftsjahr (vom 1. August bis 31. Juli)	Menge in Millionen Pud					Gesamt- wert in Mill. Rubl.
	Roggen	Weizen	Hafer	Gerste	Mais	
1894/95	221	83	70	113	28	515
1895/96	206	71	56	77	9	419
1896/97	188	61	64	68	7	388
1897/98	210	75	26	83	26	420
1898/99	107	44	20	37	23	291
1899/1900	98	72	65	44	14	293
1900/01	123	80	76	55	10	344
1901/02	137	70	59	71	62	369
1902/03	228	99	79	122	27	550
1903/04	240	61	81	141	27	500

Durchschnitt der
zehn Jahre 175 72 55 87 23 412 304

Was die Ausfuhr der einzelnen Getreide-Arten anbetrifft, so nahm der Export von Weizen und namentlich der von Gerste im Jahre 1903/04 einen Umfang an, wie er im letzten Jahrzehnt nicht erreicht worden war. Die Ausfuhr von Roggen, Hafer und Mais war verhältnismäßig nicht groß; die Ziffern für Roggen und Hafer stellen sich sogar niedriger als der Durchschnitt des Jahrzehnts. Bei der sehr bedeutenden Ausfuhrmenge 1903/04 hatte man einen verhältnismäßig höheren Wert erwartet, aber die größere Ausfuhr von Gerste bei ziemlich niedrigen Preisen hat den Wert herabgedrückt.

Die Berliner Bierbrauereien haben zwar einen recht guten Sommer hinter sich. Die anhaltende Hitze förderte den Bierkonsum, so daß die meisten größeren Brauereien, vornehmlich allerdings die Weißbierbrauereien, bedeutend größere Quantitäten abgestoßen haben, als im vorigen Jahre; aber auf wesentlich höhere Dividendenverteilungen wird trotzdem nicht gerechnet. Die Dividende der Deutschen Bierbrauerei-Aktien-Gesellschaft wird z. B. in einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin wieder auf 10 Proz., wie im vergangenen Jahre, geschätzt. Der Abgang wird zwar den vorjährigen (189/08 Gestolter) um etwa 20 000 Gestolter übersteigen; beim Gewinn-Überschlag fällt jedoch ins Gewicht, daß das Jahr 1903/04, als das eigentlich erste der Betriebsvereinigung Hadeberg-Bicheldorf, noch Sonderkosten zu tragen hatte, ferner aber, daß die Steigerung der Hopfenpreise allein 80 000 M. Mehrausgaben verursachte. — Die Schultheiß-Brauerei Akt.-Ges. in Berlin dürfte eine Dividende von 16 Proz. in Vorschlag bringen gegen eine vorjährige von 15 Proz.

Zu der Transaktion der Hächter Farbwerke erfährt die „Frankf. Zeitung“, daß die an die Firma Cassella übergebenen 5/8 Millionen Mark neue Aktien einer zehnjährigen Sperrzeit unterworfen werden. Dividendenberechtigung und Interessengemeinschaft erfolgen mit rückwirkender Kraft ab Jahresbeginn. Der Zusammenschluß erscheint als Ausgangspunkt einer umfassenden Vereinigung innerhalb der Farbenindustrie.

Konventionsbestrebungen der Drahtwerke. Gegenwärtig sind, wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, Bestrebungen im Gange, welche auf die Bildung eines allgemeinen Drahtwerkverbandes abzielen, der sämtliche Drahtprodukte umfassen soll.

Eingegangene Druckschriften.

Der „Wahre Jacob“ hat schon die 20. Nummer seines 21. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die farbigen Bilder „Der gute Tag des Hofrats“ und „Die Klage des Militarismus“, sowie die Illustrationen „Russische Bauern“, „Katholische Bittenschrift“, „Amnestie“, „Der gute Tag des Hofrats“, „Russischer Absolutismus“, „Der Simulant“, „Der sterbende König an seinem Sofa“, „Rechtssprechung“, „Der Patriotismus und der Kapitalismus“, „Die Frau aus dem Volk“, „Ananias“ und „Wie der Große den Kleinen besiegte“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gebichte „Der Dankezimmer Magelieb“, „Reiz“, „September“ von Ludwig Kesten, „Ein Familienbild“, „Wahre Liebe“, „Der bestohlene Hühner“, „Kapuzinerpredigt“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen in Prosa und Poesie noch die größeren Zeitschriften „Aus den höheren Ständen“, „Rechtssprechung gegen Baden“, „Russische Geschichte“, „Held, Handwahrheit und Denker“ und „Ruhlands Hoffnung“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für kommunalpolitisch und Gemeindef. Socialismus. Herausgeber Dr. Albert Sadelmann, Verlag Berlin W. 15. Preis vierteljährlich 1,50 M. Die überaus reichhaltige 10seitige Nummer 18 der „Kommunale Praxis“ erscheint gerade noch rechtzeitig vor dem Bremer Parteitag. Inhalt noch nicht darin eine Begründung seiner Abänderungsvorschläge zu der Lindemannschen Resolution. — Ueber den kommunalen Vorstoß hat Handelt Edmund Fischer, der in seinen Anschauungen vielfach von denen abweicht, die Dr. Hugo Lindemann in seinem neuen Werke über diese Institution ausgeprochen hat. Eine bemerkenswerte und scharfe Kritik an dem preussischen Wohnungsgesetzwerk beginnt B. Kampffmeyer in einem Artikel, dem noch eine Fortsetzung folgen wird. Der Rotteckler bringt ein reiches Material aus allen Gebieten des Gemeindelebens. Der juristische Sprachsaal, der unter der Leitung eines tüchtigen Juristen steht, gewährt jedem Abonnenten der „Kommunale Praxis“ die Möglichkeit, sich über alle in der Kommune auftretenden Rechtsfragen Auskunft zu holen. — Probenummern der Zeitschrift werden auf Wunsch vom Verlage der „Kommunale Praxis“ Berlin W. 15 kostenlos zugelandt.

Witterungsübericht vom 20. September 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerr. Höhe über Meer	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temperat. in Grad C.	Temperat. in Grad F.	Stationen	Barometerr. Höhe über Meer	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temperat. in Grad C.	Temperat. in Grad F.	Wetter	
														Wetter	Wetter
Swinemünde	775	D		2bedekt	9	49	Haparanda	771	BS		2halb Id.	9	48	9	
Danzig	775	RD		2halb Id.	7	45	Veitshub	776	BS		1bedekt	10	50	10	
Breslau	774	D		2bedekt	7	45									
Königsberg	771	B		4wolkenl.	5	41	Aberdeen	772	SEB		2heiter	18	64	18	
Altona	768	D		6heiter	3	37	Paris	767	RD		1wolkenl.	6	43	6	
Wien	769	RRB		2bedekt	6	43									

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. September 1904. Trocken und vorwiegend heiter, nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer, bei mäßigen östlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Opernhaus. Samson und Dalka. Neues Königl. Opern-Theater. Kauf.

Schiller O. (Wagner-Theater.) Die Kreuzschreiber.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) John Gabriel Borkman.

Neues. Salome. Kleines. Des Pastors Rieke. Residenz. Eine Hochzeitnacht.

Central. Tannhäuser-Parodie. Casino. Mutter Gräbert.

Trianon. Ihr zweiter Mann. Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville.

Zuifon. Rein Leopold. Deutsche Volkshöhle. Genoveva. Metropolis. Ein tolles Jahr.

Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.

Apollo. Venus auf Erden mit Hans, das denkende Pferd. Spezialitäten.

Herrnfeld-Theater. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.

Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger.

Vasage-Theater. Dida. Pocahuntas.

Seala-Theater. Sensationelles Programm! Löwys Duell.

Herrnfeld-Theater. Zum 101. Male der größte Herrnfeld-Schlager.

National-Theater. Weinbergsweg 12a-13b. Eröffnungsvorstellung: Figaros Hochzeit.

Residenz-Theater. Dr.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage.

Eine Hochzeitnacht. (Une Nuit de Noce.) Schwank in 3 Akten von G. Récoul und H. Barre.

Apollo-Theater. 8 Uhr: Venus auf Erden.

Venus auf Erden. von Paul Lincke mit der Parodie Hans, das kluge Pferd.

Metropol-Theater. Josef Giampietro a. D. Bender. Grönfeld. Frid-Frid.

Ein tolles Jahr. Dr. dramatisch-satirische Revue in 6 Bildern.

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Die Weltausstellung in St. Louis.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165.

Rosa das gelehrte Pferd!

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab nachmittags 4 Uhr: Militär-Konzert.

Casino-Theater. Lotzingerstr. 37. Anf. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2.

Mutter Gräbert. Volkshaus in Gef. in 3 Akten v. Reiflingen.

Trianon-Theater. Georgenstr. zw. Friedrich- und Universitätsstr.

Ihr zweiter Mann. Lustspiel in 3 Akten von André Sylwane und Maurice Kroyes.

Passage-Theater. Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Nehm. Wochent. 5, Sonnt. 3 Uhr.

Dida. die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.

Pocahuntas. die indische Jungfrau. Nachtigall.

Seala-Theater. Vincentstr. 132 (a. d. Friedrichstr.). Sensationelles Programm!

Herrnfeld-Theater. Zum 101. Male der größte Herrnfeld-Schlager.

National-Theater. Weinbergsweg 12a-13b. Eröffnungsvorstellung: Figaros Hochzeit.

Residenz-Theater. Dr.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage.

Eine Hochzeitnacht. (Une Nuit de Noce.) Schwank in 3 Akten von G. Récoul und H. Barre.

Apollo-Theater. 8 Uhr: Venus auf Erden.

Venus auf Erden. von Paul Lincke mit der Parodie Hans, das kluge Pferd.

Metropol-Theater. Josef Giampietro a. D. Bender. Grönfeld. Frid-Frid.

Ein tolles Jahr. Dr. dramatisch-satirische Revue in 6 Bildern.

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr.

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr.

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr.

Verantwortl. Redakteur: Franz Heßlein, Berlin.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.) Mittwochabend 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Mittwochabend 8 Uhr: John Gabriel Borkman.

Kleines Theater. Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.

Des Pastors Rieke. (Wangel, Hus, v. Winterstein, Ekerl.) Donnerstag: Nachtasy.

Thalia-Theater. Drebbenerstr. 79/78. Direktion: Kren & Schönfeld.

Der Weibekönig. Große Ausstattungspöffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten.

Cirkus Busch. 21. September, abends 7 1/2 Uhr: Südwest-Afrika.

Diez' Specialitäten-Theater. Landberger Allee 76/79. Am herrlichen Garten od. gr. Saal.

40 Krokodilen. Im Marstall des Grafen X. Werbe-Pantomime, dargestellt von vier.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Der Galeerenflave.

Reichshallen-Theater. Täglich: Humor. Soiree der Stettiner Sänger.

Sanssouci. Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn. Heute Mittwoch: Hotel Klingebusch.

Otto Pritzkows. Abnormitäten - Ausstellung. Mänstr. 16, am Alexanderpl.

Germania-Prachtsäle. Chausseestr. 103. Arnold Scholz. Jeden Mittwoch: Hamburger Säger.

Herrnfeld-Theater. Zum 101. Male der größte Herrnfeld-Schlager.

National-Theater. Weinbergsweg 12a-13b. Eröffnungsvorstellung: Figaros Hochzeit.

Residenz-Theater. Dr.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage.

Eine Hochzeitnacht. (Une Nuit de Noce.) Schwank in 3 Akten von G. Récoul und H. Barre.

Apollo-Theater. 8 Uhr: Venus auf Erden.

Venus auf Erden. von Paul Lincke mit der Parodie Hans, das kluge Pferd.

Metropol-Theater. Josef Giampietro a. D. Bender. Grönfeld. Frid-Frid.

Ein tolles Jahr. Dr. dramatisch-satirische Revue in 6 Bildern.

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr.

Verantwortl. Redakteur: Franz Heßlein, Berlin.

Etablissement Suggenhagen.

Konzert. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. Im großen schattigen Parkgarten jeden Abend 8 Uhr: Konzert.

Buchhandlung Vorwärts. Berlin SW. 68 • Lindenstraße 69. Wir empfehlen den Genossen zum Abonnement:

Wider die Pfaffenherrschaft. Kulturüber aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts.

50 Lieferungen reich illustriert. • à Lieferung 20 Pfennig • Der Verfasser entwirft vom Standpunkt des historischen Materialismus das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft.

Hygienische Artikel. jeder Art, viele Neuheiten. Reichhaltige illust. Preisliste gratis u. franko.

Dr. Simmel. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

Schloßpark Wilhelminenhof. a. d. Obersee. Jeden Mittwoch und Sonntag: Großer Elite-Ball.

L. Katz & Co. Spandauer Straße 45 am Volkspark und Spandauer Straße 56. Jede Königsstraße liefern komplette Kücheneinrichtungen.

Sehr wohlfeiles Joppen-Angebot. solange der Vorrat reicht. Preise sind Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Verantwortl. Redakteur: Franz Heßlein, Berlin.

Steppdecken.

Gelegenheitskauf! Bunt Kattun, Ersatz für Deckbett 2 95. Similiseide, in don. 4 95 6 75. Wollatlas, in don. 5 25 7 50.

Bunte Normal-Schlafdecken. 1 50 2 50 3 50. Wolldecken ganz dick, fehlerhaft 3 00 4 00.

Special-Haus. Emil Lefèvre, Oranienstrasse 158. Berlin S.

Steppdecken. kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wollstr. 72, wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden.

Hygienische Artikel. jeder Art, viele Neuheiten. Reichhaltige illust. Preisliste gratis u. franko.

Dr. Simmel. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

Schloßpark Wilhelminenhof. a. d. Obersee. Jeden Mittwoch und Sonntag: Großer Elite-Ball.

L. Katz & Co. Spandauer Straße 45 am Volkspark und Spandauer Straße 56. Jede Königsstraße liefern komplette Kücheneinrichtungen.

Sehr wohlfeiles Joppen-Angebot. solange der Vorrat reicht. Preise sind Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Joppe aus 500 M. Joppe prima 575 M. Joppe extra 1000 M.

Verantwortl. Redakteur: Franz Heßlein, Berlin.

Möbelfabrik.

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen kaufen Sie bei **Berlin SO., Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6, am Kottbuser Thor.**

Aus der Frauenbewegung.

Steglitz. Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr hält der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Steglitz...

Pankow. Donnerstag, den 15. September wurde in Pankow eine gut besuchte öffentliche Versammlung bei Rierte abgehalten...

Adenick. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein für Adenick hielt am 14. September eine gut besuchte Versammlung ab...

Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgegend hält am Donnerstag, den 22. d. M., eine Mitglieder-Versammlung...

Gerichts-Zeitung.

Die freie Meinungsäußerung in Preußen. Wegen Beschimpfung der christlichen Kirche und der andern mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebiets bestehender Religionsgesellschaften...

hielt durch diese Worte die Thatbestandsmerkmale des § 168 St.-G.-B. für gegeben und beantragte gegen Strzelewicz, der wegen eines gleiches Vergehens schon vorbestraft ist, 6 Monate Gefängnis...

Der Nordprozess Seufert verlagert. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stand gestern Termin in der Nordfische des Arbeiters Thomas Seufert an...

Der Schriftsteller Karl Alexander Wald vor Gericht. Vor der sechsten Strafkammer des königlichen Landgerichts zu Dresden hatte sich gestern der hellberichtigte Vorsitzende...

Keller Karl Alexander Wald, wegen großer Kautions-schwundeleien zu verurteilen. Wald ist seit 1884 schriftstellerisch tätig und kam im Jahre 1900 von Hamburg nach Dresden...

Der frühere Kassenrentant der Damenmäntel-Schneider-Innung, Karl Dieckhoff, hatte sich gestern wegen Unterschlagung von 5300 M. Innungsgeldern vor der zweiten Strafkammer...

Vom Arbeitswilligenschutz. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung ist der Steinseher Karl W. vom Schöffengericht in Spandau zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt worden...

V. und VI. Wahlkreis (30. Kommunal-Wahlbezirk).

Freitag, den 23. September 1904, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstraße 11/12: Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Preisnachrichten im roten Hause. Referent: Stadtverordneter Franz Kotzke. 2. Diskussion und Aufstellung eines Kandidaten für den 30. Kommunal-Wahlbezirk...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.

Mittwoch, den 21. September 1904, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29: Versammlung der Schleifer und Galvaniseure.

Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 5: Versammlung der Elektromonteuere.

1. Vortrag über: „Starkstrom“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder. Gernst machen wie den Kollegen bekannt, daß unsere Versammlungen regelmäßig jeden Monat am Donnerstag nach dem 15. stattfinden.

Selten günstiges Angebot! Special-Offerte für Händler und Restaurateure: Don Miguel. 1000 Stck. Mk. 43.-. Marke Don Miguel, 6 Pfg.-Qualität, 100 Stück Mk. 4.80.

Nur 12 Minuten vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues Terrain am Falkenberg erschlossen. Nur bis zum 1. Oktober 1904 werden die ersten 100 Parzellen zu Ausnahmepreisen von 1 Mark an pro qm. netto Bauland...

Achtung! Putzer! Achtung! Freitag, den 23. September, abends 6 Uhr, im Vereins-hause, Rosenthalerstraße Nr. 57: Baudeputierten-Versammlung.

Ich ersuche die Kollegen, darauf zu achten, daß jeder Bau vertreten ist und die Deputierten pünktlich erscheinen. Gleichzeitig mache ich auf die heute abend stattfindenden Bezirks-versammlungen aufmerksam...

Achtung! Verband der Portefeuller. Achtung! Mittwoch, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr, in Graumanns Festsaal, Rauchstraße Nr. 27: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. (Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Wahl der Kandidaten des Gewerbegerichts. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Achtung! Fliesenleger! Freitag, den 23. September d. J., abends 8 1/2 Uhr bei Patt, Dragonerstr. 15: Öffentliche Versammlung der lokalorganisierten Fliesenleger Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu den Gewerbegerichtswahlen, eventuell Aufstellung eines Kandidaten. 2. Verschiedenes. Der Einberufer: W. Schulz, Berlin O., Petersburgerstr. 75.

Klaviaturarbeiter! Donnerstag, den 22. September, im Lokal Süd-Ost, Arangel-Strasse No. 75: Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Unsere Lohnbewegung. Die Branchen-Kommission. Die Agitationskommission des Fachvereins. Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Mittwoch, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Vertrauensmänner - Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohnbewegung der Klavierarbeiter. 2. Werkstattkreis und Differenzen. 3. Bericht über die Verhandlungen mit der Meisterkommission. Mitgliedsbeitrag nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Branche der Modell- u. Fabrik-Tischler. Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Schmidt, Gartenstr. 6: Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Davidson über „Ferdinand Lassalle“. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer Friedrich Thiem am 18. d. M. gestorben ist.

Emilie Rau geb. Scheiblich im 43. Lebensjahre. Dies geht mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetäubt an Berlin, 19. September 1904. Fritz Rau, Sohn. Alfred Rau, Sohn. Helene Rau, Tochter. Otto Klakow, als Verlobter, 1895 Waben.

Dankfagung. Für die vielen Beweise untrügender Teilnahme sowie die schönen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Bruders sagen allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.

Dankfagung. Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters Hermann Heidrich sage ich allen meinen herzlichsten Dank.

!! Von 36 Mk. an !! Herrensanzung, neueste Muster, feinste Zutaten, 2 Anproben. Für guten Sitz bekam goldene Medalie. Ludwig Engel, Brenzlauerstraße Nr. 23 II (Kasselerplatz). Für gute reinwollene Stoffe, großes Lager.

